



Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik

II. Abteilung: Von der Kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881-1890)

Kumuliertes Inhaltsverzeichnis [Kopf- und Kurzregest]* der Haupttexte Bd. 1, Bd. 2, Teil 1 u. Teil 2, Bd. 3 und Bd. 6

vor 1881

16.08.1856	Statut des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum [Bestimmungen über das Invalidengeld]	Bd.6, Anh.B Nr.3
[06.]02.1863	Denkschrift des Stadtrates a.D. Theodor Riedel für den Regierungsrat Karl Ludwig Zitelmann [In Form eines Gesetzentwurfs wird eine staatliche Altersversorgungsanstalt für die preußischen Staatsbürger vorgeschlagen, der Arbeiter soll einen Rechtsanspruch auf eine Rente erwerben; gegen eine Privatversicherungsanstalt sprechen Spekulation und das Fehlen von Garantie, das Vertrauen der Arbeiter sowie die Vorteile für den Staat]	Bd.2,1, Anh.1
15.07.1873	Statut des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum [Bestimmungen über das Invalidengeld]	Bd.6, Anh.B Nr.4
25.04.1878	Statut des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum [Bestimmungen über das Invalidengeld]	Bd.6, Anh.B Nr.5
24.11.1879	Statut des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum [Bestimmungen über das Invalidengeld]	Bd.6, Anh.B Nr.6

1881

27.06.1881	Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Entwicklung einer Alternative zur ersten Unfallversicherungsvorlage bzw. zu Bismarcks Vorstellungen: Thematisierung des Problems, daß bei einer vierwöchigen Karenzzeit die weitaus überwiegende Anzahl der Unfälle nicht erfaßt wird. Diskussion möglicher Problemlösungen: Reichsgesetzlicher Krankenkassenzwang oder Wegfall der Karenzzeit sind ungeeignete Mittel, sofern die Reichsanstalt als Versicherungsträger, Staatszuschuß und direkter Versicherungszwang beibehalten werden. Befürwortung von Versicherungsgenossenschaften, an deren Stelle auch privatwirtschaftliche Versicherungsgesellschaften zugelassen werden können (Substitutivprinzip), Reichsanstalt nur als Anstalt zum Rentenkauf, eines Arbeiterbeitrags sowie indirekten Versicherungszwangs (Haftungsausschluß für Unternehmer nur bei Beitritt zur Unfallversicherung)]	Bd.2.1, Nr.1
11.07.1881	Rundschreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler und preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck sowie an die verbündeten Regierungen [Die erneute Vorlage des Unfallversicherungsgesetzentwurfs gegenüber dem Reichstag erfordert eine tragfähige Unfallstatistik für die Prämienberechnung, eine entsprechende Erhebung auf Reichsebene wird vorbereitet]	Bd.2.1, Nr.2

* In den Nebentexten sind teilweise ebenfalls Quellen (meist im Auszug) abgedruckt. Diese sind hier nicht verzeichnet.

28.07.1881	Bericht des Generalsekretärs des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands Otto Wenzel an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Die Arbeiterunfallstatistik für die letzten drei Jahre wird übersandt]	Bd.2.1, Nr.3
05.08.1881	Bericht des preußischen Ministers des Innern Robert von Puttkamer an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Die Äußerung des Direktors des preußischen Statistischen Büros Dr. Ernst Engel über Unkenntnis der Reichsbehörden wird im Zusammenhang mit der Unfallstatistik kritisiert, disziplinarische Maßnahmen werden vorbereitet]	Bd.2.1, Nr.4
11.08.1881	Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Minister des Innern Robert von Puttkamer [Der Artikel des Direktors des preuß. Statistischen Büros Dr.Ernst Engel schadet der Reichsregierung in ihrem Bemühen um ein Unfallversicherungsgesetz, disziplinarische Schritte werden befürwortet]	Bd.2.1, Nr.5
20.08.1881	Erlaß des preußischen Ministers des Innern Robert von Puttkamer an den Direktor des preußischen Statistischen Büros Dr. Ernst Engel [Verweis wegen öffentlicher Kritik der Unfallstatistik des Reichs]	Bd.2.1, Nr.6
18.09.1881	Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken [Der Staatssekretär des Innern hat Bismarck über Lohmanns Bedenken informiert, ihm aber dessen Denkschrift nicht vorgelegt. Bismarck lehnt eine Unfallversicherung ohne Staatszuschuß ebenso ab wie das Substitutivprinzip]	Bd.2.1, Nr.7
08.10.1881	Volkszeitung Nr. 238. Die Statistik und das Unfallversicherungsgesetz [Die von der Regierung veranlaßte Erhebung einer Unfallstatistik wird als überstürzt und unzureichend kritisiert]	Bd.2.1, Nr.8
10.10.1881	Brief des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Vorschläge über Zwangsversicherung auf korporativer Grundlage mit jährlicher Umlage statt Kapitaldeckung werden zugesandt]	Bd.2.1, Nr.9
10.10.1881	Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Träger der Unfallversicherung sollen Zwangskorporationen (Berufsgenossenschaften) sein, die nach der Unfallgefahr der einzelnen Berufsarten gebildet werden sollen; Abkehr vom Gedanken einer Reichsanstalt als einzigem Versicherungsträger]	Bd.2.1, Nr.10
13.10.1881	Hamburgischer Correspondent Nr. 284. Die absolutistischen Momente im Unfallversicherungsgesetz [Informationen über die internen Abläufe bei der Gesetzesentwicklung im preußischen Handelsministerium, insbesondere über Theodor Lohmanns Ansichten]	Bd.2.1, Nr.11
16.10.1881	Brief des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatsminister a.D. Dr. Albert Schäffle [Bismarck sieht seine Ansichten durch Schäffle bestätigt und lädt ihn zu „geschäftlicher Mitwirkung“ ein]	Bd.2.1, Nr.12
21.10.1881	Brief des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Bereitschaft zu geschäftlicher Mitwirkung an Bismarcks Arbeiterversicherungsplänen]	Bd.2.1, Nr.13

- 24.10.1881 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit Nachschrift Bd.2.1, Nr.14
[Änderungsvorschläge zur Ausdehnung der geplanten Unfallversicherung auf Baubetriebe, Grundzüge eines Krankenkassengesetzes (mit allgemeinem Versicherungszwang) sind ergänzend zur Unfallversicherungsvorlage entworfen worden, um die Probleme von Geschäftslast durch „kleine“ Unfälle und Simulation zu lösen, Vorschlag einer 13wöchigen statt 4wöchigen Karenzzeit (Ablehnung durch Bismarck, der statt dessen Korporationen mit Zentralstelle und „Hundertern von Lokalstellen“ befürwortet), Kritik an Reichszuschuß und Beitragsfreiheit für Arbeiter in der bisher vorgesehenen Form, Berechnung der Beitragsgrundlage, Organisation und Verwaltung der Unfallversicherungsgenossenschaften; Nachschrift: Plädoyer für freiwillig gebildete Korporationen, Argumentation gegen Bismarcks Vorstellungen von Zwangskorporationen als Versicherungsträger und Umlageverfahren]
- 24.10.1881 Schreiben des Geheimen Regierungsrats Dr. Franz von Rottenburg an den Geheimen Oberregierungsrat Theodor Lohmann Bd.2.1, Nr.15
[Bismarck wünscht, daß Albert Schäffle und Adolph Wagner zu den Beratungen hinzugezogen werden]
- 26.10.1881 Brief des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.2.1, Nr.16
[Bismarcks Ansicht wird zugestimmt, Zusendung eines eigenen Zeitungsartikels zur politisch-theoretischen Begründung des Prinzips der Zwangskorporationen]
- [07.]11.1881 Entwurf des Abteilungsdirektors im Reichsamt des Innern Robert Bosse für eine Thronrede Wilhelm I. Bd.1, Nr.1
[Erstfassung der Kaiserlichen Botschaft: Ankündigung von wirtschafts- und sozialpolitischen, Reformgesetzen, Aufhebung des Sozialistengesetzes als „sehnlichster Wunsch“ des Kaisers]
- 07.11.1881 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.1, Nr.2
[Bericht über Vortrag bei Wilhelm I., dieser ist – entgegen der Absicht Bismarcks – für Beibehaltung des Sozialistengesetzes]
- [07.]11.1881 Direktiven des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Bd.2.1, Nr.17
[Einverständnis mit Ausdehnung der Unfallversicherung auf Baubetriebe und Einführung einer zwangsweisen Krankenversicherung im gleichen Gesetzgebungsverfahren mit der Unfallversicherung zur Absicherung einer 14tägigen Karenzzeit. Die Unfallversicherung ist auf der Grundlage von reichsweiten Zwangsgenossenschaften „gleichartiger Betriebe“ zu organisieren, Reichsversicherungsanstalt und Staatsbeitrag sind notwendig, insbesondere für Renten, Umlageverfahren mit vorschußweiser Deckung durch den Staat bei Beitragsfreiheit für Arbeiter (auch bei der Krankenversicherung), Ausführungen zum Instanzenweg bei Beschwerden]
- 09.11.1881 Handschreiben des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm I. an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.1, Nr.3
[Ablehnung der politischen Absicht Bismarcks, das Sozialistengesetz von 1878 aufheben zu lassen]
- 09.11.1881 Brief des Legationsrats Herbert Graf von Bismarck an seinen Schwager Kuno Graf zu Rantzau Bd.1, Nr.4
[Bismarck muß den Bosse-Boetticher-Entwurf der Thronrede redigieren, er befürwortet Wahlarrangement mit Berliner Sozialdemokraten]
- 10.11.1881 Brief des Legationsrats Herbert Graf von Bismarck an seinen Bruder Wilhelm Graf von Bismarck Bd.1, Nr.5
[Bismarck muß den Entwurf der Thronrede weiterhin redigieren]

[08.-]10.11.1881	Entwurf des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher für eine Thronrede Kaiser Wilhelm I. [Ankündigung der Arbeitergesetzgebung im Faksimile]	Bd.1, Nr.6
11.11.1881	Brief des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Ein umfassender Gesetzentwurf zur sozialpolitischen Gestaltung mittels allgemeiner Hilfskassen ist fertiggestellt und wird übersandt]	Bd.2.1, Nr.18
14.11.1881	Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums [Bismarck berichtet über den Verlauf seines Vortrags bei Wilhelm I. zur neuen Reichstags-session]	Bd.1, Nr.7
14.11.1881	Tagebucheintragung des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Robert Lucius [Bericht über Bismarcks politische Auslassungen in der Staatsministerialsitzung vom gleichen Tag]	Bd.1, Nr.8
15.11.1881	Brief des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatsminister a.D. Dr. Albert Schäffle [Bismarck will seine sozialpolitischen Pläne nicht aufgeben]	Bd.2.1, Nr.19
16.11.1881	Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim [Reflexionen Bismarcks auf einem Diner über die oppositionellen Reichstagswahlen und ihre politischen Folgen: Spiel mit dem Gedanken eines parlamentarischen Vizekanzlers]	Bd.2.1, Nr.20
17.11.1881	Allerhöchste Botschaft Kaiser Wilhelm I. zur Eröffnung der I. Session des 5. Reichstags mit Bericht über die Eröffnung [Die Kaiserliche Botschaft kündigt u. a. Fortführung und Ausbau der Arbeiterversicherung gegen die typischen Risiken der Arbeiterexistenz an]	Bd.1, Nr.9
17.11.1881	Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm [Kritische Stellungnahme zur Kaiserlichen Botschaft]	Bd.1, Nr.10
17.11.1881	Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Karl Paul Edler von der Planitz an den sächsischen Außenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz [Politische Ansichten und Absichten Bismarcks nach der Reichstagswahl]	Bd.1, Nr.11
17.11.1881	Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim [Bismarcks politische Taktik: Er will das Zentrum in positiven Handlungszwang gegenüber der Regierung bringen, es in Verzug setzen; angesichts der Stärke der liberalen Fraktionen ist das Zentrum in einer verzwickten Situation]	Bd.2.1, Nr.21
18.11.1881	Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm [Kritische Stellungnahme zum Inhalt der Kaiserlichen Botschaft]	Bd.1, Nr.12
18.11.1881	Eingabe der Breslauer Ortsgruppe des Vereins Deutscher Studenten an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Die Jugend wird das Vermächtnis der Kaiserlichen Botschaft erfüllen]	Bd.1, Nr.13
18.11.1881	Volks-Zeitung Nr. 270, Zweites Blatt. Die Thronrede [Kritik an Bismarcks innenpolitischen Vorhaben, insbesondere des sozialen Programms der Thronrede]	Bd.1, Nr.14

18.11.1881	Frankfurter Zeitung Nr. 322, Abendausgabe [Kommentierung und Kritik der Kaiserlichen Botschaft]	Bd.1, Nr.15
18.11.1881	Frankfurter Zeitung Nr. 322, Abendausgabe [Kommentierung und Kritik des Sozialprogramms der Kaiserlichen Botschaft]	Bd.1, Nr.16
18.11.1881	Germania Nr. 264. Das Regierungsprogramm [Kommentierung und Kritik der Kaiserlichen Botschaft]	Bd.1, Nr.17
18.11.1881	Schreiben des Mönchengladbacher Textilindustriellen Martin May und des Rheydter Textilindustriellen August Zeime an die Handelskammer Mönchengladbach [Ein Unfallverhütungsverein nach Vorbild der Mülhausener „Association pour prévenir les accidents de machines“ wird angeregt]	Bd.3, Nr.1
19.11.1881	Entwurf für ein Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatsminister a.D. Dr. Albert Schäffle [Suggestivfragen mit detaillierten Erläuterungen zu Bismarcks Direktiven: Zwangskorporationen als Versicherungsträger mit zwei verschiedenen Organisationsformen: Berufsgenossenschaften nach Industriezweigen und Verbänden nach politischen Verwaltungseinheiten, Kritik an Umlageverfahren („Knappschaftsprinzip“) und Reichszuschuß]	Bd.2.1, Nr.22
20.11.1881	National-Zeitung Nr. 546. Die kaiserliche Botschaft [Die Kaiserliche Botschaft ist ein besonderes Ereignis, ihr Inhalt aber ein schwer zu verwirklichendes Programm; die Heilige Allianz von 1815 als analoges wie warnendes Beispiel]	Bd.1, Nr.18
21.11.1881	Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen Nr. 544, Abendausgabe. Thronrede und Botschaft [Staatsrechtliche Analyse der Rolle des Kaisers bei der Reichstagsseröffnung, Kritik am politischen Programm der Kaiserlichen Botschaft, das dem mehrheitlichen Wählerwillen widerspricht]	Bd.1, Nr.19
22.11.1881	Tagebucheintragung des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Robert Lucius [Mutmaßungen über Bismarcks politische Absichten]	Bd.2.1, Nr.23
23.11.1881	Volks-Zeitung Nr. 274, Zweites Blatt [In den Parteien wird die Kaiserliche Botschaft diskutiert]	Bd.1, Nr.20
24.11.1881	Der Sozialdemokrat Nr. 48. Eine kaiserliche Botschaft und eine sozialdemokratische Antwort [Ablehnung einer Bündnispolitik mit den Konservativen zugunsten einer sozialen Reformpolitik; Recht und Pflicht des Volkes zur Anwendung von Gewalt „im Notfall“ für seine Forderungen]	Bd.1, Nr.21
24.11.1881	Rede des Abgeordneten Eugen Richter im Reichstag [Grundsatzkritik der Kaiserlichen Botschaft aus linksliberaler Sicht]	Bd.1, Nr.22
29.11.1881	Jahresbericht des Generalsekretärs Henry Axel Bueck für die 11. Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen [Die Arbeiter sind für die von Bismarck gewünschte Alters- und Invalidenversicherung noch nicht reif]	Bd.1, Nr.23
29.11.1881	Brief des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatsminister a.D. Dr. Albert Schäffle [Bismarck will bei seinem sozialen Reformwerk schrittweise vorgehen, die Unfallversiche-	Bd.2.1, Nr.24

rung auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage soll dabei der Ausgangspunkt sein]

- | | | |
|------------|--|---------------|
| 02.12.1881 | Rede des Reichstagsabgeordneten Adolf Stoecker
[Ausführliche Interpretation und Kommentierung der Kaiserlichen Botschaft] | Bd.1, Nr.24 |
| 03.12.1881 | Brief des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck
[Der Krankenkassenzwang wird als vordringlich dargestellt, im übrigen wird ein schrittweises Vorgehen bei der sozialen Gesetzgebung befürwortet] | Bd.2.1, Nr.25 |
| 04.12.1881 | Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken
[Bismarck besteht trotz Lohmanns Bedenken auf Zwangsgenossenschaften als Versicherungsträger] | Bd.2.1, Nr.26 |
| 05.12.1881 | Erstfassung der zweiten Unfallversicherungsvorlage (sog. Urentwurf)
[14tägige Karenzzeit, Zwangsgenossenschaften nach Industriezweigen auf Bezirksebene nach näherer Bestimmung des Bundesrats, örtliche Genossenschaftsabteilungen als Versicherungsträger für Unfälle mit bis zu 13wöchiger Erwerbsunfähigkeit, Versicherungspflichtgrenze: 2000 M, Höchstjahresarbeitsverdienst: 1200 M, Reichszuschuß, Umlageverfahren] | Bd.2.1, Nr.27 |
| 09.12.1881 | Berliner Tageblatt Nr. 577. Die Grundzüge des liberalen Haftpflichtgesetzes
[Abgeordnete der liberalen Fraktionen bereiten den Entwurf eines neuen Haftpflichtgesetzes als Alternative zur Unfallversicherungsvorlage vor] | Bd.2.1, Nr.28 |
| 15.12.1881 | Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 584, Morgenausgabe
[Kritik der liberalen Vorschläge zur Haftpflichtrevision] | Bd.2.1, Nr.29 |
| 19.12.1881 | Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm
[Ablehnung der Bismarckschen Reformpläne, insbesondere der damit verbundenen Stärkung zentraler Instanzen zu Lasten der lokalen Selbstverwaltung] | Bd.1, Nr.25 |
| 29.12.1881 | Gutachten Professor Dr. Adolph Wagners
[Gutachten zur Erstfassung der zweiten Unfallversicherungsvorlage. Die korporativen Verbände (Genossenschaften) erscheinen vom Apparat her etwas zu groß und schwerfällig, insgesamt aber zustimmende Kritik, Ergänzungsvorschläge und weiterführende Fragen] | Bd.2.1, Nr.30 |
| 29.12.1881 | Eingabe des ehemaligen Bergarbeiters Peter Baltus an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck
[Die materielle Lage der Bergarbeiter hat sich nur aufgrund verlängerter Arbeitszeit verbessert; Forderung nach gesetzlicher Regelung der Arbeitszeit in einem Normalarbeitstag] | Bd.3, Nr.2 |
| 29.12.1881 | Bericht des Unterstaatssekretärs Dr. Ernst von Möller an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck
[Stand der Vorarbeiten zu einem in Aussicht genommenen Verbot von Zündhölzern mit weißem Phosphor] | Bd.3, Nr.3 |
| 31.12.1881 | Ausarbeitung des Legationsrates Edmund Freiherr von Heyking
[Die Einbeziehung landwirtschaftlicher Arbeiter in die Unfallversicherung wird erörtert. In Gebieten, in denen die Bildung von Berufsgenossenschaften nicht möglich ist, wird die Errichtung kommunaler Versicherungsanstalten vorgeschlagen, um Schadensersatz in jedem Falle zu leisten] | Bd.2.1, Nr.31 |
| 31.12.1881 | Brief des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle an den ehem. österreichischen Ministerpräsidenten Karl Graf von Hohenwart
[Bericht über seine Einladung bei Bismarck, Kritik an der Politik Taaffes] | Bd.2.1, Nr.32 |

1882

- | | | |
|------------|---|-----------------------------|
| 04.01.1882 | <p>Gutachten des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle</p> <p>[Gutachten zur Erstfassung der zweiten Unfallversicherungsvorlage. Hauptgesichtspunkte: Genossenschaften tragen Kosten der Versicherung – Normierung der Beiträge für 5 Jahre zum Zwecke der Reservefondsbildung durch den Bundesrat – fehlende Prämienbeiträge sind durch Reichsmittel aufzubringen – Gruppierung der Betriebe nach Berufsverwandtschaft und Risiko – Mitheranziehung der Arbeiter in die sozialpolitischen und verwaltungsökonomischen Aufgaben der Genossenschaften]</p> | Bd.2.1, Nr.33 |
| 05.01.1882 | <p>Brief des Staatsministers a.D. Albert Schäffle an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes</p> <p>[Unfallhilfsskassen mit Unterverbänden zur Absicherung von Krankheit (Unfallkrankenkasse) und Invalidität (Unfallinvalidenkasse), einwöchige Karenzzeit]</p> | Bd.2.1, Nr.34 |
| 08.01.1882 | <p>Schreiben des Direktors des preußischen Statistischen Büros Dr. Ernst Engel an den preußischen Minister des Innern Robert von Puttkamer</p> <p>[Gesuch um Dienstentlassung mit Pension aus gesundheitlichen Gründen, um ein Disziplinarverfahren zu vermeiden]</p> | Bd.2.1, Nr.35 |
| 08.01.1882 | <p>Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen</p> <p>[Die Jahresberichte der Fabrikinspektoren sollen systematischer aufgebaut werden]</p> | Bd.3, Nr.4 |
| 08.01.1882 | <p>Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Minister der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach</p> <p>[Eine gesetzliche Regelung eines Normalarbeitstags kommt allenfalls für bestimmte Industriezweige in Frage]</p> | Bd.3, Nr.5 |
| 09.01.1882 | <p>Rede des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck im Reichstag</p> <p>[Angesichts der parlamentarischen Forderungen nach Arbeiterschutzgesetzgebung Reflexionen über seine (alternativen) Absichten bei der Unfallversicherungsgesetzgebung: Zwangskorporationen nach Gefahrenklassen als Träger der Unfallversicherung und evtl. auch der Fabrikinspektion, die „kollegialistisch“ (Unternehmer?) oder „unter öffentlicher Kontrolle arbeitender Korrektur“ eingebunden werden soll, Reflexionen über die Wahlniederlage und die preußische Reformtradition. – Antwort auf die Interpellation des Zentrumsabgeordneten Freiherr von Herling mit der ersten öffentlichen Äußerung Bismarcks zum Arbeiterschutz: Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist für Arbeiter existenzgefährdend; Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich schadet dagegen in unzumutbarer Weise der Industrie; Ausbau der Fabrikinspektion soll im Zusammenhang mit zu schaffenden Korporationen erfolgen]</p> | Bd.2.1, Nr.36
Bd.3, Nr.6 |
| 10.01.1882 | <p>Entwurf eines Unfallentschädigungsgesetzes der Reichstagsmitglieder Dr. Franz Armand Buhl und Genossen</p> <p>[Privatrechtliche Lösung mittels erweiterter Haftpflicht (Gefährdungshaftung dem Grunde nach bis zur Vorsatzgrenze, aber mit Haftungsbegrenzung der Höhe nach: Haftungsausschluß bei Vorsatz des (geschädigten) Arbeiters und Haftungserweiterung; Beibehaltung des Prinzips des vollen Schadenersatzes bei Vorsatz des Unternehmers), Zulassung von Privatversicherungsanstalten, Normativbestimmungen und Sicherheitsbestellung, d. h. in Aussicht gestellter Versicherungszwang]</p> | Bd.2.1, Nr.37 |
| 12.01.1882 | <p>Schreiben des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach an den Handelsminister Otto Fürst von Bismarck</p> <p>[Eine übermäßig lange Arbeitszeit im westfälisch-niederrheinischen Bergbau wird in Abrede gestellt; ein gesetzlicher Normalarbeitstag ist nicht notwendig]</p> | Bd.3, Nr.7 |
| 12.01.1882 | <p>Protokoll der 38. Sitzung der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags</p> <p>[Diskussion und weitgehender Konsens über den Antrag der Abgeordneten Streit und Stephani, daß ohne eigenes Verschulden entlassene Bergarbeiter von der Knappschaftskasse</p> | Bd.6, Nr.1 |

eine Kompensation für ihre erworbenen Ansprüche erhalten]

- 15.01.1882 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim
[Albert Schäffles Aufenthalt und dessen Ansichten, Stand der Vorbereitungen der zweiten Unfallversicherungsvorlage] Bd.2.1, Nr.38
- 17.01.1882 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 28
[Ablehnung des liberalen Gesetzentwurfs zur Unfallentschädigung unter Berufung auf industrielle Kreise] Bd.2.1, Nr.39
- 26.01.1882 Berliner Tageblatt Nr. 44. Die Knappschaftskassen
[Entgegen der Meinung des Reichstagsabgeordneten Leuschner handelt es sich bei den Knappschaftskassen um Versicherungsanstalten, die solider finanzieller Reserven bedürfen] Bd.6, Nr.2
- 30.01.1882 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm
[Die schnelle Industrialisierung Deutschlands macht staatlichen Eingriff auf sozialem Gebiet notwendig] Bd.1, Nr.26
- 01.02.1882 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm
[In der Arbeiterbewegung wachsen die Reformkräfte] Bd.1, Nr.27
- 01.02.1882 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken
[Bericht über die Unterredung mit Albert Schäffle und die liberale Initiative zur Haftpflichtrevision] Bd.2.1, Nr.40
- 04.02.1882 Urteil des Reichsgerichts
[Eine Revision des Märkischen Knappschaftsvereins wird zurückgewiesen: Die Knappschaft muß ihren Verpflichtungen zur Zahlung des Invalidengeldes an den Kläger in vollem Umfang nachkommen] Bd.6, Nr.3
- 05.02.1882 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen
[Eine vom Reichstag geforderte, jedoch vom Bundesrat abgelehnte Umfrage zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Hausindustrie wird vom Reichsamt des Innern „in unauffälliger Weise“ durchgeführt] Bd.3, Nr.8
- 11.02.1882 Antrag der Abgeordneten Wilhelm Liebknecht und August Bebel an die Zweite Kammer des sächsischen Landtags
[Die Freizügigkeit der Bergarbeiter soll dadurch faktisch ermöglicht werden, daß sie bei Verlassen eines Werkes 1. freiwillig Mitglied der Knappschaftskasse bleiben können oder 2. eine Beitragsrückerstattung erhalten; für den Steinkohlenbergbau soll anstelle der bestehenden Knappschaften eine Allgemeine Knappschaftskasse gegründet werden] Bd.6, Nr.4
- 17.02.1882 Entwurf von Grundzügen für eine zweite Unfallversicherungsvorlage mit Direktiven des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck
[Zwangsgenossenschaften, Reichszuschuß, Höchstjahresarbeitsverdienst 1200 M, 8tägige Karenzzeit, Betriebsgenossenschaften nach Gefahrenklassen auf Bezirksebene, örtliche Genossenschaftsabteilungen für Leistungen von bis zu 13wöchiger Dauer] Bd.2.1, Nr.41
- 27.02.1882 Schreiben des Legationsrates Edmund Freiherr von Heyking an den Geheimen Oberregierungsrat Theodor Lohmann
[Bismarck genehmigt die gleichzeitige Vorlage von Grundzügen für ein Krankenkassengesetz und eines Unfallversicherungsgesetzes mit 13wöchiger Karenzzeit] Bd.2.1, Nr.42

27.02.1882	<p>Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim</p> <p>[Der Staatssekretär des Innern, Karl Heinrich von Boetticher, hat vorgeschlagen, die zweite Unfallversicherungsvorlage zunächst in Form von „Grundzügen“ an den Volkswirtschaftsrat gelangen zu lassen]</p>	Bd.2.1, Nr.43
28.02.1882	<p>Grundzüge für die zweite Unfallversicherungsvorlage</p> <p>[Zwangsgenossenschaften, Reichszuschuß, Versicherungspflichtgrenze 2000 (1500) M, Höchstjahresarbeitsverdienst 1200 M, Beitragsfreiheit für Arbeiter, 13wöchige Karenzzeit, Betriebsgenossenschaften nach Gefahrenklassen auf Bezirksebene, Gegenüberstellung von Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren, Unfallverhütung und deren Überwachung]</p>	Bd.2.1, Nr.44
02.03.1882	<p>Sächsisches Gesetz, ergänzende Bestimmungen zu § 84 und § 69 des allgemeinen Berggesetzes vom 16. Juni 1868 betreffend</p> <p>[Die Novelle zum Berggesetz gewährt unfreiwillig scheidenden Bergarbeitern und Bergwerksangestellten Ansprüche an die Knappschaftskasse durch Beitragsrückerstattungen oder Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft bei Fortzahlung von Beiträgen]</p>	Bd.6, Nr.5
03.03.1882	<p>Sitzungsprotokoll des preußischen Volkswirtschaftsrats</p> <p>[Beratung eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Produktion von mit weißem Phosphor hergestellten Zündhölzern: Die Einschränkung der Verwendung von weißem Phosphor bei der Zündholzproduktion wird begrüßt; unter Hinweis auf Exportinteressen wird ein völliges Verbot jedoch mehrheitlich abgelehnt]</p>	Bd.3, Nr.9
04.03.1882	<p>Bericht des Oberbergamts Dortmund an den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach</p> <p>[Gerichtliche Entscheidungen zwingen dazu, Invalidengelder künftig auch nach Statutenänderungen unvermindert weiterzuzahlen; entsprechende Nachzahlungen werden geleistet]</p>	Bd.6, Nr.6
10.03.1882	<p>Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr.171</p> <p>[Kritik am Verfahren der privaten Unfallversicherungen im Schadensfall]</p>	Bd.2.1, Nr.45
11.03.1882	<p>Königlich Privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen Nr. 119, Morgenausgabe</p> <p>[Replik auf die offiziöse Kritik der privaten Unfallversicherungen]</p>	Bd.2.1, Nr.46
19.03.1882	<p>Denkschrift des Geheimen Regierungsrats Dr. Georg Hinzpeter für Prinzessin Auguste Viktoria</p> <p>[Hinzpeter legt der Ehefrau des Thronfolgers Prinz Wilhelm soziales Engagement und beiden das Studium der Lage der Arbeiter und der Arbeiterbewegung nahe]</p>	Bd.1, Nr.28
26.03.1882	<p>Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit Beschlußübersicht</p> <p>[Die Vorschläge des Volkswirtschaftsrats – vor allem zur Trennung von Risikoverteilung (Betriebsgefahrenklassen) und Verwaltung (Unfallversicherungsverbände) – sind zweckmäßig und werden befürwortet; der Volkswirtschaftsrat hat sich für das Umlageverfahren entschieden]</p>	Bd.2.1, Nr.47
27.03.1882	<p>Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher</p> <p>[Gegenüber den Beschlüssen des Volkswirtschaftsrats bestehen keine Bedenken, vor allem wird allein das Umlageverfahren befürwortet: Der Staat und seine Einrichtungen werden „als permanente identische Persönlichkeiten“ gekennzeichnet. Auf baldige Vorlage des zweiten Entwurfs des Unfallversicherungsgesetzes beim Bundesrat und Reichstag wird gedrängt]</p>	Bd.2.1, Nr.48
28.03.1882	<p>Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck</p> <p>[Auskunft über Unfallgeschehen (Zahl, Folgen), Gefahrenverhältnisse in den Industriezweigen, Belastung der Unfallversicherung für Betriebe und Reich sowie der Krankenkassen bzw. Arbeiter, gesetzliche Unfallversicherung kann milder vorgehen als private Unfallversi-</p>	Bd.2.1, Nr.49

cherung, mitgeteilte Zahlen werden „die Opposition völlig entwaffnen“]

31.03.1882	<p>Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher</p> <p>[Die Ergebnisse der Unfallstatistik sollen bereits zur Ausarbeitung der Motive für die Gesetzesvorlage beim Bundesrat genutzt werden. Die Gefährlichkeit der Betriebe ist weniger von den Produkten als von Produktionsprozeß und -technik abhängig; einige der mitgeteilten Ergebnisse sind nicht plausibel]</p>	Bd.2.1, Nr.50
01.04.1882	<p>Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck</p> <p>[Der Gesetzentwurf ist in Arbeit, dabei soll das Risiko zwischen lokalen Vereinigungen und reichsweiten Betriebsgefahrenklassen in einem prozentualen Verhältnis geteilt werden, die Arbeitsbelastung der Postverwaltung wird dadurch begrenzt sein, Informationen zur Entstehung des Konzepts der „Betriebsgefahrenklassen“]</p>	Bd.2.1, Nr.51
03.04.1882	<p>Verordnung der Landdrostei Hildesheim</p> <p>[Detaillierte Bestimmungen zur Unfallverhütung an Holzkreissägen]</p>	Bd.3, Nr.10
11 u. 12.04.1882	<p>Kölnische Zeitung Nr. 100 und 101. Die Unfallversicherung im preußischen Volkswirtschaftsrat</p> <p>[Information über den Verlauf der Verhandlungen und dabei aufgetretene Fraktionierungen; die Majorität im preußischen Volkswirtschaftsrat folgte dem falschen (öffentlich-rechtlichen) Rechtsprinzip, infolgedessen wird der Sozialdemokratie in die Hände gearbeitet, Darstellung weiterer Kontroversen]</p>	Bd.2.1, Nr.52
18.04.1882	<p>Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm I.</p> <p>[Darstellung der Abweichungen der zweiten Unfallversicherungsvorlage von der ersten und den Grundzügen, die dem Volkswirtschaftsrat vorgelegt wurden bzw. dessen Beschlüssen]</p>	Bd.2.1, Nr.53
21.04.1882	<p>Der Gewerkverein Nr. 16. Liberalismus und Socialpolitik</p> <p>[Mit Hinweis auf liberale Politiker und Vordenker wird der Liberalismus als wahrhaft sozialpolitische Bewegung dargestellt]</p>	Bd.1, Nr.29
27.04.1882	<p>Rede des stellvertretenden Reichskanzlers Karl Heinrich von Boetticher zur Eröffnung der II. Session des 5. Reichstags</p> <p>[Ankündigung der zweiten Unfallversicherungsvorlage und einer zwangsweisen Arbeiterkrankenversicherung auf Reichsebene]</p>	Bd.1, Nr.30
30.04.1882	<p>Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken</p> <p>[Die Gesetzentwürfe des Kranken- und des Unfallversicherungsgesetzes sind fertig, es besteht die Gefahr, daß das letztere angenommen wird]</p>	Bd.2.1, Nr.54
03.05.1882	<p>Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an Kaiser Wilhelm I.</p> <p>[Vorlage des Gesetzentwurfs zur Regelung der Produktion von Zündhölzern aus weißem Phosphor mit Darstellung der Entstehungsgeschichte desselben; nicht eine Novelle zur Gewerbeordnung, sondern ein eigenständiges Gesetz ist erforderlich, da sich der Geltungsbereich auch auf die Hausindustrie und Elsaß-Lothringen erstrecken soll]</p>	Bd.3, Nr.11
05.05.1882	<p>Bericht des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Joseph Herrmann an den bayerischen Minister des Innern Max Freiherr von Feilitzsch</p> <p>[Bericht über seine Ausschubarbeit im Bundesrat]</p>	Bd.2.1, Nr.55
06.05.1882	<p>Berliner Tageblatt Nr. 210</p>	Bd.2.1, Nr.56

[Im Unfallversicherungsgesetz ist eine Lücke: Die Gewerbekrankheiten sind nicht berücksichtigt]

- | | | |
|------------|---|---------------|
| 08.05.1882 | <p>Endfassung der zweiten Unfallversicherungsvorlage</p> <p>[Zwangsversicherung unter Haftungsausschluß bis zur Grenze groben Verschuldens, Risikoverteilung auf der Grundlage von Gefahrenklassen auf Reichsebene, denen Industriebetriebe zugeordnet werden, mit anschließender Gliederung in Betriebsgenossenschaften und Betriebsverbände auf territorialer bzw. bezirklicher Ebene, auch Versicherung der Bauarbeiter, Versicherungspflichtgrenze bei 2000 M, 13wöchige Karenzzeit, Höchstjahresarbeitsverdienst 1200 M, Beiträge von Arbeitgebern mit Reichszuschuß in Höhe von 25 Prozent (Beitragsfreiheit für Arbeiter), Umlageprinzip, Unternehmerverwaltung mit Arbeiterausschuß, Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften durch die Genossenschaften]</p> | Bd.2.1, Nr.57 |
| 11.05.1882 | <p>Die Tribüne Nr. 237</p> <p>[Kritik der zweiten Unfallversicherungsvorlage]</p> | Bd.2.1, Nr.58 |
| 13.05.1882 | <p>Bericht des Direktors Robert Bosse an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher</p> <p>[Bosse berichtet über die bisherige Tätigkeit der sozialpolitischen Abteilung im Reichsamt des Innern und deren haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter; Betonung der Tätigkeit der hauptamtlichen Mitarbeiter; Vorschlag, die sozialpolitische Abteilung auf Kosten der Zentralabteilung zu stärken]</p> | Bd.1, Nr.31 |
| 14.05.1882 | <p>Gutachten des Geheimen Bergrats Professor Dr. Rudolf Klostermann für das Oberbergamt Dortmund</p> <p>[Die Rechte der Mitglieder im Knappschaftsverein beruhen nicht auf individuellen Verträgen, sondern auf statutarischen Festsetzungen und können daher jederzeit im Interesse der Versicherungsgemeinschaft geändert werden; eine Gleichbehandlung der aktiven und inaktiven Mitglieder ist dabei erforderlich]</p> | Bd.6, Nr.7 |
| 15.05.1882 | <p>Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck</p> <p>[Der Ausgang der Verhandlungen über den Gesetzentwurf ist ungewiß. Die Haltung der verschiedenen politischen Parteien in der laufenden Debatte offenbart geringe Zustimmung, aber mehr Ablehnung und Verzögerung. Boetticher drängt auf zügige Bearbeitung des Entwurfs]</p> | Bd.2.1, Nr.59 |
| 17.05.1882 | <p>Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher</p> <p>[Die Gesetzesvorlagen über Tabakmonopol und Arbeiterversicherung dürfen im Reichstag nicht verschleppt werden, allerdings besteht wenig Hoffnung auf Verabschiedung in der laufenden Sitzungsperiode]</p> | Bd.2.1, Nr.60 |
| 17.05.1882 | <p>Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim</p> <p>[Bericht über Grundtendenzen der Reichstagsdebatten zur Arbeiterversicherung]</p> | Bd.2.1, Nr.61 |
| 04.06.1882 | <p>Westfälische Volkszeitung Nr. 125. Der Beschluß des Vorstandes des Märkischen Knappschaftsvereins</p> <p>[Die Bemühungen des Knappschaftsvereins, doch noch das Recht zur nachträglichen Kürzung von Invalidengeldern zu erstreiten, werden verurteilt]</p> | Bd.6, Nr.8 |
| 05.06.1882 | <p>Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 21</p> <p>[Analyse und Kritik von Organisation und Verfahren der zweiten Unfallversicherungsvorlage]</p> | Bd.2.1, Nr.62 |
| 12.06.1882 | <p>Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 22</p> | Bd.2.1, Nr.63 |

[Analyse und Kritik der materiell-rechtlichen Vorschriften der zweiten Unfallversicherungsvorlage]

- | | | |
|------------|--|---------------|
| 15.06.1882 | Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim
[Der Reichstag soll vertagt, nicht aber geschlossen werden, um eine Unterbrechung der Kommissionsarbeit an den Arbeiterversicherungsentwürfen zu vermeiden] | Bd.2.1, Nr.64 |
| 22.06.1882 | Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken
[Kritische Reflexionen über Bismarcks sozialpolitische Absichten] | Bd.2.1, Nr.65 |
| 25.06.1882 | Eingabe des Zentralkomitees der vereinigten Gewerkschaften Berlins an den Reichstag
[Arbeiterschutzforderungen der Berliner Gewerkschaften mit über das Gothaer Programm der Sozialdemokratie hinausgehender Forderung nach Einschränkung der Frauenarbeit] | Bd.3, Nr.12 |
| 26.06.1882 | Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an Professor Dr. Lorenz von Stein 247
[Wunsch, daß die sozialpolitischen Ideen Bismarcks durch Lorenz von Stein einer öffentlichen Besprechung unterzogen werden, interne Kritikpunkte werden aufgeführt] | Bd.2.1, Nr.66 |
| 02.07.1882 | Brief des Professors Dr. Lorenz von Stein an den Geheimen Oberregierungsrat Theodor Lohmann
[Ablehnung, von den internen Mitteilungen Theodor Lohmanns Gebrauch zu machen; wo individuelle Selbsthilfe möglich ist, darf der Staat nicht versorgend tätig werden] | Bd.2.1, Nr.67 |
| 14.07.1882 | Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Staatssekretär der Justiz Dr. Hermann von Schelling mit Gesetzentwurf und Begründung
[Entwurf eines Ausführungsgesetzes zu § 120 Absatz 3 der Gewerbeordnung: Verwaltungsverfahren bei Polizeiverfügungen; Regelung von Berufung und schiedsrichterlicher Entscheidung sowie zwangsweiser Durchsetzung] | Bd.3, Nr.13 |
| 15.07.1882 | Die Tribüne Nr. 354. Die socialpolitische Reform
[Maßnahmen zur Milderung der Folgen der Risiken des Arbeitslebens sind notwendig; Zwangsversicherung ist kein geeignetes Mittel] | Bd.1, Nr.32 |
| 23.08.1882 | Schreiben des Staatssekretärs der Justiz Dr. Hermann von Schelling an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher
[Stellungnahme zu dem vom Reichsamt des Innern vorgelegten Gesetzentwurf zur Handhabung des § 120 Absatz 3 der Gewerbeordnung: Ablehnung des schiedsgerichtlichen Verfahrens] | Bd.3, Nr.14 |
| 02.09.1882 | Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an Professor Dr. Lorenz von Stein
[Angesichts der drohenden sozialen Revolution hat die Gesetzgebung eine pädagogische Aufgabe, die vorliegenden Gesetzentwürfe gehen aber von einer dilettantischen Auffassung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse aus] | Bd.2.1, Nr.68 |
| 11.09.1882 | Rede des Generalsekretärs des Verbands Arbeiterwohl Franz Hitze auf der 29. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands
[Katalog für eine Arbeiterschutzgesetzgebung, der über die traditionellen Forderungen des Verbots der Sonntagsarbeit hinausgeht; eine Arbeiterschutzgesetzgebung ist zum Schutz des Familienlebens notwendig; Forderung nach Verbot der Frauenarbeit; zum Schutz der Gesundheit ist ein (bisher von der Zentrumsfraktion nicht explizit geforderter) Normalarbeitstag notwendig] | Bd.3, Nr.15 |

18.09.1882	Entschließung der Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller [Eine Gesetzgebung zur Kranken- und Unfallversicherung wird prinzipiell begrüßt; Versicherungszwang ist unentbehrlich; die Arbeiter sollen zu den Beiträgen herangezogen werden]	Bd.1, Nr.33
24.09.1882	Beschluß der IV. Generalversammlung der Deutschen Volkspartei [Arbeiterschutzforderungen unter Berufung auf in der Schweiz geltende Gesetze]	Bd.3, Nr.16
12.10.1882	Entwurf einer Stellungnahme des Zentralverbandes deutscher Industrieller zur zweiten Unfallversicherungsvorlage [Detaillierte Stellungnahme zu den materiellen Bestimmungen der Unfallversicherungsvorlage, Kritik an der vorgeschlagenen Organisation und an selbständigen Arbeiterausschüssen, grundsätzliches Einverständnis mit dem Umlageverfahren zur Aufbringung der Kosten]	Bd.2.1, Nr.69
12.10.1882	Bericht der Regierung Arnsberg an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck [Lüdenscheider Fabrikbesitzer versuchen, durch Aufspaltung der gestatteten sechsstündigen Kinderarbeit in mehrere Zeitblöcke, eine Kontrolle der Arbeitszeit zu erschweren]	Bd.3, Nr.17
15.10.1882	Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken [Kritik an Bismarck: Dessen Sozialpolitik (Kaiserliche Botschaft) ist ein „totgeborenes Kind“; was Lohmann an brauchbaren politikfähigen Entwürfen (Krankenversicherung) geschaffen hat, wird von jenem verächtlich als „untergeschobenes Kind“ betrachtet, Referat der Auffassungen Lorenz von Steins]	Bd.2.1, Nr.70
18.10.1882	Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck [Nach einer Beschwerde der Berlin-Aachener Spiegelmanufaktur über ungleiche Produktionsbedingungen wird der Erlaß einheitlicher Vorschriften für alle Spiegelbeleganstalten Deutschlands geprüft]	Bd.3, Nr.18
19.10.1882	Bericht des Gewerberats Dr. Gustav Wolff an die Regierung Düsseldorf [Neu eingeführte Nachtarbeit von Arbeiterinnen in der Düsseldorfer Kammgarnspinnerei führt zu körperlichen und sittlichen Schädigungen]	Bd.3, Nr.19
19.10.1882	Entscheidung des Reichsgerichts [In Fabriken beschäftigte Lehrlinge sind „jugendliche Arbeiter“ im Sinn der Gewerbeordnung]	Bd.3, Nr.20
08.11.1882	Bericht des Sanitätsrats Dr. Ludwig Zimmermann und des Gewerberats Dr. Gustav Wolff an die Regierung Düsseldorf [Unter Hinweis auf bei einer Revision der Düsseldorfer Kammgarnspinnerei festgestellte Mißstände wird ein generelles Verbot der Nachtarbeit von Fabrikarbeiterinnen gefordert]	Bd.3, Nr.21
12.11.1882	Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken [Lebensfähige Korporationen lassen sich nur durch indirekten Zwang durchführen, Beitragspflicht der Arbeiter (und daraus abgeleitete Beteiligungsrechte an der Verwaltung) ist geboten, die Arbeiterversicherungspolitik des Staates hat gegenüber einer sozialen Betriebsverfassung für die soziale Entwicklung nur einen sehr begrenzten Stellenwert]	Bd.2.1, Nr.71
22.11.1882	Bericht über die geschäftliche Lage der Kaiser-Wilhelms-Spende [Bei relativ günstiger finanzieller Entwicklung bleibt der Zulauf zur Anstalt mäßig; ein Trend zur stärkeren Beteiligung der Arbeiterschaft scheint sich abzuzeichnen]	Bd.6, Nr.9

- 25.11.1882 Eingabe des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie“ an den Deutschen Reichstag Bd.2.1, Nr.72
[Die Unfallversicherung ist weniger dringend als die Invalidenversicherung. Die Organisation der Unfallversicherungsträger, das Umlageverfahren und der Reichszuschuß werden abgelehnt, hingegen wird ein Arbeiterbeitrag befürwortet]
- 25.11.1882 Eingabe des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saar-Industrie an den Reichstag Bd.6, Nr.10
[Die Versorgung der alten und invaliden Arbeiter ist noch dringender als Kranken- und Unfallversicherung und hätte deshalb ebenfalls zu einem Gesetzentwurf führen müssen; die Industrie ist in der Lage, die entstehenden Lasten für alle drei Versicherungsarten zu tragen]
- 26.11.1882 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Bd.2.1, Nr.73
[Lohmanns Facharbeiten sind von Prinzipien bestimmt, die aus geschichtsphilosophischen Auffassungen zur Rettung der Kultur vor einer sozialen Revolution herrühren, daraus folgen praktische Konsequenzen für die organisatorische Ausgestaltung der Unfallversicherungsvorlage]
- 27.11.1882 Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck und des Innenministers Robert von Puttkamer an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.3, Nr.22
[Bericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Hausindustrie; Restformen des Trucksystems werden festgestellt; zur Bekämpfung von Mißständen beim Zwischenhandel („Ausgeberwesen“) sind gesetzliche Maßnahmen notwendig]
- 15.12.1882 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Bd.2.1, Nr.74
[Bericht über die Unterbrechung der Arbeit der Reichstagskommissionen, die zweite Unfallversicherungsvorlage gilt als unbrauchbar]

1883

- 09.01.1883 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Bd.3, Nr.23
[Unter Bezug auf Mißstände in der Düsseldorfer Kammgarnspinnerei wird ein Verbot der Einführung der Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen gefordert]
- 12.01.1883 Schreiben des Reichstagspräsidenten Albert von Levetzow an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.3, Nr.24
[Der Bundesrat soll eine Gefahrenschutzverordnung vorlegen]
- 13.01.1883 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Bd.2.1, Nr.75
[Bismarck will das Krankenversicherungsgesetz akzeptieren]
- 19.01.1883 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Staatssekretär der Justiz Dr. Hermann von Schelling mit Gesetzentwurf Bd.3, Nr.25
[Zweite Fassung des Gesetzentwurfs, betreffend die Handhabung des § 120 Absatz 3 der Gewerbeordnung: Stärkung der Stellung der höheren Verwaltungsbehörde im Vergleich zur ersten Fassung; Präzisierung des Verfahrens]
- 21.01.1883 Resolution der Mitgliederversammlung des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum Bd.6, Nr.11

[Die Mitglieder wehren sich gegen weitere kostspielige Prozesse um gekürzte Invalidengelder und verlangen vom Vorstand ein Einlenken in dieser Frage]

- | | | |
|------------|---|---------------|
| 26.01.1883 | Der Gewerkverein Nr. 4. Wie die oberschlesischen Arbeiter über die Knappschaftsvereine urteilen
[Das bisherige Knappschaftswesen leistet nicht genügend; es sollte daher in die geplanten Arbeiterversicherungsgesetze einbezogen werden] | Bd.6, Nr.12 |
| 29.01.1883 | Urteil des Oberlandesgerichts Hamm
[Das Urteil erkennt das Recht des Knappschaftsvereins zur Anwendung statutenmäßiger Änderungen auf alle Mitglieder an; der Invalide hat keine besonderen gesellschaftlichen Rechte gegenüber dem Verein] | Bd.6, Nr.13 |
| 04.02.1883 | Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken
[Bismarcks „unsinnige“ Vorstellungen und sein Eigensinn verhindern wirksame sozialpolitische Reformen] | Bd.2.1, Nr.76 |
| 10.02.1883 | Bericht des Unterstaatssekretärs im Reichsamt des Innern Paul Eck an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck
[Unter Hinweis auf entsprechende Bestrebungen in England werden Schutzbestimmungen für Arbeiter in Bleiweißfabriken vorgeschlagen. Bismarck in Randbemerkungen: prinzipielle Zustimmung] | Bd.3, Nr.26 |
| 07.03.1883 | Sitzungsprotokoll des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins
[Die Fabrikinspektoren werden gegen Angriffe verteidigt; die berufliche Qualifikation der preußischen Fabrikinspektoren ist ihren Aufgaben angemessen; ein Ausbau der Fabrikinspektion wird gefordert] | Bd.3, Nr.27 |
| 01.04.1883 | Entschließung des Parteitags der deutschen Sozialdemokratie in Kopenhagen
[Die „sogenannte Sozialreform“ ist ein Ablenkungsmanöver] | Bd.1, Nr.34 |
| 01.04.1883 | Eingabe des Maschinenstickervereins für das Vogtland und das sächsische Erzgebirge an den Reichstag
[Unter Hinweis auf die Zustände in der Hausindustrie wird die Zulassung von zehnjährigen Kindern zur Fabrikarbeit in Maschinenstickereien gefordert] | Bd.3, Nr.28 |
| 05.04.1883 | Bericht des Unterstaatssekretärs Dr. Ernst von Möller an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck
[Die Dampfkesselrevision soll von den Baubeamten auf besondere technisch gebildete Dampfkesselrevisoren übertragen werden. Bismarck in den Randbemerkungen: Baubeamte sind dafür ohnehin ungeeignet; die Dampfkesselrevision könnte auch mit der Unfallversicherung verbunden werden] | Bd.3, Nr.29 |
| 08.04.1883 | Aufzeichnungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Georg Freiherr von Hertling über ein Gespräch mit Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck
[Bismarck wirft dem Reichstag eine schleppende Behandlung der sozialpolitischen Vorlagen vor] | Bd.1, Nr.35 |
| 11.04.1883 | Bericht über die erste Sitzung der VIII. Reichstagskommission
[Das gegenüber der zweiten Unfallversicherungsvorlage einzuschlagende Verfahren] | Bd.2.1, Nr.77 |
| 14.04.1883 | Botschaft Kaiser Wilhelm I. an den Reichstag
[Die Fortführung der Sozialreformen bzw. der Gesetzgebung zur Unfallversicherung wird angemahnt] | Bd.1, Nr.36 |
| 17.04.1883 | Bericht des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Joseph Herrmann an das bayerische Ministerium des Innern | Bd.2.1, Nr.78 |

[Beratung in der zweiten Sitzung der VIII. Reichstagskommission]

- | | | |
|--------------|--|---------------|
| 19.04.1883 | Sitzungsprotokoll des Komitees der Friedrich-Wilhelm- und Viktoria-Stiftung
[Beratung und Beschlußfassung über die Verwendung der anlässlich der Silberhochzeit des Kronprinzenpaares gesammelten Spenden; Privatwohlthätigkeit als Vorbild] | Bd.1, Nr.37 |
| 25.04.1883 | Bericht über die vierte Sitzung der VIII. Reichstagskommission
[Informatorische Beratung über die §§ 5 und 6 der zweiten Unfallversicherungsvorlage, Verhältnis der Krankenversicherung zur Unfallversicherung] | Bd.2.1, Nr.79 |
| 04.05.1883 | Bericht über die fünfte Sitzung der VIII. Reichstagskommission
[Informatorische Beratung und Beschlußfassung über die §§ 5 und 7 der zweiten Unfallversicherungsvorlage: Vorteile und Nachteile der Karenzzeit bzw. Kostentragung der Unfallfolgen durch die Krankenkassen für die ersten 13 Wochen] | Bd.2.1, Nr.80 |
| 05.05.1883 | Bericht über die sechste Sitzung der VIII. Reichstagskommission
[Beratung und Abstimmung über die §§ 5 und 7 der zweiten Unfallversicherungsvorlage, einstimmige Ablehnung des Reichszuschusses] | Bd.2.1, Nr.81 |
| 07.05.1883 | Bericht über die siebte Sitzung der VIII. Reichstagskommission
[Informatorische Beratung über die §§ 6 und 10 der zweiten Unfallversicherungsvorlage] | Bd.2.1, Nr.82 |
| 08.05.1883 | Bericht über die achte Sitzung der VIII. Reichstagskommission
[Beratung über § 10 der zweiten Unfallversicherungsvorlage, Freiherr v. Hertling bringt seinen Präjudizialantrag ein, der andiskutiert wird] | Bd.2.1, Nr.83 |
| 25.05.1883 | Bericht über die neunte Sitzung der VIII. Reichstagskommission
[Beratung über die weitere Vorgehensweise, insbesondere mit dem Präjudizialantrag Hertling, positive Beschlußfassung über die §§ 1-4 der zweiten Unfallversicherungsvorlage] | Bd.2.1, Nr.84 |
| 27.05.1883 | Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken
[Bericht über Reichstag und Reichskanzler] | Bd.2.1, Nr.85 |
| 28.05.1883 | Bericht über die zehnte Sitzung der VIII. Reichstagskommission
[Beratung und Beschlußfassung über die §§ 5 und 6 der zweiten Unfallversicherungsvorlage] | Bd.2.1, Nr.86 |
| 30.05.1883 | Protokoll der elfte Sitzung der VIII. Reichstagskommission
[Beratung über die §§ 7, 11 und 14 der zweiten Unfallversicherungsvorlage] | Bd.2.1, Nr.87 |
| 31.05.1883 | Bericht über die zwölfte Sitzung der VIII. Reichstagskommission
[Beratung über die subsidiäre Zulassung von freiwilligen Betriebsgenossenschaften auf der Grundlage von Normativbestimmungen] | Bd.2.1, Nr.88 |
| [05.]06.1883 | Bericht des Regierungsrates Wilhelm Graf von Bismarck für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck
[Die Verhandlungsergebnisse der VIII. Reichstagskommission werden in Kernpassagen der zweiten Unfallversicherungsvorlage gegenübergestellt, Kritik am Verhalten der Regierungskommissare Bosse und Lohmann in der Auseinandersetzung mit liberalen Forderungen] | Bd.2.1, Nr.89 |
| [05.06.]1883 | Bericht des Geheimen Regierungsrates Dr. Franz von Rottenburg für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck
[Darstellung der Entstehung des Krankenversicherungsgesetzes und seiner Regelungen: Anstoß aus der Unfallversicherungsproblematik und Verselbständigung des Gesetzgebungsprozesses] | Bd.2.1, Nr.90 |

05.06.1883	Schreiben des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Geheimen Regierungsrat Dr. Franz von Rottenburg mit Denkschrift [Die Auffassungen der Nationalliberalen und Sezessionisten werden nach den Kriterien wie: Versicherungszwang, Bildung von Genossenschaften, Reichszuschuß, Umlageverfahren in Gegenüberstellung mit anderen politischen Parteien (Konservative und Zentrum) dargestellt. Lohmanns eigenen Vorstellungen nahestehende Auffassungen sind dabei hervorgehoben]	Bd.2.1, Nr.91
08.06.1883	Bericht über die 16. Sitzung der VIII. Reichstagskommission [Beratung über das weitere geschäftliche Vorgehen angesichts des bevorstehenden Endes der Legislaturperiode, Einsetzung einer Subkommission]	Bd.2.1, Nr.92
09.06.1883	Aufzeichnung eines Gesprächs mit dem Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Bismarck meint, daß der Reichszuschuß durch eine Reichsgarantie ersetzt werden kann]	Bd.2.1, Nr.93
11.u. 12.06.1883	Bericht über die 17. und 18. Sitzung der VIII. Reichstagskommission [Der Reichstag lehnt die zweite Regierungsvorlage ab und wünscht eine dritte, für diese macht er bestimmte Vorgaben]	Bd.2.1, Nr.94
15.06.1883	Vermerk des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann für den Abteilungsdirektor im Reichsamt des Innern Robert Bosse [Die Vorschläge des Versicherungsdirektors Gerkrath auf Einrichtung einer Invaliditätsversicherung für bestimmte Gruppen gewerblicher Arbeiter und ihre Organisation durch regionale Genossenschaften werden wegen der hohen Mobilität der Arbeiterschaft abgelehnt]	Bd.6, Nr.14
18.06.1883	Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Entwicklung einer Alternative zur zweiten Unfallversicherungsvorlage: Dezentrale Durchführung der Unfallversicherung mittels zwei Typen (Rechtsformen) von Versicherungsträgern: durch hoheitlichen Akt errichtete Betriebsverbände der versicherungspflichtigen Betriebe entsprechend der politischen Verwaltungseinheiten (Bezirke) als Grundsystem und durch private Initiative der Unternehmer geschaffene subsidiäre Betriebsgenossenschaften, die faktisch die vorrangigen gesetzlichen Träger werden sollen, keine Risikoträgerschaft nach Gefahrenklassen auf Reichsebene, nur Rentenanstalt unter Reichsgarantie]	Bd.2.1, Nr.95
25.06.1883	Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken [Von Boetticher hat Bismarck mündlich über Lohmanns neuen Plan unterrichtet, Bismarck hat demgegenüber angeordnet, daß das Umlageverfahren beibehalten werden soll]	Bd.2.1, Nr.96
[27.06.]1883	Denkschrift des Geheimen Regierungsrates Eduard Magdeburg für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Reichsweite, nach Industriezweigen gegliederte Körperschaften von Unternehmern als Versicherungsträger (Berufsgenossenschaften), Unfallverhütung, Arbeiterausschüsse, Selbstverwaltung]	Bd.2.1, Nr.97
27.06.1883	Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann [Ablehnung der Gefahrenklassenzugehörigkeit als ein Kriterium für die organisatorische Gliederung der Versicherungsträger, Vorschlag einer dezentralen Durchführung der Unfallversicherung mittels Betriebsgenossenschaften und (subsidiär) Betriebsverbänden, bei letzteren Gefahrenklassen als Maßstab der Mittelaufbringung bzw. Lastenverteilung, Rentenzahlung für die berechtigten Arbeiter durch das Reich mit entsprechendem Good-will-Effekt für das Reich, Kapitaldeckungsprinzip, Ablehnung des Umlageverfahrens, Aufstockung des Krankengeldes für die 5.-13. Woche der Arbeitsunfähigkeit auf die Höhe der Unfallrente]	Bd.2.1, Nr.98
[Juli] 1883	Monatsschrift für christliche Social-Reform Nr. 7. Eine sozialpolitische Debatte. Dargestellt von Frhr. v. Vogelsang [Sozialpolitisches Programm („Haider Thesen“) katholischer Experten]	Bd.1, Nr.38

01.07.1883	Gewerbeordnung für das Deutsche Reich [Noch nicht schulentlassene Jugendliche erhalten kein Arbeitsbuch, sondern die für Kinder vorgesehene Arbeitskarte]	Bd.3, Nr.30
05.07.1883	Entwurf für einen Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Kritische Analyse einer gegliederten zentralen Organisation der Versicherungsträger auf Reichsebene als Verstoß gegen das Genossenschaftsprinzip der Kaiserlichen Sozialbotschaft bzw. deren Ablehnung, Fortentwicklung des dezentralen Systems mittels Gesamtgenossenschaften und –verbänden und abgestufter Risikoverteilung als Alternative zu Bismarcks Direktive]	Bd.2.1, Nr.99
22.07.1883	Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken [Eine verständige Mitwirkung an Bismarcks Plänen ist dem Fachmann nicht möglich]	Bd.2.1, Nr.100
[23.]07.1883	Ausarbeitung des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann [Ablehnung zentraler Zwangsgenossenschaften als Versicherungsträger und abgestufter Risikoverteilung, Modifikation von Nr. 99]	Bd.2.1, Nr.101
27.07.1883	Der Gewerkverein Nr. 30. Die polizeiliche Maßnahme gegen die Verbandsinvalidenkasse [Die polizeiliche Revision und Beschlagnahme von Unterlagen der Verbandsinvalidenkasse wird als ungerechtfertigt verurteilt; sie habe einen politischen, jedoch keinen sachlichen Hintergrund]	Bd.6, Nr.15
03.08.1883	Der Gewerkverein Nr. 31. In Sachen der Verbandsinvalidenkasse der deutschen Gewerkvereine [Die vom Verbandstag beschlossenen Leistungsminderungen der Invalidenkasse sind rech- tens; weder das beschwerdeführende Mitglied Pampel noch Regierung und Polizei waren zu ihrer Vorgehensweise gegen die Kasse legitimiert]	Bd.6, Nr.16
18.08.1883	Brief des Legationsrates Kuno Graf zu Rantzau an seinen Schwager, den Legati- onsrat Herbert Graf von Bismarck [Mitarbeiter Bismarcks haben diesem die „höchst unpraktischen Ideen“ Lohmanns nicht übermittelt]	Bd.2.1, Nr.102
01.09.1883	Denkschrift des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker für den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse [Darlegung, daß Bezirksgenossenschaften („Betriebsverbände“ innerhalb eines Regierungs- bezirks) als einheitliches Organisationsprinzip für die geplante Unfallversicherung möglich und sinnvoll sind und auch den Vorstellungen der Großindustrie entsprechen, Auseinander- setzung mit Theodor Lohmann: „Marginalienscharmützel“]	Bd.2.1, Nr.103
01.09.1883	Denkschrift des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker für den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse [Ausgehend vom erforderlichen Deckungskapital werden die steigenden Bedarfssummen nach dem Umlageprinzip und unter Berücksichtigung der verschiedenen Gefahrenklassen berechnet]	Bd.2.1, Nr.104
08.09.1883	Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann mit Grundzü- gen für ein Gesetz betr. Alters- und Invalidenversicherung für Arbeiter [Grundzüge einer gesetzlichen Regelung der Alters- und Invalidenversicherung auf der Basis des Versicherungszwangs; kritische Einwände gegen eine allgemeine Altersversorgung; individuelle Kontoführung soll das einzelne Versicherungsleben spiegeln; Beitragsleistung durch Marken; Beiträge von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Reich; zentrale Rentenanstalt; Altersrenten ab 65 Jahren; Beitragsersatzungen an Witwen und Waisen; zusätzliche Reichs- zuschüsse für Übergangszeit]	Bd.6, Nr.17

09.09.1883	Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken [Sofern Bismarck sich nicht „in ungewohnter Weise“ umstimmen läßt, wird auch die nächste Reichstagsession kein verabschiedetes Unfallversicherungsgesetz bringen]	Bd.2.1, Nr.105
11.09.1883	Bericht des Gewerberats Dr. Gustav Wolff an die Regierung Düsseldorf [Detaillierte Auflistung von Arbeiten in Fabriken, die notwendigerweise auch am Sonntag ausgeführt werden müssen]	Bd.3, Nr.31
21.09.1883	Ausarbeitung des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker für den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse [Die Aussagen in der Denkschrift vom 1.9.1883 über die Organisation der Unfallversicherung (Betriebsverbände) werden – in Abgrenzung zu Lohmanns Marginalbemerkungen – aufrechterhalten und begründet]	Bd.2.1, Nr.106
24.09.1883	Denkschrift des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Grundzüge für eine Organisation der Unfallversicherung auf der Grundlage von Bezirksgenossenschaften und Berufsgenossenschaften als befristet zugelassene Alternative]	Bd.2.1, Nr.107
24.09.1883	Bericht des Legationssekretärs bei der bayerischen Gesandtschaft in Berlin Klemens Freiherr von Podewils-Dürnitz an den Staatsrat Franz Ritter von Pfistermeister [Vertrauliche Mitteilungen Bödikers werden weitergegeben: Die in der zweiten Unfallversicherungsvorlage vorgesehene Organisationsstruktur zur Durchführung der Unfallversicherung soll abgeändert werden, auch Berufsgenossenschaften scheinen dazu nicht geeignet zu sein]	Bd.2.1, Nr.108
25.09.1883	Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken [Bismarcks Ankunft wird in Berlin erwartet]	Bd.2.1, Nr.109
27.09.1883	Schreiben des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker an den Geheimen Regierungsrat Dr. Franz von Rottenburg [Bödiker ist völlig überrascht von Bismarcks Plan, die Durchführung der Unfallversicherung auf Berufsgenossenschaften zu stützen, die offiziöse Pressemitteilung darüber hält er für Zeitungsplänkelei, die von Rottenburg aufhalten soll]	Bd.2.1, Nr.110
27.09.1883	Erstfassung der Direktiven des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck für eine dritte Unfallversicherungsvorlage [Geltungsbereich von Unfallversicherungsgesetz und Haftpflichtgesetz müssen (zunächst) gleich sein, Umlageverfahren, reichsweite Berufsgenossenschaften (Körperschaften von Berufsklassen) mit regionalen Sektionen als Versicherungsträger, Versicherungszwang, Unfallverhütung, Reichszuschuß bzw. Reichsgarantie]	Bd.2.1, Nr.111
28.09.1883	Vermerk des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Vorschläge, wie Bismarcks neuen Direktiven mit Berufsgenossenschaften, die nicht nur Grundlage der Unfallversicherung sein sollen, sondern weiteren politischen Zwecken dienen sollen, entsprochen werden könnte]	Bd.2.1, Nr.112
04.10.1883	Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse [Reflexionen über den Bruch zwischen Bismarck und Lohmann und die Folgen]	Bd.2.1, Nr.113
05.10.1883	Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken [Bericht über den „Bruch“ mit Bismarck und dessen politische Absichten mit der Organisation der Unfallversicherung]	Bd.2.1, Nr.114

[10.10.]1883	Ausarbeitung des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann [Zwangsgenossenschaften können weder die ihnen zgedachten sozialpolitischen noch die allgemeinpolitischen Aufgaben erfüllen, sie sind nicht besser als die gegenwärtigen Wahlkreise]	Bd.2.1, Nr.115
19.10.1883	Gewerkverein Nr. 42. Zum Entwurfe des Unfallversicherungsgesetzes [Kritik an einem Alternativentwurf für ein Unfallversicherungsgesetz, den der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Oechelhäuser publiziert hat]	Bd.2.1, Nr.116
22.10.1883	Brief des Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Windthorst an den Theologieprofessor Peter Alexander Reuß [Der sozialpolitische Kurs der „Haider Thesen“ soll nicht weiter verfolgt werden; zuerst muß der Kulturkampf beendet werden]	Bd.1, Nr.39
22.10.1883	Schreiben des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker an den Legationsrat Kuno Graf zu Rantzau mit Denkschrift [Der Wert der Unfallstatistik wird für die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs für die Unfallversicherung der Arbeiter begründet und versucht, das Interesse des Kanzlers auf die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchungen zu lenken]	Bd.2.1, Nr.117
27.10.1883	Weser-Zeitung [Bericht über die Ansichten und Aktivitäten Theodor Lohmanns, die denen des Reichskanzlers entgegengesetzt sind, durch diese Meinungsverschiedenheiten zwischen dem „genialen“ Kanzler und dem sachkundigen Referenten seien die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen offensichtlich ins Stocken geraten]	Bd.2.1, Nr.118
28.10.1883	Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken [Bismarcks Weisungen können für eine Unfallversicherung nicht tragfähig sein]	Bd.2.1, Nr.119
30.10.1883	Hagener Zeitung Nr. 253. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Max Hirsch [Die Arbeiterversicherung ist nur ein Teil der Arbeiterfrage; Zwangsversicherung ist Klassengesetzgebung; Kritik am Krankenversicherungsgesetz; Betonung der Leistungsfähigkeit der Hilfskassen der Gewerksvereine]	Bd.1, Nr.40
31.10.1883	Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 508 [Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler und seinen Referenten hindern den Fortgang der sozialreformerischen Arbeiten nicht]	Bd.2.1, Nr.120
03.11.1883	Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim [Bericht über die Arbeiten im Reichsamt des Innern an der dritten Unfallversicherungsvorlage]	Bd.2.1, Nr.121
03.11.1883	Bericht des Geheimen Regierungsrats Tonio Bödiker an den Abteilungsdirektor im Reichsamt des Innern Robert Bosse [Skizze einer Alters-, Invaliden- und Witwen-Zwangsversicherung für alle Arbeiter: feste Renten von 120 M jährlich; Beiträge von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Reich im Umlageverfahren]	Bd.6, Nr.18
04.11.1883	Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken [Lohmann hat mit dem „Zeitungsclatsch absolut gar nichts zu tun“, zu „irgendeinem diszi-	Bd.2.1, Nr.122

plinarischen Einschreiten“ will er keine Veranlassung geben]

- | | | |
|--------------|--|----------------|
| 04.11.1883 | Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim
[Bericht über die Arbeiten im Reichsamt des Innern an der dritten Unfallversicherungsvorlage und Bismarcks politische Absichten nach Informationen Karl Heinrich von Boettichers] | Bd.2.1, Nr.123 |
| 07.11.1883 | Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim
[Im Reichsamt des Innern wurde mit der Ausarbeitung der dritten Unfallversicherungsvorlage in Form eines Gesetzentwurfs begonnen, die Berufsgenossenschaften sollen Voraussetzung und Grundlage von Gewerbe- und Landwirtschaftskammern werden] | Bd.2.1, Nr.124 |
| 08.11.1883 | Der Sozialdemokrat Nr. 46. [Wilhelm Liebknecht:] Zur Sozialreform des Fürsten Bismarck
[Die Ablehnung der Bismarckschen Sozialreform ist grundlegender Bestandteil sozialdemokratischer Politik] | Bd.1, Nr.41 |
| 20.11.1883 | Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit zwei Entwürfen von Grundzügen für die dritte Unfallversicherungsvorlage
[Entsprechend Bismarcks Anordnung sind konkurrierende Entwürfe von Gamp (A) und unter der Federführung Bödikers (B) für eine Unfallversicherung mit einheitlicher Trägerschaft auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage und Umlageverfahren erarbeitet, diese werden – mit einer mehr positiven Stellungnahme zum Entwurf B – charakterisiert und übersandt, zu Zweifelsfragen wird eine Entscheidung erbeten] | Bd.2.1, Nr.125 |
| 25.11.1883 | Zweitfassung der Direktiven des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck für die dritte Unfallversicherungsvorlage
[Die neue Unfallversicherungsvorlage ist nur der Anfang der entsprechenden Gesetzgebung, die Kriterien und Ziele der Gesetzesvorlage für die Ausarbeitung der Gesetzesvorlage werden genannt und begründet] | Bd.2.1, Nr.126 |
| 25.11.1883 | Germania Nr. 271
[Bericht über die sog. Lohmann-Krisis, Berufsgenossenschaften als organische Grundlage der Unfallversicherung werden als conditio sine qua non der parlamentarischen Verabschiedung des Gesetzentwurfs angesehen] | Bd.2.1, Nr.127 |
| 26.11.1883 | Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim
[Aufgrund der Pressemitteilungen über den Konflikt zwischen Bismarck und Lohmann ist letzterer nun endgültig persona non grata] | Bd.2.1, Nr.128 |
| 27.11.1883 | Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Legationsrat Kuno Graf zu Rantzau
[Boetticher meldet den Ankunftstermin zur Friedrichsruher Beratung über die Grundsätze der Unfallversicherung mit den beiden Referenten Gamp u. Bödiker] | Bd.2.1, Nr.129 |
| [29.11.1883] | Mitteilung des Geheimen Regierungsrates Karl Gamp über Äußerungen des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck
[Bericht über die Beratung in Friedrichsruh: Bei der Bildung der Berufsgenossenschaften darf nicht bürokratisch verfahren werden, Arbeiterausschüsse sind hilfreich, das sozialstaatliche Programm soll in die Zukunft stabilisierend wirken] | Bd.2.1, Nr.130 |

01.12.1883	Aufzeichnung des Geheimen Regierungsrats Tonio Bödiker über ein Gespräch mit Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Eine Mindestversorgung für alte Industriearbeiter müßte in Anlehnung an die Unfallversicherung aufgebaut werden]	Bd.6, Nr.19
06.12.1883	Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Deutschen Kaiser Wilhelm I. [Mitteilung des internen Diskussionsstandes für eine dritte Unfallversicherungsvorlage („Grundzüge“) und Bitte um Ermächtigung zur Ausarbeitung eines neuen Gesetzentwurfes auf dieser Grundlage]	Bd.2.1, Nr.131
10.12.1883	Entscheidung des Reichsgerichts [In einer Fabrik beschäftigte Kinder und Jugendliche sind unabhängig vom Einsatzort und der konkreten Tätigkeit als „Fabrikarbeiter“ im Sinn der Gewerbeordnung anzusehen]	Bd.3, Nr.32
29.12.1883	Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Die Grundzüge des Gesetzentwurfs sind soweit bearbeitet, daß er Bundesrat und Presse übermittelt werden kann]	Bd.2.1, Nr.132
29.12.1883	Erstfassung der Grundzüge für die dritte Unfallversicherungsvorlage mit Begründung [Zwangsversicherung mit Haftungsausschluß bis zur Vorsatzgrenze, Versicherungspflichtgrenze 2000 M, 13wöchige Karenzzeit, Höchstjahresarbeitsverdienst 1200 M, Berufsgenossenschaften auf Reichsebene, Umlageverfahren, Reichsgarantie, Arbeiterausschüsse, Reichsversicherungsamt]	Bd.2.1, Nr.133

1884

03.01.1884	Schreiben des Geheimen Regierungsrates Dr.Franz von Rottenburg an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher mit Direktiven des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck [Die Bemerkungen Bismarcks zu den Grundzügen werden v. Boetticher in Form eines Promemorias mitgeteilt]	Bd.2.1, Nr.134
10.01.1884	Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Die Tageszeitungen – mit Ausnahme der linksliberalen – nehmen die Grundzüge wohlwollend auf, so daß der neue Entwurf Chancen hat, gebilligt zu werden]	Bd.2.1, Nr.135
15.01.1884	Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse [Hoffnung auf ein mögliches Gelingen des Unfallversicherungsgesetzes, Kritik an der Anhörung außerparlamentarischer Gremien]	Bd.2.1, Nr.136
18.01.1884	Denkschrift des Geheimen Regierungsrats Tonio Bödiker mit Berechnungen des Geheimen Sekretärs und Kalkulators Gustav Behm [Verschiedene Kostenmodelle für eine gesetzliche Alters- und Invaliditätsversicherung, auch unter Einschluß einer Hinterbliebenenversicherung, werden aufgezeigt, die je nach Umfang und Höhe der Leistungen variieren; Organisation durch Berufsgenossenschaften]	Bd.6, Nr.20
25.01.1884	Der Gewerkverein Nr. 4. Die neueste Unfallvorlage und die Arbeiter [Kritik an dem materiellen Gehalt der „Grundzüge“]	Bd.2.1, Nr.137
26.01.1884	Verordnung des sächsischen Ministers des Innern [Fahrstühle zur Warenbeförderung sind anzumelden; Fahrstühle zur Personenbeförderung müssen von den Fabrikinspektoren genehmigt und kontrolliert werden]	Bd.3, Nr.33
01.02.1884	Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den	Bd.2.1, Nr.138

Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck

[Die Abänderungsvorschläge des Volkswirtschaftsrates werden dargestellt und kommentiert, ihnen soll überwiegend bei der dritten Unfallversicherungsvorlage entsprochen werden, nicht jedoch im Hinblick auf Baugewerbe und Arbeiterausschüsse]

- | | | |
|------------|---|----------------|
| 05.02.1884 | Sitzungsprotokoll des Zentralausschusses für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche

[Eine Stellungnahme wird vorbereitet, in der die christliche Weltanschauung in den Kontext der sozialen Frage so eingebracht werden soll, daß daraus ein fruchtbarer Impuls zur Bekämpfung der Sozialdemokratie entstehen kann] | Bd.1, Nr.42 |
| 06.02.1884 | Urteil des Reichsgerichts

[Der Märkische Knappschaftsverein darf Unterstützungsleistungen nur gleichmäßig für alle Mitglieder kürzen – nicht nur im Einzelfall; die Revisionsklage des Berginvaliden wird deshalb teilweise anerkannt] | Bd.6, Nr.21 |
| 10.02.1884 | Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse

[Hetzerei bei der Fertigstellung der dritten Unfallversicherungsvorlage] | Bd.2.1, Nr.139 |
| 11.02.1884 | Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher für den Deutschen Kaiser Wilhelm I.

[Die Bundesregierungen und der Volkswirtschaftsrat haben den Grundzügen weitgehend zugestimmt, sozialpolitisch nicht vertretbar erscheint, daß der letztere die selbständigen Arbeiterausschüsse abgelehnt hat. Bitte um Ermächtigung zur Vorlage eines aufgrund der Grundzüge auszuarbeitenden Gesetzentwurfs im Bundesrat] | Bd.2.1, Nr.140 |
| 16.02.1884 | Sitzungsprotokoll einer Konferenz elsäß-lothringischer Industrieller

[Kritik an den „Grundzügen“: Das Gesetz ist für elsäß-lothringische Fabrikanten lästig und gefährlich, vor allem Einwände gegen den Geschäftsbetrieb reichsweiter Berufsgenossenschaften und die Arbeiterausschüsse] | Bd.2.1, Nr.141 |
| 16.02.1884 | Eingabe des Zentralverbandes deutscher Industrieller an den Bundesrat

[Kritik an zentralen Punkten der „Grundzüge“: reichsweiten Berufsgenossenschaften, entfallenem Reichszuschuß, fehlendem Arbeiterbeitrag, Arbeiterausschüssen und Abkehr vom Verschuldensprinzip] | Bd.2.1, Nr.142 |
| 01.03.1884 | Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann für den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse

[Die Bildung von Arbeiterausschüssen wird als Organ der Arbeitervertretung und Mitwirkung bei der Unfallversicherungsgesetzgebung begründet und anhand der bisherigen praktischen Erfahrungen befürwortet] | Bd.2.1, Nr.143 |
| 03.03.1884 | Bericht des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker an den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse

[Gesetzlich festgelegte Arbeiterausschüsse bieten den Arbeitern geordnete und sinnvolle Mitwirkungsmöglichkeiten und sind damit eine positive Alternative zu dem „gesetzwidrigen Treiben latent organisierter Arbeiterassoziationen“] | Bd.2.1, Nr.144 |
| März 1884 | Bericht des Hannoveraner Professors für Gewerbliche Gesundheitslehre Dr. Julius Post an den preußischen Kultusminister Dr. Gustav von Goßler

[Bericht über eine Besichtigungsreise von betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen: Es gibt nur wenig vorbildliche Einrichtungen; Plädoyer für paternalistische Betriebsführung; Wohlfahrtseinrichtungen und insbesondere „Ältestenkollegien“ sind im Interesse der Unternehmer] | Bd.1, Nr.43 |
| 06.03.1884 | Rede des stellvertretenden Reichskanzlers Karl Heinrich von Boetticher zur Eröffnung der IV. Session des 5. Reichstags

[Ausführungen zur Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung] | Bd.1, Nr.44 |

06.03.1884	<p>Endfassung der dritten Unfallversicherungsvorlage</p> <p>[Zwangsversicherung mit Haftungsausschluß bis zur Vorsatzgrenze, Berufsgenossenschaften auf Reichsebene, 13wöchige Karenzzeit, Versicherungspflichtgrenze bei 2000 M, Höchstjahresarbeitsverdienst 1200 M, Umlageverfahren mit fakultativem Reservefonds, Reichsgarantie, Arbeiterausschüsse, Reichsversicherungsamt]</p>	Bd.2.1, Nr.145
06.03.1884	<p>Urteil des preußischen Oberverwaltungsgerichts</p> <p>[Die Klage der Verbandsinvalidenkasse wegen der polizeilichen Revision ihrer Unterlagen wird zurückgewiesen, weil der Berliner Polizeipräsident hier als staatliche Aufsichtsbehörde über Versicherungsgesellschaften rechtmäßig handelte]</p>	Bd.6, Nr.22
08.03.1884	<p>Entwurf eines Gesetzes betr. die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des sog. Sozialistengesetzes mit Begründung</p> <p>[Das Gesetz soll um zwei Jahre verlängert werden, durch die Sozialgesetze wird es nicht sofort, sondern erst langfristig überflüssig werden]</p>	Bd.2.1, Nr.146
[09.]03.1884	<p>Ausarbeitung des Geheimen expedierenden Sekretärs und Kalkulators Gustav Behm für den Geheimen Regierungsrat Tonio Bödiker</p> <p>[Innerhalb einer Zeitspanne von 75 Jahren ist die von der Industrie für die Aufbringung der Unfallast zu bezahlende Summe der Leistungen (Gesamtwert) ungefähr gleich – unabhängig von Umlageverfahren oder Kapitaldeckungsverfahren; zu Anfang aber ist – je nach der Gestaltung des Reservefonds – das „Opfer, welches die Industrie zu tragen hat, nach dem Umlageverfahren erheblich geringer als nach dem Anlageverfahren“, ersteres erfordert zunächst nur 5-10 v.H. des letzteren, sofern man den Reservefonds nicht berücksichtigt bzw. entsprechend niedrig hält]</p>	Bd.2.1, Nr.147
15.03.1884	<p>Rede des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck im Deutschen Reichstag</p> <p>[Reflexionen zum sukzessiven Vorgehen, Auseinandersetzung mit dem Substitutivprinzip zugunsten privatwirtschaftlicher bzw. genossenschaftlicher Unfallversicherungen]</p>	Bd.2.1, Nr.148
17.03.1884	<p>Bericht über die erste Lesung der dritten Unfallversicherungsvorlage im Deutschen Reichstag</p> <p>[Darstellung der Grundpositionen der einzelnen Fraktionen]</p>	Bd.2.1, Nr.149
18.03.1884	<p>Bericht des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Joseph Herrmann an den bayerischen Minister des Innern Max Freiherr von Feilitzsch</p> <p>[Feststellung einer grundsätzlich positiven Haltung von Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen zum Regierungsentwurf, allerdings wird eine Stärkung unitarisch-zentralistischer Tendenzen im Verlauf der Kommissionsberatungen befürchtet]</p>	Bd.2.1, Nr.150
20.03.1884	<p>Protokoll der 1. ordentlichen Generalversammlung des Mönchengladbacher Unfallverhütungsvereins</p> <p>[Der nach dem Vorbild der Mülhausener „Association pour prévenir les accidents de machines“ gegründete Unfallverhütungsverein berichtet über seine Tätigkeit; der angestellte Ingenieur berichtet detailliert über die vorgekommenen Unfälle; eine Schutzvorrichtung gegen Arbeitsunfälle an mechanischen Webstühlen wurde neu entwickelt]</p>	Bd.3, Nr.34
23.03.1884	<p>Erklärung süddeutscher Nationalliberaler (sog. Heidelberger Programm)</p> <p>[Die Politik der Reichsregierung wird gebilligt und unterstützt]</p>	Bd.2.1, Nr.151
28.03.1884	<p>Bericht über die erste Sitzung der VII. Kommission des Reichstags</p> <p>[Generaldiskussion über die dritte Unfallversicherungsvorlage]</p>	Bd.2.1, Nr.152
29.03.1884	<p>Bericht über die zweite Sitzung der VII. Kommission des Reichstags</p> <p>[Beratung über § 1 der dritten Unfallversicherungsvorlage]</p>	Bd.2.1, Nr.153
31.03.1884	<p>Eingabe der Handelskammer Bochum an den preußischen Handelsminister Otto</p>	Bd.2.1, Nr.154

Fürst von Bismarck

[Kritik an der dritten Unfallversicherungsvorlage, Forderungen nach Reichszuschuß bzw. anderer öffentlicher Subvention sowie Arbeiterbeitrag, Ablehnung der Arbeiterausschüsse und undifferenzierter Entschädigung schuldhaft herbeigeführter Unfälle; es wird empfohlen, Pläne für ein Kapitaldeckungsverfahren durch einen Reservefonds abzuwehren]

31.03.1884	<p>Bericht des Straßburger Bergmeisters Ferdinand Berg an das Ministerium für Elsaß-Lothringen</p> <p>[Bericht über die Verbreitung der Fabrikarbeit von Kindern und Jugendlichen, über Frauenarbeit und Gefahrenschutz in Elsaß-Lothringen; Forderung nach Einführung des Titel VII der Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen]</p>	Bd.3, Nr.35
01.04.1884	<p>Bericht über die dritte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags</p> <p>[Beratung über die §§ 2 - 5 der dritten Unfallversicherungsvorlage]</p>	Bd.2.1, Nr.155
02.04.1884	<p>Bericht über die vierte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags</p> <p>[Beratung über die §§5 - 8 der dritten Unfallversicherungsvorlage]</p>	Bd.2.1, Nr.156
03.04.1884	<p>Bericht über die fünfte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags</p> <p>[Beginn der Beratung über § 9 der dritten Unfallversicherungsvorlage]</p>	Bd.2.1, Nr.157
03.04.1884	<p>Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen</p> <p>[Die Bundesregierungen werden ersucht, über die Verbreitung der Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen zu berichten und sich zu einem eventuellen Verbot zu äußern]</p>	Bd.3, Nr.36
04.04.1884	<p>Bericht über die sechste Sitzung der VII. Kommission des Reichstags</p> <p>[Fortsetzung der Beratung über § 9 der dritten Unfallversicherungsvorlage]</p>	Bd.2.1, Nr.158
09.04.1884	<p>Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 169. Die Unfallvorlage in der Reichstagskommission</p> <p>[Offizielle Stellungnahme zum Ergebnis der Kommissionsberatungen; Kritik an den Abänderungsvorschlägen der Freisinnigen, Anerkennung der Bestrebung der Nationalliberalen und des Zentrums]</p>	Bd.2.1, Nr.159
14.04.1884	<p>Denkschrift des Vorsitzenden des Vereins zur Überwachung von Dampfkesseln in Pommern Dr. Hugo Delbrück für den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck</p> <p>[Die Absicht der preußischen Regierung, anstelle der Baubeamten besondere technische Beamte mit der Überwachung der Dampfkessel zu betrauen, wird abgelehnt; stattdessen soll die Überwachung vollständig an die Dampfkesselrevisionsvereine übertragen werden]</p>	Bd.3, Nr.37
25.04.1884	<p>Bericht über die siebte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags</p> <p>[Beratung über § 10 der dritten Unfallversicherungsvorlage]</p>	Bd.2.1, Nr.160
28.04.1884	<p>Bericht über die achte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags</p> <p>[Fortführung der Beratung über § 10 der dritten Unfallversicherungsvorlage]</p>	Bd.2.1, Nr.161
28.04.1884	<p>Protokoll einer Konferenz unter Leitung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Hans Freiherr von Berlepsch mit Industriellen des Bezirks</p> <p>[Diskussion über einheitliche Ausnahmeregelungen vom allgemeinen Verbot der Sonntagsarbeit in Fabriken im Regierungsbezirk Düsseldorf; Debatte einer konkreten Auflistung notwendiger Sonntagsarbeiten des Gewerberats Dr. Gustav Wolff; wieviele Stunden hat ein Sonntag?]</p>	Bd.3, Nr.38

29.04.1884	Bericht über die neunte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags [Abstimmung über die §§ 9 und 10, Beratung über die §§ 11 und 12 der dritten Unfallversicherungsvorlage]	Bd.2.1, Nr.162
30.04.1884	Bericht über die zehnte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags [Beratung über die §§ 12-19 der dritten Unfallversicherungsvorlage, insbesondere über das Verhältnis der Höhe des Reservefonds zum Deckungskapital]	Bd.2.1, Nr.163
06.05.1884	Bericht über die 13. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags [Ablehnung des § 41 der dritten Unfallversicherungsvorlage (Arbeiterrausschüsse)]	Bd.2.1, Nr.164
07.05.1884	Bericht des Oberbergamts Dortmund an den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach [Der Märkische Knappschaftsverein zahlt Pensionen nach, wo es nach dem Reichsgerichtsurteil vom 6.2.1884 notwendig ist; eine entsprechende Änderung der Knappschaftsstatuten wird anerkannt]	Bd.6, Nr.23
09.05.1884	Bericht über die 14. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags [Beratung über den Wahlmodus für die Arbeitervertreter im Genossenschaftsvorstand nach dem abgeänderten § 42]	Bd.2.1, Nr.165
09.05.1884	Rede des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck im Deutschen Reichstag [Anmahnung einer zügigen Bearbeitung der Unfallversicherungsvorlage, Verknüpfung von Sozialistengesetz und Sozialgesetzgebung]	Bd.2.1, Nr.166
10.05.1884	„Bismarck und Windthorst“ – Bericht Adolph Wagners über eine parlamentarische Soirée bei dem Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Windthorst erklärt, daß er die Ziele der Sozialreform Bismarcks billigt und seinerseits die Verabschiedung des Unfallversicherungsgesetzes „als nächste Aufgabe“ ansieht, d.h. die Zustimmung des Zentrums wird signalisiert]	Bd.2.1, Nr.167
13.05.1884	Gesetz, betreffend die Anfertigung und Verzollung von Zündhölzern [Die Herstellung von Zündhölzern mit weißem Phosphor darf nur in speziellen Produktionsanlagen erfolgen; Aufenthaltsverbote für Jugendliche und Kinder in den Produktionsräumen]	Bd.3, Nr.39
[14.]05.1884	Denkschrift des Gymnasialprofessors Emil Witte [Entwurf einer Alters- und Invaliditätsversicherung mit Zwangs- und freiwilligen Mitgliedern: Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, öffentlichen Zuschüssen und Verheiraturabgaben; abgestufte Alters- und Invalidenrenten nach Höhe der abgeschlossenen Versicherungssumme und Beitragsdauer; Umlageverfahren und Reichszuschüsse ermöglichen sofortige Einbeziehung der aktiven Generation; die Versicherung soll eine Erziehungsanstalt für das Volk sein; in nachträglicher Abänderung wird die Verheiraturabgabe fakultativ]	Bd.6, Nr.24
15.05.1884	Bericht über die 18. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags [Beratung über die Aufgaben der Reichspost als „Zahlstelle“ der gesetzlichen Unfallversicherung]	Bd.2.1, Nr.168
15.05.1884	Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse [Selbstzweifel trotz positiver Aussichten auf Verabschiedung der Unfallversicherungsvorlage]	Bd.2.1, Nr.169
15.05.1884	Brief des Generaldirektors Johann Friedrich Jencke an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Bedenken zur Bildung von Berufsgenossenschaften bestehen, wenn Betriebseigentümer ihre Interessen nicht durch Bevollmächtigte ihrer Wahl in der Genossenschaft vertreten können]	Bd.2.1, Nr.170
16.05.1884	Bericht über die 19. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags	Bd.2.1, Nr.171

[Diskussion über Unfallverhütung, Überwachung der Betriebe durch die Genossenschaft und Reichsversicherungsamt]

- 17.05.1884 Bericht über die 20. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Bd.2.1, Nr.172
[Beendigung der ersten Lesung, u. a. zur Haftpflichtbefreiung der Unternehmer]
- 17.05.1884 Beschlüsse der VII. Reichstagskommission in erster Lesung der dritten Unfallversicherungsvorlage Bd.2.1, Nr.173
[Zwangsversicherung mit Haftungsausschluß bis zur Vorsatzgrenze, Ausdehnung auf das Baugewerbe und Explosivstoffbetriebe, Einbeziehung von Beamten, vierwöchige Karenzzeit (in dieser Entschädigungspflicht des Unternehmers bei nicht bestehender Krankenversicherung), Versicherungspflichtgrenze bis 2000 M, Mindestjahres-, aber kein Höchstjahresarbeitsverdienst, Berufsgenossenschaften auf Bezirksebene als Versicherungsträger, Umlageverfahren mit obligatorischem Reservefonds in Höhe von 22,855 Mio. Mark, fakultative Rückversicherung bei Privatversicherungsgesellschaften, Garantie der Gesamtheit der Genossenschaften, Arbeitervertreter im Genossenschaftsvorstand, Reichsversicherungsamt]
- 18.05.1884 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Bd.2.1, Nr.174
[Die parteipolitischen Entwicklungen bei Nationalliberalen und Zentrum sprechen dafür, daß das Unfallversicherungsgesetz verabschiedet wird]
- 19.05.1884 Bescheid des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck und des Ministers der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach an den Direktor des Magdeburger Vereins für Dampfkesselbetrieb Rudolf Weinlig Bd.3, Nr.40
[Eine Erweiterung der Befugnisse der Dampfkesselrevisionsvereine wird in Aussicht gestellt; dazu ist jedoch die Gründung eines preußischen Zentralvereins notwendig]
- 20.05.1884 Bericht des badischen Gesandten in Berlin Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Bd.2.1, Nr.175
[Bericht über die vertraulichen Beratungen zwischen Reichsregierung, Zentrum und Konservativen über einen gemeinsamen Abänderungsantrag von Zentrum und Konservativen für die zweite Lesung in der Unfallversicherungskommission]
- 20.05.1884 Gemeinsame Abänderungsanträge der Fraktionsmitglieder von Zentrum, Deutschkonservativer Partei und Reichspartei zur zweiten Lesung der dritten Unfallversicherungsvorlage in der VII. Reichstagskommission (sog. klerikal-konservativer Kompromiß) Bd.2.1, Nr.176
[Zwangsversicherung, Ausdehnung auf enumerativ festgelegte Bau- und Explosivstoffbetriebe, Ausschluß von Beamten 13wöchige Karenzzeit (in dieser Entschädigungspflicht des Unternehmers bei nicht bestehender Krankenversicherung), Versicherungspflichtgrenze bis 2000 M, Mindestjahresarbeitsverdienst und unterproportionale – ein Drittel – Steigerungsbeträge der Rente ab 2000 M Jahresarbeitsverdienst, Berufsgenossenschaften auf Bezirksebene als Versicherungsträger, Umlageverfahren mit obligatorischem Reservefonds in Höhe des letzten Jahresbedarfs, Reichsgarantie, enumerativ festgelegte Aufgaben der Arbeitervertreter, Reichsversicherungsamt und – fakultative – Landesversicherungsämtler]
- 21.05.1884 Bericht über die 21. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Bd.2.1, Nr.177
[Beratung über §§ 1 - 5 auf der Grundlage des sog. klerikal-konservativen Kompromißantrags]
- 23.05.1884 Bericht über die 22. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Bd.2.1, Nr.178
[Beratung über die §§ 9 - 67 der Unfallversicherungsvorlage in zweiter Lesung, Eingeständnis der Regierungsmitwirkung beim sog. klerikal-konservativen Kompromiß]
- 24.05.1884 Bericht über die 23. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Bd.2.1, Nr.179
[Abschlußberatung der zweiten Lesung, insbesondere zu § 18 (Reservefonds durch sinkende Zuschläge zum Jahresbedarf: 26,796 Mio M), §§ 74 bis 91 unter Einführung der §§ 91 a-d zu

	fakultativen Landesversicherungsämtern, Protokollerklärung der Deutsch-Freisinnigen gegen den klerikal-konservativen Kompromiß]	
28.05.1884	Bericht des badischen Gesandten in Berlin Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban [Die Auswirkungen des sog. klerikal-konservativen Kompromisses und Analyse der politischen Rahmenbedingungen seines Zustandekommens]	Bd.2.1, Nr.180
31.05.1884	Eingabe des Direktoriums des Zentralverbandes deutscher Industrieller an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Grundsätzliche Zustimmung zur dritten Unfallversicherungsvorlage, aber massive Kritik an der Beitragsfreiheit für Arbeiter, Wegfall des Reichszuschusses sowie an der Bildung von Arbeiterausschüssen und Rechten für Arbeiter im Genossenschaftsvorstand]	Bd.2.1, Nr.181
01.06.1884	Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken [Bericht über die Denkschrift der Inneren Mission]	Bd.1, Nr.45
06.06.1884	Gewerkverein Nr. 23 (Beilage). Berufsgenossenschaften und Umlageverfahren in der deutschen Unfallversicherung [Die öffentlich-rechtliche Zwangsorganisation der Berufsgenossenschaften und das Umlageverfahren sind sachlich nicht gerechtfertigt, sie dienen nur dazu, im politischen Interesse Bismarcks eine Ständeordnung im Deutschen Reich einzuführen]	Bd.2.1, Nr.182
12.06.1884	Abänderungsanträge der Reichstagsmitglieder August Bebel und Genossen zur dritten Unfallversicherungsvorlage [Vorschläge zur Verbesserung der materiellrechtlichen Vorschriften der Unfallversicherungsvorlage]	Bd.2.1, Nr.183
21.06.1884	Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure Nr. 25. Zentralverband preußischer Dampfkesselüberwachungsvereine [Bericht über die Gründungsversammlung des Zentralvereins der preußischen Dampfkesselrevisionsvereine]	Bd.3, Nr.41
[24.06.]1884	Die Aufgabe der Kirche und ihrer inneren Mission gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen der Gegenwart [Der sittliche Wert jedes Menschen und das Sittengesetz müssen in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zur Geltung kommen, dabei haben die Arbeitgeber eine besondere Aufgabe und Verantwortung, die Innere Mission befürwortet daher Arbeitervereine und Arbeiterschutzgesetze, die allein aber keine „Lösung der sozialen Frage“ bringen können, hierzu bedarf es vielmehr noch der allgemeinen Durchsetzung mit christlicher Weltanschauung]	Bd.1, Nr.46
24.06.1884	Anweisung der Regierung Düsseldorf an die Ortspolizeibehörden [Den Ortspolizeibehörden werden konkrete Anweisungen zur gleichmäßigen Regelung der Sonntagsarbeit in Fabriken und gewerblichen Anlagen gegeben]	Bd.3, Nr.42
01.07.1884	Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken [Kritik an dem verabschiedeten Unfallversicherungsgesetz, an der Rolle seiner Vorgesetzten und Kollegen dabei sowie der Nationalliberalen: „eine Frucht des meisterhaften Schachspiels des Fürsten“, die den Interessen der Großindustrie dient; das Umlageverfahren verhindert eine Verbesserung des Gesetzes]	Bd.2.1, Nr.184
05.07.1884	Immediatbericht des preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Deutschen Kaiser Wilhelm I. [Information über die vom Reichstag vorgenommenen Abänderungen der Regierungsvorlage]	Bd.2.1, Nr.185

05.07.1884	Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Oswald von Nostitz-Wallwitz an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice [Tonio Bödiker wird Präsident des Reichsversicherungsamts; Bestimmung von nichtständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsamts durch den Bundesrat]	Bd.2.2, Nr.188
06.07.1884	Unfallversicherungsgesetz [Zwangsversicherung mit Haftungsausschluß der Unternehmer bis zur Vorsatzgrenze, Ausdehnung auf enumerativ festgelegte Bau- und Explosivstoffbetriebe, Versicherungspflichtgrenze 2000 M, Mindestjahresarbeitsverdienst und unterproportionale Rentensteigerungsbeiträge ab 1200 M Jahresarbeitsverdienst, Berufsgenossenschaften auf Bezirksebene als Versicherungsträger, Umlageverfahren mit obligatorischer Reichsgarantie, enumerativ festgelegte Aufgaben der Arbeitervertreter, Reichsversicherungsamt und – fakultative – Landesversicherungsämtler]	Bd.2.1, Nr.186
07.07.1884	Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Geheimen Regierungsrat im preußischen Staatsministerium Wilhelm Graf von Bismarck [Die Gesetzentwürfe zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf weitere Arbeiterkreise sollen im Reichsversicherungsamt ausgearbeitet werden]	Bd.2.2, Nr.189
07.07.1884	Vermerk des Geheimen Regierungsrats Tonio Bödiker mit Direktiven des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Auf Bödikers Vortrag entscheidet v. Boetticher, daß die Hinterbliebenenversicherung ausgeklammert bleibt und eine beitragsgedeckte Zwangsversicherung vorzusehen ist, bei der die Vollrente 120 M. im Jahr betragen soll und Übergangsregelungen für die sofortige Wirksamkeit getroffen werden sollen]	Bd.6, Nr.25
10., 20. u. 31.07.1884	Deutsche Metallarbeiter-Zeitung Nr. 19 – 21. Das Unfallversicherungsgesetz [Kritik an der Gesetzgebung zur Arbeiterversicherung aus sozialdemokratischer Sicht]	Bd.1, Nr.47
11.07.1884	Verordnung des Bundesrats [Detaillierte Vorschriften für Fabriken, in denen Zündhölzer mit weißem Phosphor hergestellt werden: Bauvorschriften; Schutzkleidung; gesonderte Pausenräume; regelmäßige ärztliche Untersuchungen der Arbeiter; Verbot der Beschäftigung von an Phosphornekrose erkrankten Arbeitern]	Bd.3, Nr.43
12.07.1884	Erlaß des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker [Das Reichsversicherungsamt wird angewiesen, Gesetzentwürfe zur Ausdehnung der Unfallversicherung auszuarbeiten]	Bd.2.2, Nr.190
14.07.1884	Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse [Freude über Belohnungen für die Mitwirkung Bosses und v. Boettichers am Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes, Urlaubsreise in den Südharz]	Bd.2.1, Nr.187
14.07.1884	Bekanntmachung des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck [Konstituierung des Reichsversicherungsamts]	Bd.2.2, Nr.191
14.07.1884	Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Bundesregierungen [Die Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Betriebe erfolgt bei den unteren Verwaltungsbehörden; Anleitung zum Verfahren]	Bd.2.2, Nr.192
[15.07.]1884	Neues ABC-Buch für freisinnige Wähler. Ein Lexikon parlamentarischer Zeit- und Streitfragen [Ausführungen zu den Grundthemen Altersversorgung, Arbeiter, Freizügigkeit, Normalar-	Bd.1, Nr.48

	beitstag, Staatssozialismus]	
15.07.1884	Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 325 [Das Reichsversicherungsamt hat sich konstituiert; durch das Unfallversicherungsgesetz wird sich die Lage der Arbeiter verbessern]	Bd.2.2, Nr.193
26.07.1884	Die Nation Nr. 26. Die Lösung der sozialen Frage [Die Arbeiterversicherungsgesetzgebung ist kontraproduktiv; eine Lösung der sozialen Frage kann nur durch die aus dem Freihandel folgende Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter erreicht werden; dies stärkt Selbsthilfekräfte]	Bd.1, Nr.49
02.08.1884	Denkschrift des Geheimen Sekretärs und Kalkulators Gustav Behm für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Darlegung der versicherungstechnischen und rechnerischen Voraussetzungen für die Beitragserhebung und Rentenleistungen der geplanten AIV]	Bd.6, Nr.26
[17.]08.1884	Bericht des Regierungsrats im Reichsversicherungsamt Dr. Paul Kayser an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Unter aktiver Teilnahme des Reichsversicherungsamts beraten Bauunternehmer über die Bildung von Berufsgenossenschaften]	Bd.2.2, Nr.194
[September] 1884	Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zur Wahl des 6. Reichstags (Erstfassung) [Wirksame Sozialreform kann nicht durch die Arbeiterversicherungsgesetzgebung erreicht werden, sondern nur durch Einführung der sozialistischen Produktionsweise; Notwendigkeit eines Normalarbeitstags]	Bd.1, Nr.50
September 1884	Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zur Wahl des 6. Reichstags (Zweitfassung) [Sozialreform ist nichts als Sozialdemagogie; Kern der sozialen Frage ist die Verteilung des Reichtums; Notwendigkeit eines Normalarbeitstags; die Sozialdemokratie ist die wahre Partei der Sozialreform]	Bd.1, Nr.51
05.09.1884	Bericht des Landrats Karl Schreiber über eine Rede des Schuhmachers Friedrich Brühne auf einer Versammlung der Zentralkrankenkasse der Schuhmacher in Marburg/Lahn [Die Gesetzgebung zur Sozialversicherung wird grundsätzlich begrüßt; Kritik am eingeschränkten persönlichen Geltungsbereich; Notwendigkeit eines Normalarbeitstags; Betonung des Werts von Zentralkrankenkassen]	Bd.1, Nr.52
13., 20. u. 27.09.1884	Die Nation Nr. 50–52. Karl Schrader: Die Stellung der politischen Parteien zur Sozialreform und zu der Arbeiterfrage [Grundlegende Kritik der sozialpolitischen Vorstellungen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Konservativen, der Nationalliberalen sowie der Reichsregierung aus linksliberaler Sicht; Kritik des entmündigenden „Staatssozialismus“; Plädoyer für liberale Selbsthilfepolitik und Konsumentenbegünstigung durch Freihandel]	Bd.1, Nr.53
13.09.1884	Erlaß des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Geheimen Sekretär und Kalkulator Gustav Behm [Auch Mitglieder, die die Wartezeit noch nicht erfüllt haben, sollen schon Teilrenten erhalten]	Bd.6, Nr.27
[16.]09.1884	Erstfassung des Entwurfs für ein Gesetz, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter [Die Unfallversicherung wird auf die Land- und Forstwirtschaft und ihre Nebenbetriebe ausgedehnt; Einbeziehung der Familienangehörigen; Berechnungsgrundlage ist nicht der tatsächliche Lohn, sondern der ortsübliche Tagelohn; der Jahresarbeitsverdienst entspricht dem dreihundertfachen ortsüblichen Tagelohn; Bildung landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften]	Bd.2.2, Nr.195

[18.]09.1884	Erstfassung des Entwurfs für ein Gesetz, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf den Eisenbahn- und Binnenschiffahrtbetrieb sowie einige andere Betriebszweige [Die Unfallversicherung wird auf weitere Tätigkeiten ausgedehnt: den Eisenbahn- und Binnenschiffahrtbetrieb, den Speditions-, Speicherer- und Kellereibetrieb und verschiedene Tiefbauarbeiten]	Bd.2.2, Nr.196
18.09.1884	Protokoll einer Versammlung von Eisen- und Stahlindustriellen aus Rheinland und Westfalen [Die Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betreibt die Antragstellung für eine regional begrenzte Berufsgenossenschaft der Eisen- und Stahlindustrie im Rheinland und in Westfalen; der Verein Deutscher Eisengießereien wünscht eine reichsweite Eisengießerei-Berufsgenossenschaft; Kleineisenindustrielle betreiben die Gründung regional engbegrenzter Berufsgenossenschaften]	Bd.2.2, Nr.197
26.09.1884	Protokoll der 5. Sitzung des Reichsversicherungsamts [Beginn der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf den Eisenbahn- und Binnenschiffahrtbetrieb; Einbeziehung des Fuhrwerkbetriebs]	Bd.2.2, Nr.198
27.09.1884	Protokoll der 6. Sitzung des Reichsversicherungsamts [Beginn der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft; Vorschlag, die Angelegenheit weitgehend der Landesgesetzgebung zu überlassen]	Bd.2.2, Nr.199
27., 28. u. 29.09.1884	Protokoll des zweiten außerordentlichen Verbandstages der deutschen Gewerksvereine [Als Konsequenz aus dem durch das Preußische Oberverwaltungsgericht bestätigten polizeilichen Vorgehen gegen die Verbandsinvalidenkasse und aufgrund der schlechten Kassenlage werden Satzungsänderungen beschlossen: neben Renten- auch Kapitalversicherung möglich; die Beiträge werden erhöht; das Invalidengeld auf 2,25 M. normiert. Weitergehende Beschlüsse wie die Dezentralisation der Kasse oder die obligatorische Beitrittsverpflichtung für Gewerksvereinsmitglieder werden abgelehnt]	Bd.6, Nr.28
[28.]09.1884	Entwurf für ein Gesetz, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf den Gewerbebetrieb, welcher sich auf die Ausführung von Eisenbahn-, Kanal-, Wege-, Strom-, Deich-, Festungs- und anderen Erd- oder Wasserbauten erstreckt [Die Unfallversicherung wird auf bisher nicht erfaßte Tiefbauarbeiten ausgedehnt]	Bd.2.2, Nr.200
30.09.1884	Statut der Deutschen Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit [Regelungen über Mitgliedschaft, Beiträge, Leistungen und Organisation der Invalidenkasse: Renten- oder Kapitalversicherung kann gewählt werden; die Kasse hat eigene Leitungsorgane; die Beiträge sind abgestuft; die Rente auf 2,25 M. wöchentlich normiert]	Bd.6, Anh.B Nr.1
[Oktober] 1884	[Friedrich Oldenberg], 26. Bericht des Centralausschusses für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche [Die Denkschrift zur sozialen Frage wird knapp referiert, sie soll einen Damm gegenüber den Irrtümern der Zeit bilden und möglichst weit verbreitet werden]	Bd.1, Nr.54
02.10.1884	Protokoll der 9. Sitzung des Reichsversicherungsamts [Erste Lesung des von Tonio Bödiker umgearbeiteten Gesetzentwurfs zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft; die vom Bundesrat gewählten Mitglieder sprechen sich – ohne eigene Vorschläge zu machen – gegen den vorgelegten Entwurf aus]	Bd.2.2, Nr.201
02.10.1884	Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban [Zusammenfassender Bericht über die bisherige Tätigkeit des Reichsversicherungsamts,	Bd.2.2, Nr.202

insbesondere über die Beratung der Gesetzentwürfe des Reichsversicherungsamts zur Ausdehnung der Unfallversicherung]

- | | | |
|--------------------|---|----------------|
| 03.10.1884 | Der Gewerkverein Nr. 40. „Das soziale Königthum“
[Nicht die neue Kranken- und Unfallversicherung, sondern alte gewerberechtliche Regelungen haben die Lage der Arbeiter verbessert; Forderung nach Arbeiterschutzgesetzgebung] | Bd.1, Nr.55 |
| 03.[u. 10.]10.1884 | Der Regulator Nr. 3 – 4. Sozialreform und Arbeiterfrage
[Die Sozialreform hält die Arbeiter auf der untersten Stufe der Gesellschaft; Zwangsversicherung bevormundet die Arbeiter; der eingeschlagene Weg führt in die Katastrophe] | Bd.1, Nr.56 |
| 04.10.1884 | Rede des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker auf der Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller
[Hinweise zur Position des Reichsversicherungsamts zur freiwilligen Bildung von Berufsgenossenschaften; regional engbegrenzte bzw. sehr spezialisierte Berufsgenossenschaften werden als nicht leistungsfähig abgelehnt; Erläuterung des Verfahrens zur Gründung von Berufsgenossenschaften] | Bd.2.2, Nr.203 |
| 06.10.1884 | Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban
[In den Bundesratsausschüssen wird die Resolution des Reichstags zur Entschädigung von Beschäftigten der privaten Unfallversicherungsgesellschaften zurückgewiesen] | Bd.2.2, Nr.204 |
| 08.10.1884 | Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher
[Vorlage der im Reichsversicherungsamt ausgearbeiteten Gesetzentwürfe zur Ausdehnung der Unfallversicherung; die Vorlage des Gesetzentwurfs „Land- und Forstwirtschaft“ erfolgt entgegen der Mehrheit des Reichsversicherungsamts] | Bd.2.2, Nr.205 |
| 10.10.1884 | Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck
[Vorlage des Gesetzentwurfs zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Transport- und Verkehrsgewerbe; Staatseisenbahnbetriebe sollen nicht berufsgenossenschaftlich organisiert werden. Bismarck in den Randbemerkungen: Prinzipielle Zustimmung; die neu erfaßten Arbeiter sollen auch in die Krankenversicherung einbezogen werden] | Bd.2.2, Nr.206 |
| 11.10.1884 | Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban
[Bericht über die Bearbeitung des Gesetzentwurfs „Transport- und Verkehrsgewerbe“ und des Gesetzentwurfs „Land- und Forstwirtschaft“ im Reichsamt des Innern] | Bd.2.2, Nr.207 |
| 12.-16.10.1884 | Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse
[Bosse ist mit von Boetticher bei Bismarck auf dessen Landsitz Friedrichsruh, um die beiden Ausdehnungsgesetze zur Unfallversicherung zu beraten] | Bd.2.2, Nr.208 |
| 16.10.1884 | Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm I.
[Der Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Transport- und Verkehrsgewerbe soll dem preußischen Staatsrat und dem Bundesrat vorgelegt werden] | Bd.2.2, Nr.209 |
| 17.10.1884 | Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm I.
[Der Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft soll dem preußischen Staatsrat und dem Bundesrat vorgelegt werden] | Bd.2.2, Nr.210 |
| 17.10.1884 | Der Gewerkverein Nr. 42. Kapital oder Rente? | Bd.6, Nr.29 |

[Die Möglichkeit der Kapitalversicherung bei der Verbandsinvalidenkasse ist ein Fortschritt]

- | | | |
|------------|--|----------------|
| 18.10.1884 | <p>Schreiben des Vorsitzenden des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Karl Richter an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker</p> <p>[Der Verein berichtet über seine Beschlußlage zur Bildung von regionalen Berufsgenossenschaften der Eisen- und Stahlindustrie; die konkrete Antragstellung ist bereits im Gang; Sonderbestrebungen der Eisengießereien werden bekämpft]</p> | Bd.2.2, Nr.211 |
| 21.10.1884 | <p>Präsidentialentwurf für ein Gesetz über die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf Transportgewerbe und andere Betriebszweige</p> <p>[Das im Reichsversicherungsamt ausgearbeitete Gesetz wird in überarbeiteter Form dem Bundesrat vorgelegt: Ausdehnung der Unfallversicherung auf Post- und Telegrafverwaltung, Eisenbahn- und Straßenbahnbetrieb, auf den gewerbsmäßigen Fuhrwerks-, Binnenschiffahrts- und Flößereibetrieb und verschiedene Transportarbeitertätigkeiten; Aufnahme der betroffenen Personen in die gesetzliche Krankenversicherung; keine Berufsgenossenschaften bei Post und Bahn]</p> | Bd.2.2, Nr.212 |
| 21.10.1884 | <p>Präsidentialentwurf für ein Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen mit Begründung</p> <p>[Der vom Reichsversicherungsamt ausgearbeitete Gesetzentwurf wird in überarbeiteter Form dem Bundesrat vorgelegt: Durch ein eigenständiges Gesetz (mit Bezugnahme auf das Unfallversicherungsgesetz) wird die Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft und ihre Nebenbetriebe ausgedehnt; Selbstversicherung des Betriebsunternehmers und Einbeziehung der Familienangehörigen per Genossenschaftsstatut möglich; Kosten des Heilverfahrens müssen bei nicht krankenversicherten Personen in den ersten dreizehn Wochen vorschußweise von den Gemeinden getragen werden (Erstattung durch die Berufsgenossenschaften); Berechnungsgrundlage für die Renten ist nicht der tatsächliche Lohn, sondern der ortsübliche Tagelohn; der Jahresarbeitsverdienst entspricht dem dreihundertfachen ortsüblichen Tagelohn; Bildung landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften; territoriale Abgrenzung im Anschluß an die Verwaltungsorganisation der Bundesstaaten]</p> | Bd.2.2, Nr.213 |
| 24.10.1884 | <p>Eingabe von Beschäftigten der Magdeburger Allgemeinen Versicherungsaktiengesellschaft an Kaiser Wilhelm I.</p> <p>[Die aufgrund des Unfallversicherungsgesetzes stellungslos werdenden Beschäftigten wünschen Anstellung im Staatsdienst oder eine Entschädigung]</p> | Bd.2.2, Nr.214 |
| 27.10.1884 | <p>Schreiben Lüdenscheider Arbeitgeber an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker</p> <p>[Lüdenscheider Arbeitgeber beantragen eine auf ihre Stadt begrenzte „Berufsgenossenschaft“ für sämtliche Gewerbe]</p> | Bd.2.2, Nr.215 |
| 01.11.1884 | <p>Schreiben des Frankfurter Maurermeisters Franz Brofft und des Kasseler Maurermeisters Louis Hochapfel an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker</p> <p>[Antrag auf Einberufung einer Generalversammlung zur Bildung einer Berufsgenossenschaft für das Baugewerbe in der Provinz Hessen-Nassau]</p> | Bd.2.2, Nr.216 |
| 06.11.1884 | <p>Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken</p> <p>[Kritik an der Gesetzgebung zur Unfallversicherung, mit der Lohmann in den Bundesratsausschüssen weiterhin befaßt ist]</p> | Bd.2.2, Nr.217 |
| 07.11.1884 | <p>Der Gewerkverein Nr. 45. Das Fiasko der modernen Sozialgesetzgebung</p> <p>[Die Sozialpolitik der Regierung fördert den Aufstieg der Sozialdemokratie]</p> | Bd.1, Nr.57 |
| 09.11.1884 | <p>Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck</p> <p>[Nachtarbeit von Arbeiterinnen hat in Preußen nur geringen Umfang; sie ist bisher hauptsächlich in der Rüberzuckerindustrie üblich; eine allgemeine Ausbreitung wird jedoch be-</p> | Bd.3, Nr.44 |

- fürchtet; bevor gesundheitliche und sittliche Schäden entstehen, soll Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen gesetzlich verboten werden; Ausnahmeregelungen sollen möglich bleiben]
- 14.11.1884 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsrats Bd.2.2, Nr.218
 [Abschließende Plenumsberatung über den Gesetzentwurf „Transport- und Verkehrsgewerbe“; Ablehnung eines Antrags des preußischen Kriegsministers mit dem Ziel der Absonderung der Betriebe der Heeresverwaltungen]
- 19.11.1884 Erlaß des Kronprinzen Friedrich Wilhelm an das preußische Staatsministerium mit Gutachten des Staatsrats Bd.2.2, Nr.219
 [Die zuständigen Staatsratsabteilungen haben den Gesetzentwurf über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft in abgeänderter Form angenommen]
- 19.11.1884 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Bd.2.2, Nr.220
 [Erste Lesung des Gesetzentwurfs „Transport- und Verkehrsgewerbe“ im IV. und VI. Ausschuß des Bundesrats]
- 20.11.1884 Antrag der Abgeordneten Dr. Georg Freiherr von Hertling, Dr. Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst und Dr. Ernst Lieber an den Reichstag Bd.3, Nr.45
 [Der Bundesrat soll aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf zum Ausbau des Arbeiterschutzes vorzulegen; erster Antrag der Zentrumsfraktion mit der Forderung nach einem Maximalarbeitstag]
- 21.11.1884 Protokoll der 22. Sitzung des Reichsversicherungsamts Bd.2.2, Nr.221
 [Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 soll innerhalb eines Jahrs in Kraft treten]
- 22.11.1884 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Bd.2.2, Nr.222
 [Das Staatsministerium stimmt den beiden Gesetzentwürfen zur Ausdehnung der Unfallversicherung in den vom preußischen Staatsrat beschlossenen Fassungen zu; beim Gesetzentwurf „Land- und Forstwirtschaft“ sollen Abänderungen über die Bildung eines Reservefonds der Berufsgenossenschaften und zur Berechnungsgrundlage der Renten rückgängig gemacht werden]
- 24.11.1884 Erlaß des Kronprinzen Friedrich Wilhelm an das preußische Staatsministerium mit Gutachten des Staatsrats Bd.2.2, Nr.223
 [Der preußische Staatsrat stimmt dem Gesetzentwurf „Transport- und Verkehrsgewerbe“ mit einigen Änderungsvorschlägen zu; keine Einbeziehung von Staatsbeamten]
- 04.12.1884 Erlaß des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Bd.2.2, Nr.224
 [Das Reichsversicherungsamt darf direkten Schriftverkehr mit den Bundesregierungen nur hinsichtlich des Vollzugs des Unfallversicherungsgesetzes führen, nicht jedoch hinsichtlich künftiger Gesetzgebung]
- 05.12.1884 Denkschrift des Dülkener Textilindustriellen Dr. Eduard Jansen für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.3, Nr.46
 [Forderung nach Verbot der Kinderarbeit; dagegen sollen die gesetzlichen Bestimmungen für jugendliche Fabrikarbeiter beibehalten werden; ein eventueller Normalarbeitstag für Männer darf 12 Stunden nicht unterschreiten; keine Einwände gegen Beschränkungen der Nacht- und Sonntagsarbeit]
- 07.12.1884 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Bd.2.2, Nr.225
 [In den Ausschußsitzungen des Bundesrats werden zum Gesetzentwurf „Land- und Forstwirtschaft“ prinzipielle Bedenken geäußert]

10.12.1884	Antrag des Abgeordneten Arnold Lohren an den Reichstag [Forderung nach Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit für Fabrikarbeiterinnen]	Bd.3, Nr.47
13.12.1884	Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Das Reichsversicherungsamt befürwortet eine durch Bundesratsbeschluß mögliche Ausdehnung des Unfallversicherungsgesetzes auf Tüncher, Verputzer, Gipser etc.; diesbezüglicher Schriftverkehr des Reichsversicherungsamts mit den Bundesregierungen liege innerhalb der Kompetenzen des Reichsversicherungsamts]	Bd.2.2, Nr.226
16.12.1884	Antrag der Abgeordneten Karl Gustav Ackermann, Georg Biehl, Josef Geiger, Hans Hugo von Kleist-Retzow, Dr. Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst an den Reichstag [Antrag auf Abänderung der Gewerbeordnung: Verbot der Sonntagsarbeit in Fabriken und auf Bauten; zwölfstündige Sonntagsruhe im Betrieb bei 24stündiger Ruhezeit für jeden Arbeiter am Wochenschluß; Ausnahmeregelungen; Befugnis für Bundesrat und Ortspolizeibehörden zu weiteren Ausnahmeregelungen]	Bd.3, Nr.48
17.12.1884	Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung mit Begründung [Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Transportgewerbe und das Verkehrswesen, die Post-, Telegraf- und Eisenbahnverwaltungen sowie Betriebe der Marine- und Heeresverwaltungen; keine Berufsgenossenschaften in Staatsbetrieben; Krankenversicherung der neu einbezogenen Arbeiter]	Bd.2.2, Nr.227
19.12.1884	Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban [In den Ausschüssen des Bundesrats hat die zweite Lesung des Gesetzentwurfs „Land- und Forstwirtschaft“ stattgefunden; Abstimmungsniederlage Preußens in der Frage der Kostenübernahme der Heilkosten in den ersten dreizehn Wochen durch die Berufsgenossenschaften; diese Kosten sollen endgültig von den Gemeinden getragen werden]	Bd.2.2, Nr.228
20.12.1884	Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Oswald von Nostitz-Wallwitz an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice [Beschlüßfassung des Bundesrats zum Gesetzentwurf „Land- und Forstwirtschaft“: Bestätigung der Ausschlußbeschlüsse; Abstimmungsniederlage Württembergs in der Frage der Einbeziehung der unentgeltlich beschäftigten Familienangehörigen]	Bd.2.2, Nr.229
20.12.1884	Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Die Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Betriebe ist mit Ausnahme des Baugewerbes erfolgreich verlaufen]	Bd.2.2, Nr.230
21.12.1884	Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken [Als stellvertretender Bundesratsbevollmächtigter Preußens ist Lohmann in den Bundesratsausschüssen weiterhin mit den Beratungen der Unfallversicherungsgesetzgebung befaßt]	Bd.2.2, Nr.231
22.12.1884	Vorlage des Generalsekretärs Franz Hitze für die 8. Vorstandssitzung des Verbands katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde [In Fabriken sollen Arbeiterausschüsse mit beratender Funktion, Krankenkassen und ergänzende Arbeiterunterstützungskassen eingerichtet werden; die Arbeitgeber bzw. die Arbeiterausschüsse sollen auch in die Privatsphäre der Arbeiter eingreifen, z. B. durch obligatorische Entlassung minderjähriger und unverheirateter weiblicher Arbeiter, die nicht bei ihren Eltern wohnen; Bekämpfung des Alkoholkonsums]	Bd.1, Nr.58
30.12.1884	Erlaß des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Präsi-	Bd.2.2, Nr.232

dentens des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker

[Von Boetticher bekräftigt seine Position, daß das Reichsversicherungsamt direkten Schriftverkehr mit den Bundesregierungen nur hinsichtlich des Vollzugs des Unfallversicherungsgesetzes führen darf]

1885

- | | | |
|------------|---|----------------|
| 03.01.1885 | <p>Regierungsentwurf eines Gesetzes betreffend die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen</p> <p>[Durch ein eigenständiges Gesetz (mit Bezugnahme auf das Unfallversicherungsgesetz) wird die Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft und ihre Nebenbetriebe ausgedehnt; Selbstversicherung des Betriebsunternehmers und Einbeziehung der Familienangehörigen per Genossenschaftsstatut möglich; Kosten des Heilverfahrens müssen bei nicht krankenversicherten Personen in den ersten dreizehn Wochen (endgültig) von den Gemeinden getragen werden; Berechnungsgrundlage für die Renten ist nicht der tatsächliche Lohn, sondern der ortsübliche Tagelohn; der Jahresarbeitsverdienst entspricht dem dreihundertfachen ortsüblichen Tagelohn; Bildung landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften; territoriale Abgrenzung im Anschluß an die Verwaltungsorganisation der Bundesstaaten; keine Berufsgenossenschaften in Staatsforstbetrieben]</p> | Bd.2.2, Nr.233 |
| 06.01.1885 | <p>Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck</p> <p>[Die Regierung Düsseldorf spricht sich für einen gesetzlichen Normalarbeitstag von zwölf Stunden aus, dabei verweist sie auf entsprechende Bestrebungen innerhalb der Handelskammer Mönchengladbach]</p> | Bd.3, Nr.49 |
| 12.01.1885 | <p>Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Wilhelm Kropatscheck, August Freiherr Göler von Ravensburg und Hans Hugo von Kleist-Retzow an den Reichstag</p> <p>[Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung: Verbot der Kinderarbeit in Fabriken bei durch den Bundesrat zu genehmigenden Ausnahmen. Für verheiratete Fabrikarbeiterinnen: Verbot der Nacht- und der Sonntagsarbeit; verlängerte Mittagspausen und verkürzte Samstagsarbeit]</p> | Bd.3, Nr.50 |
| 15.01.1885 | <p>Rede des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck im Reichstag</p> <p>[Rede im Rahmen der ersten Beratung der Arbeiterschutzanträge: Ein Normalarbeitstag ist aufgrund der mit ihm verbundenen Lohnkürzungen nicht möglich; Bismarck fordert die Zentrumspartei auf, einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung vorzulegen]</p> | Bd.3, Nr.51 |
| 15.01.1885 | <p>Aufzeichnung des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann</p> <p>[Nicht gehaltene Rede Lohmanns für die erste Beratung der Arbeiterschutzanträge im Reichstag: Eine positive Stellung des Bundesrats zum Ausbau des Arbeiterschutzes kann nicht in Aussicht gestellt werden; ein Normalarbeitstag wird abgelehnt, ebenso eine gesetzliche Regelung der Sonntagsarbeit; auch zur Einschränkung der Kinderarbeit und der Nachtarbeit von Fabrikarbeiterinnen ausweichende bzw. ablehnende Stellungnahme]</p> | Bd.3, Nr.52 |
| 18.01.1885 | <p>Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 29</p> <p>[Bericht über die bisher durchgeführten Generalversammlungen zur freiwilligen Bildung von Berufsgenossenschaften]</p> | Bd.2.2, Nr.234 |
| 21.01.1885 | <p>Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg an den Wirklichen Geheimen Legationsrat im Auswärtigen Amt Otto Hellwig</p> <p>[Ein gesetzlicher Normalarbeitstag kann nur gemeinsam von den Industriestaaten eingeführt werden; Auftrag für ein Schreiben an die Botschafter und Gesandten, die die Stellung fremder Regierungen zu einer Konferenz über den Normalarbeitstag ermitteln sollen]</p> | Bd.3, Nr.53 |
| 23.01.1885 | <p>Eingabe Berliner Frauen an den Reichstag</p> <p>[Frauen sind mündige Staatsbürger; der Reichstag soll Anträge auf Einschränkung der Frauennarbeit ablehnen; solche Ausnahmegesetze gegen Arbeiterinnen verdammen diese zu</p> | Bd.3, Nr.54 |

„Hunger und Schande“]

- 25.01.1885 Entwurf für einen Runderlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die deutschen Botschafter Bd.3, Nr.55
 [Bei den europäischen Industriestaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika soll die Haltung zu einer eventuellen Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstags eruiert werden]
- 25.01.1885 Entschließung des Ausschusses des Zentralverbands Deutscher Industrieller Bd.3, Nr.56
 [Änderungen der Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung sollen erst nach umfassenden Untersuchungen vorgenommen werden; eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit männlicher erwachsener Arbeiter wird abgelehnt]
- 26.01.1885 Antrag der Abgeordneten Dr. Ernst Lieber, Ferdinand Graf von Galen und Genossen in der X. Kommission des Reichstags mit Gesetzentwurf Bd.3, Nr.57
 [Abgeordnete der Zentrumsfraktion legen in der X. Reichstagskommission erstmals einen ausformulierten Gesetzentwurf zum Arbeiterschutz vor: Verbot der Sonntagsarbeit im gesamten Gewerbe; Normalarbeitstag von 11 Stunden für Fabrikarbeiter; Verbot der Nachtarbeit in Fabriken; Verbot der Kinderarbeit in Fabriken; Verbot der Frauenarbeit in bestimmten Industriezweigen; Sechsstundentag für verheiratete Fabrikarbeiterinnen; achtwöchiger Mutterschutz; weitgehende Kompetenzen für den Bundesrat hinsichtlich weiterer Arbeitsbeschränkungen und der Ausnahmeregelungen]
- 29.01.1885 Antrag der Abgeordneten Karl Grillenberger, August Bebel und Genossen an den Reichstag mit Gesetzentwurf Bd.3, Nr.58
 [Entwurf für eine Arbeiterschutznovelle mit Geltungsbereich für das gesamte Gewerbe: Normalarbeitstag von 10 Stunden für Männer und Frauen; Achtstundentag für Jugendliche, Schichtarbeiter und bei Arbeit unter Tage; Verbot der Sonntagsarbeit; Verbot der Nachtarbeit; Mutterschutz von acht Wochen, weitere Arbeitsbeschränkungen können durch ein paritätisch besetztes Reichsarbeitsamt beschlossen werden; die (gegebenenfalls auch weibliche) Fabrik- und Betriebsinspektion untersteht dem Reichsarbeitsamt]
- 01.02.1885 Entschließung der Mitgliederversammlung der Ortsvereine Berlin und Umgebung der Deutschen Gewerkvereine Bd.3, Nr.59
 [Forderung nach Ausbau des Arbeiterschutzes: Verbot der gewerblichen Kinderarbeit; achtwöchiger Mutterschutz; Einschränkung der Sonntags- und Nachtarbeit; ein Zehnstundentag soll durch tarifliche Vereinbarung erreicht werden; Verbesserung des Gefahrenschutzes; Ausbau der Fabrikinspektion]
- 01.02.1885 Neue Bahnen. Organ des allgemeinen deutschen Frauenvereins Nr. 2. Louise Otto: Frauenarbeit in Fabriken Bd.3, Nr.60
 [Gegen Einschränkungen der Frauenarbeit; Verbot der Kinderarbeit wird begrüßt, jedoch eine Übertragung der für Kinder geltenden Schutzbestimmungen auf Frauen abgelehnt; Forderung nach Fabrikinspektion durch „ehrsame und gebildete Frauen“]
- 04.02.1885 Berliner Volksblatt Nr. 29 Bd.3, Nr.61
 [Eine Arbeiterinnenversammlung in Berlin beschließt – unter Zurückweisung gegenteiliger Positionen der Referentin Gertrud Guillaume-Schack – eine Resolution für eine Begrenzung der Frauenarbeit aus Konkurrenzrücksichten]
- 04.02.1885 Beilage zum Berliner Volksblatt Nr. 29. Die Beschränkung der Frauenarbeit von dem Standpunkte der Frau aus betrachtet. Von G. Guillaume-Schack Bd.3, Nr.62
 [Eine Beschränkung der Frauenarbeit verbessert die ökonomische Lage der Arbeiterfamilien nicht; Arbeitsbeschränkungen treiben Frauen in die Prostitution. Antwort der Redaktion: Frauenarbeit drückt Männerlöhne]
- 06.02.1885 Beschluß der XIII. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats Bd.2.2, Nr.235
 [Positive Stellungnahme zum Regierungsentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung]

auf die Land- und Forstwirtschaft]

- | | | |
|------------|--|----------------|
| 07.02.1885 | <p>Sitzungsprotokoll der Generalversammlung zur Bildung einer Hessen-Nassauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft</p> <p>[Die Versammlung beschließt die Gründung einer Hessen-Nassauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft]</p> | Bd.2.2, Nr.236 |
| 10.02.1885 | <p>Sitzungsprotokoll der Generalversammlung zur Bildung einer Stahl- und Eisen-Berufsgenossenschaft in Rheinland und Westfalen</p> <p>[Der Antrag von Mitgliedern der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zur Bildung einer Stahl- und Eisen-Berufsgenossenschaft für das Rheinland und Westfalen scheidet; nach Annahme mehrerer Anträge zur Bildung regional bzw. branchenmäßig engbegrenzter Genossenschaften wird ein (Ersatz-)Antrag zur Bildung einer Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft angenommen]</p> | Bd.2.2, Nr.237 |
| 11.02.1885 | <p>Aufzeichnung des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann</p> <p>[Rede Lohmanns in der X. Reichstagskommission: Die Kompetenz des Reichstags zur Sonntagsarbeit beschränkt sich auf eine Abänderung der entsprechenden Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung; landesrechtliche Regelungen zum Schutz der religiösen Sonntagsruhe bleiben unberührt]</p> | Bd.3, Nr.63 |
| 14.02.1885 | <p>Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen</p> <p>[Die Bundesregierungen werden aufgefordert, bestehende gesetzliche Bestimmungen und Polizeiverordnungen zur Sonntagsruhe mitzuteilen]</p> | Bd.3, Nr.64 |
| 15.02.1885 | <p>Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken</p> <p>[Die Beratungen der X. Reichstagskommission kommen aufgrund mangelnder Kompetenz der Abgeordneten nicht voran]</p> | Bd.3, Nr.65 |
| 16.02.1885 | <p>Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 7. Unfallversicherung der Arbeiter im Transportgewerbe</p> <p>[Zusammenfassender Bericht über die erste Lesung des Gesetzentwurfs „Transport- und Verkehrsgewerbe“ in der XIII. Reichstagskommission]</p> | Bd.2.2, Nr.238 |
| 20.02.1885 | <p>Protokoll der 7. Sitzung der XIII. Kommission des Reichstags</p> <p>[Kontroverse Generaldebatte über den Regierungsentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft]</p> | Bd.2.2, Nr.239 |
| 16.03.1885 | <p>Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 11. Unfallversicherung der Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft</p> <p>[Eine Subkommission der XIII. Reichstagskommission beschließt ausführliche Bestimmungen zur Regelung der Krankenversicherung im Gesetzentwurf „Land- und Forstwirtschaft“]</p> | Bd.2.2, Nr.240 |
| 04.04.1885 | <p>Eingabe des Pastors Friedrich von Bodelschwingh an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck</p> <p>[Von Bodelschwingh sieht sich zu Unrecht als Lieferant von Streikbrechern denunziert; er beschuldigt seinerseits streikende Arbeiter als Brandstifter von Gebäuden seiner Anstalt; eine Hebung des sittlichen Niveaus der Arbeiterschaft sei nur durch eigenen Hausbesitz zu erreichen; Gründung eines Vereins hierzu; Bitte um Geldunterstützung]</p> | Bd.1, Nr.59 |
| 13.04.1885 | <p>Grundzüge des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Erich von Woedtke für einen Gesetzentwurf betreffend die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter</p> <p>[Zwangsversicherung für die Arbeitnehmer von unfallversicherten Betrieben; freiwillige Versicherung für Beamte und höher verdienende Angestellte; abgestufte Invalidenrenten ohne Wartezeiten bis zu einem Höchstsatz von 120 M. im Jahr; Altersrenten in gleicher</p> | Bd.6, Nr.30 |

- Höhe ab dem 70. Lebensjahr bei Invalidität oder mindestens fünfjähriger Beitragszeit; Organisation durch selbstverwaltete Versicherungsanstalten mit paritätischer Arbeitnehmervertretung in den berufsgenossenschaftlichen Bezirken; Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge (zusammen 2 Pf. pro Arbeitstag) decken im Umlageverfahren 2/3 der Kosten, das Reich 1/3; zusätzliche Beiträge zur Kostendeckung möglich; Quittungsbücher; Versicherungsanstalten können Gesundheitsprävention in den Betrieben veranlassen]
- 21.04.1885 Thesen der Thüringer Kirchlichen Konferenz Bd.1, Nr.60
[Die Thesen Friedrich Salomo Oldenbergs zur Denkschrift der Inneren Mission werden beraten und einstimmig angenommen]
- 24.04.1885 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Bd.6, Nr.31
[Die Organisationsfragen für die geplante Alters- und Invaliditätsversicherung bereiten Schwierigkeiten; die Vorschläge v. Woedtkes erscheinen unannehmbar]
- 27.04.1885 Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 16. Unfallversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Bd.2.2, Nr.241
[Zusammenfassender Bericht über die bisherigen Beschlüsse der XIII. Reichstagskommission bei der Beratung des Gesetzentwurfs „Land- und Forstwirtschaft“]
- 27.04.1885 Schreiben des Varziner Papierfabrikanten Moritz Behrend an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.3, Nr.66
[Der Pächter der Bismarckschen „Hammermühle“ befürchtet Verluste bei Verbot der Sonntagsarbeit]
- 29.04.1885 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher mit Denkschrift Bd.2.2, Nr.242
[Die Generalversammlungen zur Bildung von Berufsgenossenschaften haben stattgefunden; nun kann der Bundesrat über die einzurichtenden Berufsgenossenschaften beschließen]
- 01.05.1885 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Bd.1, Nr.61
[Die Arbeiterversicherungsgesetzgebung hat hinsichtlich der Sozialdemokratie nichts Positives bewirkt, eher das Gegenteil]
- 06.05.1885 Bericht der X. Kommission an den Reichstag mit Gesetzentwurf Bd.3, Nr.67
[Die X. Reichstagskommission legt einen Gesetzentwurf zum Verbot der Sonntagsarbeit in Fabriken, Werkstätten und auf Bauten vor; Gehilfen und Lehrlinge von Verkaufsstellen dürfen sonntags nur fünf Stunden beschäftigt werden; Ausnahmeregelungen durch den Bundesrat und Ortspolizeibehörden]
- 11.05.1885 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Bd.3, Nr.68
[Fehlendes Engagement und Uneinigkeit der Reichstagsparteien verhindert Fortschritt beim Arbeiterschutz]
- 12.05.1885 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Bd.3, Nr.69
[Vor einem Ausbau des Arbeiterschutzes müssen die sozialen Zustände untersucht werden]
- 13.05.1885 Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg an den Pastor Friedrich von Bodelschwingh Bd.1, Nr.62
[Ablehnung des Gesuchs von Bodelschwinghs um Geldunterstützung für den Verein „Arbeiterheim“; Arbeiter mit Hausbesitz könnten zum Nachteil der Arbeitgeber den Arbeitsmarkt beherrschen]
- 17.05.1885 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Bd.3, Nr.70
[Bismarck wünscht eine Enquete zur Feststellung der Verbreitung der Sonntagsarbeit; die Kosten sollen aus dem Dispositionsfonds des Reichskanzlers bestritten werden]

18.05.1885	Zeitschrift für Versicherungswesen Nr.19. Unfall-Versicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter [Durch Sessionsschluß des Reichstags scheidet der Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft noch vor Abschluß der Kommissionsberatungen]	Bd.2.2, Nr.243
18 .u. 19.05.1885	Aufzeichnungen des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker über Sitzungen der vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen des Bundesrats [Die Ausschüsse des Bundesrats billigen die Vorschläge des Reichsversicherungsamts zur Bildung von Berufsgenossenschaften mit geringen Modifikationen]	Bd.2.2, Nr.244
[19.]05.1885	Bericht des Geheimen Regierungsrats Erich von Woedtke an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Bericht von den Beratungen der Bundratsausschüsse über die Bildung von Berufsgenossenschaften]	Bd.2.2, Nr.245
21.05.1885	Aufzeichnungen des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker über eine Sitzung des Bundesrats [Die Vorschläge des Reichsversicherungsamts zur Bildung von Berufsgenossenschaften werden mit geringen Abänderungen genehmigt]	Bd.2.2, Nr.246
28.05.1885	Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung [Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Transportgewerbe und das Verkehrswesen, die Post-, Telegraf- und Eisenbahnverwaltungen sowie Betriebe der Marine- und Heeresverwaltungen; keine Berufsgenossenschaften in Staatsbetrieben; Krankenversicherung der neu einbezogenen Arbeiter]	Bd.2.2, Nr.247
01.06.1885	Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 20. Deutsche Unfall-Versicherungs-Genossenschaft in Leipzig [Die private Unfallversicherungsgesellschaft hat ihre Liquidation beschlossen]	Bd.2.2, Nr.248
10.06.1885	Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 23. Georg Hiller: Das Unfallversicherungsgesetz [Das Reichsversicherungsamt hat bei der Bildung der Berufsgenossenschaften gute Arbeit geleistet]	Bd.2.2, Nr.249
12.06.1885	Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg an den Adjutanten des Kronprinzen Oberst Gustav von Sommerfeld [Die Bestrebungen des Bielefelder Vereins „Arbeiterheim“ sollen nicht unterstützt werden; nicht Privatinitiative, sondern nur der Staat kann die soziale Frage lösen]	Bd.1, Nr.63
12.06.1885	Protokoll der konstituierenden Sitzung der Hessen-Nassauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft [Wahl eines provisorischen Genossenschaftsvorstands; Verabschiedung des Statuts]	Bd.2.2, Nr.250
12.06.1885	Kölnische Zeitung Nr. 161 [Kritik am Vorgehen des Reichsversicherungsamts bei der Bildung der Berufsgenossenschaften der Eisen- und Stahlindustrie in Rheinland und Westfalen]	Bd.2.2, Nr.251
16.06.1885	Protokoll der konstituierenden Sitzung der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft [Beschluß über das Statut; Wahl eines provisorischen Genossenschaftsvorstands]	Bd.2.2, Nr.252
16.06.1885	Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Bochumer Bergmann Wilhelm Meinke [Zur Ermittlung der Ansichten der Arbeiter zur Sonntagsarbeit wird eine Enquete durchge-	Bd.3, Nr.71

	führt]	
20.06.1885	Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [In einer Stellungnahme zu dem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ vom 12.6.1885 schildert Bödiker die konfliktreiche Bildung der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft und der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft]	Bd.2.2, Nr.253
30.06.1885	Augsburger Postzeitung Nr. 145. Fürst Bismarck und die Socialreform [Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung dient der Eindämmung des „Judenliberalismus“; Angriffe auf Bismarck wegen dessen Haltung zum Verbot der Sonntagsarbeit]	Bd.1, Nr.64
05.07.1885	Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die Bundesregierungen [Die Enquete zur Ermittlung der Verbreitung der Sonntagsarbeit wird eingeleitet]	Bd.3, Nr.72
05.07.1885	Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen [Die Jahresberichte der Fabrikinspektoren sollen erheblich knapper und systematischer abgefaßt werden; ein Berichtsschwerpunkt wird alljährlich vom Reichsamt des Innern vorgegeben werden]	Bd.3, Nr.73
07.07.1885	Entwurf für einen Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Regelmäßige Nachtarbeit von Fabrikarbeiterinnen ist bisher nur wenig verbreitet; sie kommt als Saisonarbeit hauptsächlich in der Zuckerindustrie vor; durch Überstunden verursachte unregelmäßige Nachtarbeit ist in erster Linie in der Textilindustrie festzustellen, eine Zunahme der Nachtarbeit ist zu befürchten, ein gesetzliches Verbot soll dies verhindern; die Bundesregierungen nehmen zu einem eventuellen Verbot der Nachtarbeit von Fabrikarbeiterinnen unterschiedliche Positionen ein]	Bd.3, Nr.74
08.07.1885	Schreiben der Handels- und Gewerbekammer Dresden an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz [Stellungnahme zu den im Reichstag eingebrachten Arbeiterschutzanträgen: Ein Normalarbeitstag von unter zwölf Stunden wird abgelehnt; eine weitere Einschränkung der Fabrikarbeit von Kindern und Jugendlichen wird abgelehnt; einer Einschränkung der Frauennachtarbeit und der Sonntagsarbeit kann dagegen zugestimmt werden]	Bd.3, Nr.75
08.07.1885	Bericht des Gewerberats Karl Ecker an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover Adolf Hilmar von Leipziger [Stellungnahme zu einer Eingabe von Tabakarbeitern über gesundheitsgefährdende Zigarrenfabriken; Schilderung von Schwierigkeiten bei Absprachen mit Fabrikinspektoren angrenzender Gebiete]	Bd.3, Nr.76
09.07.1885	Germania Nr. 152. Versammlung katholischer Sozialpolitiker [Die Sonntagsruhe soll auf gesetzlichem Weg durchgesetzt werden; der Staat hat das Recht, Zwangsversicherungen einzuführen, die jedoch der Selbstverwaltung unterstehen sollen; Arbeiterschutzbestimmungen sollen durch internationale Verträge gesichert werden]	Bd.1, Nr.65
12.07.1885	Protokoll der 1. Versammlung der III. Sektion der Hessen-Naussauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft [Konstituierende Versammlung der Sektion: Vorstandswahl, Delegiertenwahl, Wahl der Beisitzer zum Schiedsgericht]	Bd.2.2, Nr.254
23.07.1885	Gemeinsamer Runderlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck und des Innenministers Robert von Puttkamer an die Bezirksregierungen [Anweisung zur Durchführung der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit; die Ermittlungen sollen das gesamte Gewerbe umfassen; Arbeiter und Arbeitgeber sollen glei-	Bd.3, Nr.77

chermaßen befragt werden; die Bezirksregierungen sollen die Ergebnisse bis zum 1.10.1885 vorlegen]

- | | | |
|------------|---|----------------|
| 26.07.1885 | <p>Bericht des Unterstaatssekretärs Dr. Ernst von Möller an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck</p> <p>[Eine gesetzliche Regelung der Sonntagsarbeit ist notwendig. Hierfür wird die Anwendbarkeit von Bestimmungen der 2. österreichischen Gewerbeordnungsnovelle geprüft: Ein völliges Verbot der Sonntagsarbeit empfehle sich nicht, stattdessen sollen die Arbeiter abwechselnd jeden zweiten Sonntag nicht beschäftigt werden dürfen; die Einführung von Arbeitsbüchern ist nicht sinnvoll; Fabrikordnungen sollen obligatorisch werden; ein gesetzlicher Normalarbeitstag wird abgelehnt; Arbeitszeitregelungen sollen den Berufsgenossenschaften überlassen bleiben]</p> | Bd.3, Nr.78 |
| 30.07.1885 | <p>Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Hilfsarbeiter in der Reichskanzlei Landrat Paul von Rheinbaben</p> <p>[Vor Einflußnahme des Zentrums auf die Aussagen katholischer Arbeiter bei der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit wird gewarnt]</p> | Bd.3, Nr.79 |
| 02.08.1885 | <p>Protokoll der 1. Vorstandssitzung der III. Sektion der Hessen-Naussauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft</p> <p>[Konstituierende Sitzung des Vorstands der Sektion; Bestimmung der Vertrauensmänner]</p> | Bd.2.2, Nr.255 |
| 05.08.1885 | <p>Kaiserliche Verordnung</p> <p>[Das Reichsversicherungsamt ist eine kollegiale Behörde; Regelung des Rekursverfahrens: öffentliche Verhandlung, Kostenfreiheit, Vertretung durch Rechtsbeistände möglich]</p> | Bd.2.2, Nr.256 |
| 07.08.1885 | <p>Bericht des bayerischen Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an das badische Staatsministerium</p> <p>[Bismarck läßt die Staatsregierungen von Baden, Bayern und Württemberg vor Einflußnahme von katholischer Seite auf die Enquete über die Verbreitung von Sonntagsarbeit warnen]</p> | Bd.3, Nr.80 |
| 11.08.1885 | <p>Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an das preußische Staatsministerium</p> <p>[Bestrebungen von katholischer Seite, die Ergebnisse der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit zu beeinflussen, soll entgegengetreten werden]</p> | Bd.3, Nr.81 |
| 26.08.1885 | <p>Schreiben des Varziner Papierfabrikanten Moritz Behrend an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck</p> <p>[Bericht über Sonntagsarbeit in den Bismarckschen Papierfabriken „Hammermühle“ und „Kampmühle“]</p> | Bd.3, Nr.82 |
| 27.08.1885 | <p>Eingabe der Konferenz der Lutheraner innerhalb der Landeskirche an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck</p> <p>[Einschränkung der Sonntagsarbeit ist aus religiös-sittlichen Erwägungen notwendig]</p> | Bd.3, Nr.83 |
| 29.08.1885 | <p>Erlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Kösliner Regierungspräsidenten Maximilian Graf Clairon d'Haussonville</p> <p>[Bismarck wünscht Auskunft über die seines Erachtens zu kurzen Fristen bei der Durchführung der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit]</p> | Bd.3, Nr.84 |
| 29.08.1885 | <p>Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher</p> <p>[Bismarck wünscht eine Verlängerung der Fristen bei der Durchführung der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit]</p> | Bd.3, Nr.85 |
| 29.08.1885 | <p>Protokoll einer Anhörung im Kreisamt Einbeck</p> <p>[Im Rahmen der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit werden Arbeitgeber und</p> | Bd.3, Nr.86 |

Arbeiter angehört]

- 31.08.1885 Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst auf der 32. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands Bd.1, Nr.66
[Die soziale Frage ist auch eine Seelenfrage; Defizite bestehen in der Arbeiterschutzgesetzgebung und dort insbesondere in der Frage des Verbots der Sonntagsarbeit]
- 31.08.1885 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen Bd.3, Nr.87
[Zur gründlichen Durchführung der Enquete über die Verbreitung von Sonntagsarbeit können die Bundesregierungen die festgelegten Fristen überschreiten]
- 01.09.1885 Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Bd.3, Nr.88
[Den Bundesregierungen soll der 15.1.1886 als Frist zum Abschluß der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit genannt werden]
- 01.09.1885 Bericht des Unterstaatssekretärs Dr. Ernst von Möller an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Bd.3, Nr.89
[Eine von Lokalbehörden verfügte Teilbetriebsstillegung der Pulverfabrik Düneberg aufgrund ungenehmigter Neubauten wird auf Anweisung Bismarcks aufgehoben]
- 02.09.1885 Entschließung der 32. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands Bd.3, Nr.90
[Arbeiterschutzforderungen des Katholikentags: Gesetzliches Verbot der Sonntagsarbeit; gesetzlicher Normalarbeitstag; Einschränkung bzw. Verbot der Frauen- und Kinderarbeit]
- 03.09.1885 Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Hilfsarbeiter in der Reichskanzlei Landrat Paul von Rheinbaben Bd.3, Nr.91
[Instruktionen Bismarcks zur Vernehmung von Arbeitern im Rahmen der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit]
- 04.09.1885 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen Bd.3, Nr.92
[Die Bundesregierungen sollen die Ergebnisse der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit erst zum 15.1.1886 einreichen]
- 05.09.1885 Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg Bd.3, Nr.93
[Bismarck wünscht, im Rahmen der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit die Zahl der sonntags nicht beschäftigten Arbeiter feststellen zu lassen]
- 09.09.1885 Runderlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an die Bezirksregierungen und den Berliner Polizeipräsidenten Bd.3, Nr.94
[Über jede Untersagung des Betriebs einer konzessionspflichtigen gewerblichen Anlage muß dem Handelsminister unverzüglich berichtet werden]
- 18.09.1885 Der Gewerkverein Nr. 38. Konferenz über die Sonntagsfrage im königlichen Polizeipräsidium zu Berlin Bd.3, Nr.95
[Bericht über eine Anhörung von Handwerkern der Bekleidungsindustrie im Berliner Polizeipräsidium im Rahmen der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit]
- 24.09.1885 Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Bd.3, Nr.96
[Übersendung des Berichts des Papierfabrikanten Moritz Behrend über Sonntagsarbeit in der „Hammermühle“ und der „Kampmühle“. Mitteilung einer Äußerung Bismarcks: Die in der Industrie verbreitete Sonntagsarbeit entzieht der Landwirtschaft benötigte Arbeitskräfte]

25.09.1885	Kaiserliche Verordnung [Das Unfallversicherungsgesetz und das Ausdehnungsgesetz wird in Kraft gesetzt]	Bd.2.2, Nr.257
30.09.1885	Bekanntmachung des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker [Verfahrensregeln zum Differenzbetrag zwischen den Leistungen der Krankenversicherung und der Unfallversicherung, der von der fünften bis zur dreizehnten Woche nach einem Unfall von den Unternehmern zu tragend ist]	Bd.2.2, Nr.258
03.10.1885	Volkszeitung Nr. 231. Sozialreform [Aus Anlaß des Inkrafttretens des Unfallversicherungsgesetzes: Weder das Unfallversicherungsgesetz noch der allgemeine Stand der Sozialgesetzgebung genügen den Anforderungen der Sozialreform]	Bd.2.2, Nr.259
03., 10. u. 17.10.1885	Deutsche Metallarbeiter-Zeitung Nr. 32-34. Zur Einführung des Unfallversicherungsgesetzes [Aus Anlaß des Inkrafttretens des Unfallversicherungsgesetzes wird das Gesetz aus sozialdemokratischer Sicht kritisiert]	Bd.2.2, Nr.260
06.10.1885	Entschließung der Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller [Eine allgemeine gesetzliche Einschränkung der Sonntagsarbeit wird abgelehnt; Sonntagsarbeit zur bloßen Vermehrung der Produktion ist unzulässig; alle Ausnahmeregelungen sollen von den unteren Verwaltungsbehörden getroffen werden; Begrenzung der Sonntagsruhe auf 12 Stunden]	Bd.3, Nr.97
20.10.1885	Protokoll der 2. ordentlichen Generalsynode der evangelischen Landeskirche Preußens [Nach Reden von Adolf Stoecker, Karl Ferdinand Stumm und Hans Hugo von Kleist-Retzow beschließt die Generalsynode eine Resolution für eine einheitliche gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe]	Bd.3, Nr.98
22.10.1885	Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg [Anweisungen Bismarcks für einen Zeitungsartikel gegen Äußerungen Stumms und Stoekers zur Sonntagsruhe auf der preußischen Generalsynode]	Bd.3, Nr.99
25.10.1885	Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 499 [Stumm und Stoecker werden aufgrund ihrer Äußerungen zur Sonntagsarbeit auf der preußischen Generalsynode angegriffen]	Bd.3, Nr.100
27.10.1885	Schreiben des Neunkirchener Industriellen Karl Ferdinand Stumm an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Beschwerde über den von Bismarck initiierten Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über Stumms Äußerungen auf der preußischen Generalsynode]	Bd.3, Nr.101
28.10.1885	Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Der Streit mit Stumm wegen dessen Äußerungen zur Sonntagsarbeit auf der preußischen Generalsynode soll beendet werden]	Bd.3, Nr.102
01.11.1885	Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm I. [Der wegen Sessionsschluß des Reichstags gescheiterte Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft soll in modifizierter Form erneut in den Reichstag eingebracht werden]	Bd.2.2, Nr.261

02.11.1885	Kaiserliche Verordnung [Schiedsgerichtsverfahren: schriftliche Berufung, öffentliches Verfahren, Rechtsvertretung möglich, Beweiserhebung auch durch Behörden möglich]	Bd.2.2, Nr.262
02.11.1885	Elberfelder Zeitung Nr. 303 [Die Versammlung selbständiger Weber, auf der auch Fabrikbesitzer und Reichstagsabgeordnete des Zentrums und der Sozialdemokratie auftreten, fordert Minimallohnsätze, Arbeitszeitverkürzungen und den Ausbau des Arbeiterschutzes]	Bd.3, Nr.103
13.11.1885	Schreiben der Direktoren der Badischen Anilin- und Sodafabrik Dr. Heinrich Brunck und Dr. Karl Glaser an den pfälzischen Fabrikinspektor Emil Heuser [Beschwerde über Ausführungen des Fabrikinspektors in dessen Jahresbericht; eine Gefährdung der Arbeiter der BASF durch giftige Stoffe wird verneint; festgestellte Verfärbungen der Haut der Arbeiter sind äußerlich]	Bd.3, Nr.104
14.11.1885	Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck [Bericht über die Arbeiterschutzforderungen der Weberversammlung vom 1.11.1885 in Elberfeld; die Regierung Düsseldorf nimmt die Forderungen ihrerseits zum Anlaß, den Ausbau der Gesetzgebung zum Arbeiterschutz zu fordern]	Bd.3, Nr.105
16.11.1885	Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken [Fortwährendes Eingreifen Bismarcks macht den empirischen Wert der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit fraglich]	Bd.3, Nr.106
19.11.1885	Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse [Für die eröffnete Reichstagssession sind im Reichsamt des Innern zwei Gesetzentwürfe zur Unfallversicherung bzw. Unfallfürsorge vorbereitet worden]	Bd.2.2, Nr.263
22.11.1885	Protokoll der 2. Vorstandssitzung der III. Sektion der Hessen-Naussauiischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft [Der Sektionsvorstand behandelt erstmals Entschädigungsfälle]	Bd.2.2, Nr.264
22.11.1885	Protokoll der 2. Versammlung der III. Sektion der Hessen-Naussauiischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft [Die Sektionsversammlung wählt stellvertretende Beisitzer zum Schiedsgericht und debattiert über den Gefahrentarif]	Bd.2.2, Nr.265
26.11.1885	Bericht des Geschäftsführers Henry Axel Bueck an die Generalversammlung der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller [Rückblickende Darstellung und Bewertung der Konflikte bei der Bildung von Berufsgenossenschaften der Eisen- und Stahlindustrie im Rheinland und in Westfalen]	Bd.2.2, Nr.266
30.11.1885	Bericht des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Übersicht über erlassene bzw. geplante Bundesratsverordnungen zum Gefahrenschutz gemäß § 120 Absatz 3 der Gewerbeordnung und über bestehende Bundesratsverordnungen zum Schutz von Frauen, Kindern und Jugendlichen gemäß § 139 a der Gewerbeordnung]	Bd.3, Nr.107
04.12.1885	Rede des Pfarrers Ernst Lehmann im akademischen Verein für innere Mission in Leipzig [Die innere Mission ist die Antwort der Kirche auf die soziale Frage, sie ist nicht deren von Fall zu Fall dienende Magd, sondern deren Tochter]	Bd.1, Nr.67
16.12.1885	Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban [Ausschußberatungen des Bundesrats zum Gesetzentwurf „Land- und Forstwirtschaft“: Baden,	Bd.2.2, Nr.267

Bayern und Württemberg setzen gegen den Widerstand Preußens eine Einschränkung der Einbeziehung von Familienangehörigen durch; weitgehende Abänderungen der Präsidualvorlage]

- 16.12.1885 Schreiben des pfälzischen Fabrikinspektors Emil Heuser an die Direktoren der Badischen Anilin- und Sodafabrik Dr. Heinrich Brunck und Dr. Karl Glaser
[Antwort auf die Beschwerde der BASF; Teerfarbenfabrikation ist extrem gesundheitsschädlich und führt ohne Vorsichtsmaßnahmen zu Vergiftungen; die Bemühungen der BASF zur Verhütung von Vergiftungen werden anerkannt] Bd.3, Nr.108
- 19.12.1885 Sitzungsprotokoll des Bundesrats
[Beschluß über den Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft; Abstimmungsniederlage Preußens in der Frage der Einbeziehung von Familienangehörigen] Bd.2.2, Nr.268
- 19.12.1885 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban
[Bericht über die Plenumsberatungen des Bundesrats zum Gesetzentwurf „Land- und Forstwirtschaft“] Bd.2.2, Nr.269
- 22.12.1885 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice
[Bericht über die Plenumsberatungen des Bundesrats zum Gesetzentwurf „Land- und Forstwirtschaft“; von Boetticher droht, den vom Bundesrat abgeänderten Entwurf im Reichstag nicht zu vertreten] Bd.2.2, Nr.270
- 31.12.1885 Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für die Jahre 1884 und 1885
[Erster Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts über seine Tätigkeiten bei der Umsetzung des Unfallversicherungsgesetzes] Bd.2.2, Nr.271

1886

- 07.01.1886 Erneuter Regierungsentwurf eines Gesetzes betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen
[Durch ein eigenständiges Gesetz (ohne Bezugnahme auf das Unfallversicherungsgesetz vom 6.7.1884) wird die Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft und ihre Nebenbetriebe ausgedehnt; Selbstversicherung des Betriebsunternehmers möglich, jedoch keine Einbeziehung der Familienangehörigen; Kosten des Heilverfahrens müssen bei nicht krankenversicherten Personen innerhalb der ersten dreizehn Wochen (endgültig) von den Gemeinden getragen werden; Berechnungsgrundlage für die Renten ist nicht der tatsächliche Lohn, sondern der ortsübliche Tagelohn; der Jahresarbeitsverdienst entspricht dem dreihundertfachen ortsüblichen Tagelohn; Bildung landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften, deren Verwaltung an Organe der Selbstverwaltung übertragen werden kann; keine Berufsgenossenschaften in Staatsforstbetrieben; Regelungen zur Krankenversicherung] Bd.2.2, Nr.272
- 09.01.1886 Schreiben des sächsischen Außenministers Alfred Graf von Fabrice an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher
[Vorlage der sächsischen Ergebnisse der Sonntagsenquete: Forderung nach reichseinheitlicher Regelung der Sonntagsarbeit nach sächsischem Vorbild] Bd.3, Nr.109
- 10.01.1886 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken
[Langwierige Beratungen im Bundesrat über den Gesetzentwurf zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung] Bd.2.2, Nr.273
- 12.01.1886 Bericht des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Abteilungsdirektor im Reichsamt des Innern Robert Bosse
[Die erstmals für das Berichtsjahr 1884 beabsichtigte Zusammenfassung der Jahresberichte der Fabrikinspektoren ist gescheitert] Bd.3, Nr.110

13.01.1886	Allgemeine Zeitung (München) Nr. 13 [Zur erneuten Vorlage des Gesetzentwurfs zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft an den Reichstag]	Bd.2.2, Nr.274
19.01.1886	Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Der Aufbau der Berufsgenossenschaften kommt gut voran; die Kosten der Unfallversicherung werden sich in Grenzen halten; um Abgrenzungsprobleme zwischen landwirtschaftlicher und gewerblicher Unfallversicherung klären zu können, ist eine gemeinsame oberste Entscheidungsinstanz notwendig]	Bd.2.2, Nr.275
21.01.1886	Vermerk des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Die Ergebnisse der Ermittlungen zur Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen können der X. Reichstagskommission mitgeteilt werden; Bismarck wünscht keine Einschränkung der Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen]	Bd.3, Nr.111
29.01.1886	Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck [Vorlage der Ergebnisse der Sonntagsenquete für den Regierungsbezirk Düsseldorf: Die Regelung der Sonntagsarbeit im Regierungsbezirk hat sich hinsichtlich der Fabrikarbeit bewährt, ist jedoch ergänzungsbedürftig; ein flexibel handhabbares reichsgesetzliches Verbot der Sonntagsarbeit wird dringend gefordert; die Mehrheit der Arbeiter wünscht Einschränkung der Sonntagsarbeit]	Bd.3, Nr.112
03.02.1886	Verordnung des Bundesrats [Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Drahtziehereien mit Wasserbetrieb: generelles Arbeitsverbot für Frauen und Kinder; Einschränkung der Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter]	Bd.3, Nr.113
04.02.1886	Vossische Zeitung Nr. 57, Morgenausgabe. Die erste Lesung des „großen“ Unfallversicherungsgesetzes [Bericht aus linksliberaler Sicht über die erste Lesung der Regierungsvorlage zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft im Reichstag]	Bd.2.2, Nr.276
05.02.1886	Berliner Volksblatt Nr. 30 [Die X. Kommission des Reichstags legt einen „Ersten Bericht“ vor; Theodor Lohmann teilt der Kommission die Ergebnisse der Umfrage des Reichsamts des Innern zur Verbreitung der Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen mit]	Bd.3, Nr.114
06.02.1886	Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Anlässlich der Reichstagsverhandlungen zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung besteht Bödiker auf Kompetenzen des Reichsversicherungsamts als oberster Instanz]	Bd.2.2, Nr.277
20.02.1886	Protokoll der 5. Sitzung der VI. Kommission des Reichstags [In der zur Vorberatung des Gesetzentwurfs „Land- und Forstwirtschaft“ eingesetzten Reichstagskommission werden weitgehende Kompetenzen der Landesgesetzgebung beraten]	Bd.2.2, Nr.278
21.02.1886	Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums [Bestrebungen innerhalb der VI. Reichstagskommission, die Organisation der landwirtschaftlichen Unfallversicherung weitgehend der Landesgesetzgebung zu überlassen, können akzeptiert werden]	Bd.2.2, Nr.279
21.02.1886	Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen [Berichte über schlechte Lüftung und bedenkliche Abhängigkeitsverhältnisse in Zigarrenfabriken lassen eine Bundesratsverordnung gemäß § 120 der Gewerbeordnung notwendig]	Bd.3, Nr.115

	erscheinen; Umfrage zu den Arbeitsbedingungen in Zigarrenfabriken]	
22.02.1886	Schreiben des bayerischen Außenministers Krafft Freiherr von Crailsheim an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Vorlage der Ergebnisse der Sonntagsenquete: gegen generelles Verbot der Sonntagsarbeit; Sonntagsarbeit in Fabriken soll eingeschränkt, für Arbeiterinnen soll sie ganz verboten werden]	Bd.3, Nr.116
24.02.1886	Das Recht auf Arbeit Nr. 92. Zur Sozialreform [Die in der Kaiserlichen Sozialbotschaft angekündigte „Hebung“ der sozialen Lage der Arbeiter hat nicht stattgefunden; ein „Sozialreformstaat“ im Sinne der Arbeiter ist notwendig]	Bd.1, Nr.68
27.02.1886	Entschließung des Ausschusses des Zentralverbands Deutscher Industrieller [Ablehnung der im Reichstag eingebrachten Anträge zum Ausbau des Arbeiterschutzes; Zugeständnisse sind beim Verbot der Nacharbeit von Arbeiterinnen in der Textilindustrie möglich]	Bd.3, Nr.117
28.02.1886	Berliner Volksblatt Nr. 50 [Bericht über die bisherige Tätigkeit der X. Reichstagskommission: uneinheitliches Auftreten der freisinnigen Abgeordneten; Beschluß zum Verbot entlohnter Kinderarbeit unter 12 Jahren und der Fabrikarbeit von Kindern unter 14 Jahren]	Bd.3, Nr.118
01.03.1886	Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban [Bericht über die Beratungen der VI. Kommission des Reichstags zum Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft]	Bd.2.2, Nr.280
15.03.1886	Gesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen [Entschädigungsregelung für Beamte der Reichszivilverwaltung, des Reichsheers, der kaiserlichen Marine und Soldaten bei Betriebsunfällen]	Bd.2.2, Nr.281
16.03.1886	Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban [Bericht über den Abschluß der Beratungen der VI. Kommission des Reichstags zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft; Verständigung zwischen dem Reichsam des Innern und Abgeordneten der Konservativen, der Nationalliberalen bzw. des Zentrums]	Bd.2.2, Nr.282
31.03.1886	Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck [Forderung nach Abänderung der Gewerbeordnung: Die Arbeiterschutzbestimmungen sollen nicht nur in Fabriken gelten, sondern in allen Werkstätten, die mit elementarer Kraft betrieben werden]	Bd.3, Nr.119
09.04.1886	Beschlüsse der X. Kommission des Reichstags [Beschlußlage der X. Kommission nach der ersten Kommissionslesung der Anträge zur Frauen- und Kinderarbeit: Verbot der Lohnarbeit von Kindern unter 12 Jahren; Verbot der Kinderarbeit in Fabriken; Normalarbeitstag von 9 Stunden für Fabrikarbeiterinnen mit eigenem Haushalt; Verbot der Nacharbeit und verkürzte Samstagarbeit für Fabrikarbeiterinnen]	Bd.3, Nr.120
12.04.1886	Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 15. Unfallversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter [Bericht über die zweite und dritte Lesung der Regierungsvorlage zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft im Reichstag; nur geringe Abänderungen des Reichstagsplenums an den Beschlüssen der VI. Kommission]	Bd.2.2, Nr.283
12.04.1886	Verordnung des Bundesrats [Gesundheitsmaßregeln für Bleifarben- und Bleizuckerfabriken: Vermeidung von Bleistaub]	Bd.3, Nr.121

- und Bleidämpfen; Schutz der Arbeiter vor Bleivergiftungen durch bauliche Vorschriften; Schutzkleidung und individuelle Maßregeln; Zwölfstundentag für Bleiarbeiter; Arbeitsverbot für Frauen und jugendliche Arbeiter; monatliche ärztliche Untersuchungen; Arbeitsverbot für erkrankte Arbeiter]
- 13.04.1886 Bericht des Kölner Regierungspräsidenten Chlodwig von Sydow an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Bd.3, Nr.122
[Eine ausgedehnte Gutachtertätigkeit des Gewerberats Otto Theobald macht die Anstellung eines Assistenten für diesen notwendig; detaillierte Aufstellung der im Jahr 1885 erstatteten Gutachten]
- 19.04.1886 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Vorstände der Berufsgenossenschaften Bd.2.2, Nr.284
[Die Berufsgenossenschaften sollen Unfallverhütungsvorschriften ausarbeiten; bei Beratung derselben müssen Arbeitervertreter anwesend sein]
- 21.04.1886 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Bd.3, Nr.123
[Spinnereibesitzer im Handelskammerbezirk Mönchengladbach haben eine Vereinbarung über einen zwölfstündigen Normalarbeitstag beschlossen]
- 24.04.1886 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm I. Bd.2.2, Nr.285
[Der Bundesrat hat das Gesetz zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft in der vom Reichstag beschlossenen Fassung akzeptiert]
29. u. 30.04.1886 Berliner Volksblatt Nr. 99 [u. 100], Beilage. Die neueste Leistung auf dem Gebiete der Sozialreform Bd.2.2, Nr.286
[Stellungnahme zum Gesetz zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft aus sozialdemokratischer Sicht]
- 05.05.1886 **Gesetz, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen** Bd.2.2, Nr.287
[Durch ein eigenständiges Gesetz (ohne Bezugnahme auf das Unfallversicherungsgesetz vom 6.7.1884) wird die Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft und ihre Nebenbetriebe ausgedehnt; Selbstversicherung des Betriebsunternehmers und Einbeziehung der Familienangehörigen bleiben der Landesgesetzgebung überlassen; Kosten des Heilverfahrens müssen bei nicht krankenversicherten Personen in den ersten dreizehn Wochen (endgültig) von den Gemeinden getragen werden; Berechnungsgrundlage für die Renten ist der ortsübliche Tagelohn; der Jahresarbeitsverdienst entspricht dem dreihundertfachen ortsüblichen Tagelohn; Bildung landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften, deren Verwaltung an Organe der Selbstverwaltung übertragen werden kann; keine Berufsgenossenschaften in Staatsbetrieben; weitgehende landesrechtliche Kompetenzen]
- 18.05.1886 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.3, Nr.124
[Bericht über die bisherigen Beschlüsse der X. Reichstagskommission: Die Kommissionsbeschlüsse zur Einschränkung der Kinderarbeit sollen abgelehnt werden, allenfalls kann der Geltungsbereich bestehender Bestimmungen ausgedehnt werden; dagegen soll das geforderte Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit von Arbeiterinnen (bei Ausnahmeregelungen) akzeptiert werden; Randbemerkungen Bismarcks mit Ablehnung auch der vorgeschlagenen Zugeständnisse]
- 22.05.1886 Denkschrift des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Erich von Woedtke für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.6, Nr.32
[Zwangsversicherung am zweckmäßigsten (zunächst) für die Arbeitnehmer der unfallversicherten Betriebe; Vollrenten für Alter und Invalidität 240 M. im Jahr; nach Beitragsjahren abgestufte Invalidenrenten ohne Wartezeiten; Kapitaldeckung durch gleiche Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge; Reich steuert 1/3 über jährliche Umlage bei; Organisation ist an die

Berufsgenossenschaften anzuschließen und durch paritätische Arbeiterbeteiligung zu ergänzen; Organisation über einzelstaatliche Behörden ist nur „Notbehelf“]

- | | | |
|-------------|--|----------------|
| 01.06.1886 | Bericht der Regierung Düsseldorf an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Dr. Moritz von Bardeleben
[Fehlende Schulpflicht für Kinder ausländischer Saisonarbeiter begünstigt Kinderarbeit in nicht als Fabriken definierten Feldziegeleien] | Bd.3, Nr.125 |
| 20.06.1886 | Schreiben des Reichstagsabgeordneten Fritz Kalle an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher
[Die Regierung soll in der Arbeiterschutzfrage initiativ werden; Vorschlag einer Enquete] | Bd.3, Nr.126 |
| 22.06.1886 | Berliner Volksblatt Nr. 142, Beilage
[Aufruf zur Wahl von Sozialdemokraten als Arbeitervertreter für das Reichsversicherungsamt] | Bd.2.2, Nr.288 |
| [Juli] 1886 | Aufzeichnungen des Geheimen Oberregierungsrats im Reichsamt des Innern Theodor Lohmann
[Die Sozialreform der Regierung findet bei den Arbeitern keinen Anklang, weil sie nur auf arbeitsunfähige Arbeiter abzielt; die Forderungen der Arbeiterbewegung werden nicht aufgenommen] | Bd.1, Nr.69 |
| 12.07.1886 | Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 318
[Die ständigen und nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts stehen nun fest; erste Rekursentscheidungen des Reichsversicherungsamts] | Bd.2.2, Nr.289 |
| 15.07.1886 | Der Kompaß Nr. 7/8. Verhandlungen des Schiedsgerichts für die II. Sektion der Knappschafts-Berufsgenossenschaft
[Zusammenfassender Bericht über die ersten vier Sitzungen des Schiedsgerichts; die Berufungen der Arbeiter werden in 33 von 40 entschiedenen Fällen zurückgewiesen] | Bd.2.2, Nr.290 |
| 18.09.1886 | Hamburgischer Correspondent Nr. 259, Mittagsblatt. Das Unfall-Versicherungsgesetz in der Praxis. Stimmen deutscher Handelskammern
[In den Jahresberichten der Handelskammern werden die ersten Erfahrungen mit dem Unfallversicherungsgesetz positiv eingeschätzt] | Bd.2.2, Nr.291 |
| 22.09.1886 | Hamburgischer Correspondent Nr. 263, Mittagsblatt. Das Unfall-Versicherungsgesetz in der Praxis. Stimmen deutscher Handelskammern
[In den Jahresberichten der Handelskammern werden die ersten Erfahrungen mit dem Unfallversicherungsgesetz positiv eingeschätzt] | Bd.2.2, Nr.292 |
| 22.09.1886 | Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts
[Erste grundsätzliche Entscheidung des Reichsversicherungsamts zum Unfallbegriff, der weit zu fassen ist] | Bd.2.2, Nr.293 |
| 28.09.1886 | Gemeinsamer Runderlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck, des Innenministers Robert von Puttkamer und des Finanzministers Adolf von Scholz an die Bezirksregierungen
[Die Gewerberäte sollen nicht mit der Bearbeitung allgemeiner wirtschaftlicher und sozialpolitischer Angelegenheiten beauftragt werden; dies ist Aufgabe der Gewerbereferenten der Bezirksregierungen] | Bd.3, Nr.127 |
| 07.10.1886 | Beschwerde des Duisburger Walzwerksdirektors Karl Küpper an den preußischen Innenminister Robert von Puttkamer
[Äußerungen des Gewerberats Dr. Gustav Wolff über mangelnde Sicherheitsvorkehrungen schädigen die Autorität des Beschwerdeführers als Betriebsleiter] | Bd.3, Nr.128 |

18.10.1886	Entscheidung des Reichsgerichts [Nicht die tatsächliche Gefährdung, sondern nur die Fabrikeigenschaft eines Betriebs ist für die Frage entscheidend, ob die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für Kinder und Jugendliche anzuwenden sind; Kriterien für den Fabrikbegriff]	Bd.3, Nr.129
02.11.1886	Bamberger Journal Nr. 257 [Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Karl Grillenberger spricht vor Handwerkern über das Unfallversicherungsgesetz]	Bd.2.2, Nr.294
08.11.1886	Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts [Allmählich entstehende Schwielen an der Hand sind nicht als Arbeitsunfall anzusehen; zwischen Betriebsunfall und krankhafter Disposition ist zu unterscheiden]	Bd.2.2, Nr.295
11.11.1886	Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Die Regierung Düsseldorf beantragt, mit Hilfe der Berufsgenossenschaften die im Handelskammerbezirk Mönchengladbach vereinbarte Arbeitszeitregelung in Spinnereien auf das gesamte Reich auszudehnen; Bismarck im Kopfvermerk: Ablehnung]	Bd.3, Nr.130
13.11.1886	Bericht des Gewerberats Dr. Gustav Wolff an die Regierung Düsseldorf [Stellungnahme zu der Beschwerde des Duisburger Walzwerkdirektors Karl Küpper: Die jahrelange Mißachtung der Anordnungen des Gewerberats wird durch Vorlage der Revisionsprotokolle belegt]	Bd.3, Nr.131
30.11.1886	Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck [Vor Erlaß behördlicher Schutzvorschriften für Fabriken sollen die Berufsgenossenschaften gehört werden]	Bd.2.2, Nr.296
03.12.1886	Der Gewerkverein Nr. 49. „Es muß etwas geschehen!“ [Zehn Jahre sozialpolitischer Debatten und fünf Jahre „Sozialreform“ haben keine Verbesserung der Lage der Arbeiter gebracht]	Bd.1, Nr.70
10.12.1886	Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 578 [Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Max Kayser stimmt in der Budgetkommission dem Etat des Reichsversicherungsamts zu]	Bd.2.2, Nr.297
13.12.1886	Bericht des Abteilungsdirektors Robert Bosse an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Vor der für März 1887 angestrebten Vorlage der Ergebnisse der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit empfehlen sich keine Regierungsvorlagen zu Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung]	Bd.3, Nr.132
18.12.1886	Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Vorstände der Berufsgenossenschaften [Für die konkrete Unfallverhütung sind Fabrikrevisionen durch Beauftragte der Berufsgenossenschaften unerlässlich; die Berufsgenossenschaften können auch gemeinsame Beauftragte bestimmen; die Berufsgenossenschaften müssen ihre Beauftragten dem Reichsversicherungsamt mitteilen]	Bd.2.2, Nr.298

1887

02.01.1887	Bescheid des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Duisburger Walzwerkdirektor Karl Küpper [Die Beschwerde des Duisburger Walzwerkdirektors Karl Küpper über den Gewerberat Dr. Gustav Wolff wird zurückgewiesen; das Vorgehen des Gewerberats war korrekt und in der Sache notwendig]	Bd.3, Nr.133
------------	---	--------------

- 09.01.1887 Frankfurter Zeitung und Handelsblatt Nr. 9, Erstes Morgenblatt Bd.6, Nr.33
[Die Reichsleitung wird dazu aufgefordert, die angekündigte Alters- und Invalidenversicherung in Angriff zu nehmen]
- 17.01.1887 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch Bd.6, Nr.34
[Bosse ist treibende Kraft bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Alters- und Invalidenversicherung; vorgesehene Regelungen: Versicherung zunächst nur für Industriearbeiter, Altersrenten bei einem Alter von 60 Jahren, Invaliditätsrenten bei Arbeitsunfähigkeit, Rentenhöhe ca. 120 Mark im Jahr, Staffelung nach Ortsklassen, Kosten in Höhe von 27 Mio. Mark pro Jahr werden zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Reich gedrittelt, Versorgungsanstalten bei den Berufsgenossenschaften als Träger, Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung]
- 29.01.1887 Protokoll der 1. Sitzung der X. Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses Bd.3, Nr.134
[Diskussion über die Fabrikinspektion: Ein weiterer Ausbau wird von den Abgeordneten des Zentrums und konservativer Seite gefordert, von den nationalliberalen Kommissionsmitgliedern dagegen nicht für notwendig erachtet; unterschiedliche Auffassungen über das Verhältnis der Fabrikinspektion zu den Berufsgenossenschaften]
- 04.02.1887 Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts Bd.2.2, Nr.299
[Auch Arbeitsunfälle, die durch grobe Fahrlässigkeit (hier: Turnen an einer Transmissionsstange) verursacht wurden, müssen entschädigt werden; Leichtsinns ist kein vorsätzliches Verhalten]
- 04.02.1887 Protokoll der 2. Sitzung der X. Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses Bd.3, Nr.135
[Die Kommission nimmt einen von Zentrumsabgeordneten eingebrachten Antrag zum Ausbau der Fabrikinspektion an; Ablehnung nur durch den nationalliberalen Abgeordneten Dr. Max Dürre]
- 07.02.1887 Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Bd.2.2, Nr.300
[Das Reichsversicherungsamt wird aufgefordert, dem Handelsministerium Unfallverhütungsvorschriften und Beauftragte der Berufsgenossenschaften fortlaufend mitzuteilen]
- 12.02.1887 Erlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an die Regierung Düsseldorf Bd.2.2, Nr.301
[Die Berufsgenossenschaften sollen vor Erlaß behördlicher Vorschriften zur Verhütung von Arbeiterkrankheiten gehört werden]
- 12.02.1887 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch Bd.6, Nr.35
[Die Vorlage eines Gesetzentwurfs verzögert sich; er soll einerseits auf die Versorgung invalider Arbeiter beschränkt werden, andererseits aber auch landwirtschaftliche Arbeiter erfassen]
- 19.02.1887 Plakataufruf des Dortmunder Gewerberats Bernhard Osthues Bd.1, Nr.71
[Zur Sicherung des äußeren und inneren Friedens und zur Weiterführung der Arbeitergesetzgebung empfiehlt Osthues die Wahl des nationalliberalen Reichstagskandidaten Eduard Kleine]
- 11.03.1887 Immediatbericht des stellvertretenden Reichskanzlers Karl Heinrich von Boetticher, des preußischen Innenministers Robert von Puttkamer, des Ministers der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach und des Justizministers Dr. Heinrich Friedberg an Kaiser Wilhelm I. Bd.6, Nr.36
[Die Zwecke der Stiftung sollen im Hinblick auf eine Förderung von Wohltätigkeitseinrichtungen der Arbeiterschaft ausgedehnt und diese damit stärker einbezogen werden; entsprechende Statutänderungen werden vorgeschlagen]

- 19.03.1887 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Bd.2.2, Nr.302
[Zum Verhältnis zwischen Berufsgenossenschaften und staatlicher Fabrikaufsicht: Unterschiedliche Erfolge bei der Absprache von Unfallverhütungsvorschriften; eine oberste Instanz muß geschaffen werden; Befürchtungen der Berufsgenossenschaften, ihre Unfallverhütungsvorschriften könnten die strafrechtliche Verfolgung bei Unfällen erleichtern]
- 19.03.1887 Protokoll der 1. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Bd.3, Nr.136
[Diskussion über einen Antrag des Zentrumsabgeordneten Franz Hitze über die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung auf alle Betriebe, die „elementare Kraft“ benutzen]
- 23.03.1887 Protokoll der 2. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Bd.3, Nr.137
[Fortsetzung der Diskussion über den Antrag des Abgeordneten Franz Hitze über die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung. Ab welcher Arbeiterzahl soll ein Gewerbebetrieb einer Fabrik gleichgestellt werden? Ablehnung des Antrags Hitze in erster Kommissionslesung]
- 31.03.1887 Statut der Kaiser-Wilhelms-Spende. Allgemeine deutsche Stiftung für Altersrenten- und Kapitalversicherung Bd.6, Anh.B Nr.2
[Versicherung von Rente oder Kapital für die „gering bemittelten Klassen des deutschen Volkes“, Detailvorschriften über Verwaltung und Leistungsmöglichkeiten einschließlich Rückgewähr]
- 04.04.1887 Fränkische Tagespost Nr. 79. Zur Unfallversicherung Bd.2.2, Nr.303
[Anhand eines konkreten Beispiels werden schleppende Verfahren vor dem Nürnberger Schiedsgericht und unzureichende Entschädigungen kritisiert]
- 16.04.1887 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Vorstände der Berufsgenossenschaften Bd.2.2, Nr.304
[Zum Verhältnis zwischen Berufsgenossenschaften und staatlicher Fabrikaufsicht: Die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften sollen den Fabrikinspektoren und Ortspolizeibehörden mitgeteilt werden; beim Erlaß der Unfallverhütungsvorschriften soll mit den Fabrikinspektoren zusammengearbeitet werden]
- 16.04.1887 Schreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Bundesregierungen Bd.2.2, Nr.305
[Tätigkeit bzw. Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften und der staatlichen Gewerbeaufsicht müssen aufeinander abgestimmt werden]
- 21.04.1887 Protokoll der 3. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Bd.3, Nr.138
[Nationalliberale Kommissionsmitglieder bringen einen Antrag auf Ausdehnung der Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung auf Betriebe mit durch elementare Kraft bewegten Triebwerken ein; Debatte über Mißstände in der Hausindustrie; Annahme des Antrags der Nationalliberalen]
- 30.04.1887 Denkschrift des Direktoriums des Zentralverbands Deutscher Industrieller Bd.3, Nr.139
[Prinzipielle Stellungnahme des Zentralverbands zum Ausbau des Arbeiterschutzes und den diesbezüglichen Anträgen im Reichstag: Ein Normalarbeitstag wird abgelehnt; eine verkürzte Samstagsarbeit und die partielle Einschränkung der Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen kann hingegenommen werden; die Regelungen zur Kinderfabrikarbeit dürfen nicht verändert werden; auch die gesetzlichen Bestimmungen für die Fabrikarbeit Jugendlicher genügen]
- 02.05.1887 Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts Bd.2.2, Nr.306
[Phosphornekrose ist kein Arbeitsunfall, sondern eine nicht entschädigungsfähige Berufskrankheit; ein Arbeitsunfall ist nur bei einem zeitlich abgrenzbaren Vorfall gegeben]

- 06.05.1887 Schreiben des Direktoriums des Zentralverbands Deutscher Industrieller an den Vorsitzenden der Handelskammer Bochum Louis Baare
[Die Handelskammer wird aufgefordert, Protest gegen die bereits bekanntgewordenen Beschlüsse der VII. Reichstagskommission zum Arbeiterschutz einzulegen] Bd.3, Nr.140
- 09.05.1887 Bericht der VII. Kommission an den Reichstag mit Gesetzentwurf
[Antrag auf Abänderung der Gewerbeordnung: Schulpflichtige Kinder dürfen nicht in Fabriken arbeiten; Verlängerung des Mutterschutzes auf vier Wochen nach der Niederkunft; Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit für Fabrikarbeiterinnen; Zehnstudentag für Fabrikarbeiterinnen mit eigenem Haushalt; Ausdehnung des Geltungsbereichs der Fabrikgesetzgebung: Werkstätten, die Maschinen mit elementarer Kraft antreiben, werden hinsichtlich des Arbeiterschutzes wie Fabriken behandelt; Verbot der Kinderarbeit unter Tage] Bd.3, Nr.141
- 12.05.1887 Eingabe der Handels- und Gewerbekammer Plauen an den Reichstag
[Zunahme der Kinderarbeit in Maschinenstickereien; gegen die erhebliche Kinderarbeit in nicht als Fabriken angesehenen kleineren Betrieben ist „extensive“ Ausdehnung der Schutzbestimmungen nötig; weitere gesetzliche „intensive“ Einschränkung der Kinderarbeit wird abgelehnt] Bd.3, Nr.142
- 14.05.1887 Denkschrift des Direktoriums des Zentralverbands Deutscher Industrieller
[Stellungnahme zum Bericht der VII. Kommission des Reichstags: Die dort gemachten Anträge zur Frauen- und Kinderarbeit werden abgelehnt; Zugeständnisse sind nur denkbar bei der Ausdehnung des Wöchnerinnenschutzes, beim Verbot der Nachtarbeit von Arbeiterinnen und bei verkürzter Samstagarbeit von Frauen und Jugendlichen] Bd.3, Nr.143
- 20.05.1887 Schreiben des Ausschusses der Berufsgenossenschaftsvorstände an die Berufsgenossenschaftsvorstände
[Einladung zur Gründung eines „Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften“] Bd.2.2, Nr.307
- 20.05.1887 **Gesetz, betreffend die Abgrenzung und Organisation der Berufsgenossenschaften aufgrund des § 110 des Reichsgesetzes über die Kranken- und Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen**
[Preußisches Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung in der Land- und Forstwirtschaft: In jeder Provinz wird eine landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft gebildet, deren Verwaltung an die Organe der Selbstverwaltung übertragen werden kann] Bd.2.2, Nr.308
- 21.05.1887 Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Außenminister Otto Fürst von Bismarck
[Kompetenzklärung: Das Reichsversicherungsamt soll nicht direkt an die Regierungen der Bundesstaaten herantreten. Verhältnis zwischen Berufsgenossenschaften und staatlicher Fabrikaufsicht: Den Berufsgenossenschaften sollen behördliche Gefahrenschutzverordnungen mitgeteilt werden; die Tätigkeit der Beauftragten der Berufsgenossenschaften hat bereits zu Widersprüchen zu Anordnungen von Fabrikinspektoren geführt] Bd.2.2, Nr.309
- 25.05.1887 Eingabe des Vorsitzenden des Vereins Deutscher Juteindustrieller Julius Spiegelberg an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher
[Weitere Einschränkung der Kinderarbeit schädigt die Industrie; die Positionen des Zentralverbands Deutscher Industrieller werden unterstützt; die Textilindustrie benötigt Kinderarbeit zur Ausbildung fähiger Arbeiter] Bd.3, Nr.144
- 25.05.1887 Eingabe der Handelskammer Dortmund an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck
[Der dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegende Arbeiterschutzantrag der Zentrumsfraktion wird abgelehnt; Handlungsbedarf beim Ausbau des Arbeiterschutzes für Frauen und Kinder besteht nicht in den Fabriken, sondern in erster Linie in der Hausindustrie] Bd.3, Nr.145

- 03.06.1887 Bericht des Fabrikinspektors David Steinert an den Hamburger Senator Dr. Gerhard Hachmann Bd.2.2, Nr.310
[Der Fabrikinspektor berichtete über Erfahrungen bei der Zusammenarbeit zwischen Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften; eine solche Zusammenarbeit ist grundsätzlich notwendig; Einschränkungen der Befugnisse der Gewerbeaufsicht sollen vermieden werden]
- 04.06.1887 Erlaß des sächsischen Außenministers Alfred Graf von Fabrice an den Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen Bd.3, Nr.146
[Die Anträge der VII. Reichstagskommission zur Einschränkung der Kinderarbeit werden mit Hinweis auf entsprechende Stellungnahmen sächsischer Handels- und Gewerbekammern abgelehnt]
- 08.06.1887 Unfallverhütungsvorschriften der Hessen-Nassauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Bd.2.2, Nr.311
[Detaillierte Sicherheitsvorschriften für Unternehmer und Arbeiter mit Strafbestimmungen]
- 09.06.1887 Votum des badischen Innenministers Dr. Ludwig Turban für das Staatsministerium Bd.3, Nr.147
[Der Ausbau des Schutzes von Arbeiterinnen und Kindern in Fabriken ist möglich; die Altersgrenze für Kinderfabrikarbeit soll reichseinheitlich geregelt werden; ein Arbeitsverbot für Arbeiterinnen in Steinschleifereien ist nicht notwendig; für Saisonarbeiterinnen soll Nachtarbeit auch weiterhin zulässig sein; gesonderte Wasch- und Umkleieräume für Männer und Frauen sind in der Regel überflüssig]
- 09.06.1887 Bericht des sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Geheimrat im sächsischen Außenministerium Werner von Watzdorf Bd.3, Nr.148
[Bericht vom ersten Tag der zweiten Lesung der Arbeiterschutzanträge im Reichstag; die Kinderarbeit in Sachsen bestimmt die Debatte; nahezu einstimmige Annahme der Kommissionsanträge zur Kinderarbeit]
- 10.06.1887 Bericht des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Unterstaatssekretär im preußischen Handelsministerium Eduard Magdeburg Bd.3, Nr.149
[Ausbau der Fabrikinspektion wird gefordert: Die Dampfkesselrevision soll Aufgabe der Fabrikinspektoren werden, deren Bezahlung muß erheblich verbessert und die Zahl der Beamten um die Hälfte erhöht werden. Von Boetticher in der Randbemerkung: Mitteilung über Vortrag bei Bismarck; nur bei unabweisbarem Bedürfnis können neue Stellen geschaffen werden; Verbesserung der Bezahlung kann erfolgen]
- 12.06.1887 Protokoll der Vorstandssitzung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Bd.3, Nr.150
[Aktivitäten zur Verhinderung des Ausbaus der Arbeiterschutzgesetzgebung]
- 13.06.1887 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichstag Bd.3, Nr.151
[Vorlage der „Ergebnisse der Erhebungen über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen“; ein ergänzender „Generalbericht“ wird in Aussicht gestellt]
- 17.06.1887 Bericht des sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Geheimrat im sächsischen Außenministerium Werner von Watzdorf Bd.3, Nr.152
[Der Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher regt informell an, Sachsen solle hinsichtlich des Ausbaus des Arbeiterschutzes initiativ werden; dies könne Bismarck vielleicht von seiner Ablehnung abbringen]
- 17.06.1887 Beschluß des Reichstags Bd.3, Nr.153
[Abänderung der Gewerbeordnung: Schulpflichtige Kinder dürfen nicht in Fabriken arbeiten; Verlängerung des Mutterschutzes auf vier Wochen nach der Niederkunft; Arbeitsverbote für Frauen für bestimmte Tätigkeiten; Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit für Fabrikarbeiterinnen; Zehnstundentag für verheiratete Fabrikarbeiterinnen; Verbot der Kinderarbeit unter Tage. Resolutionen: Der Bundesrat wird aufgefordert, dem Reichstag einen Gesetzentwurf

- zur Regelung der Kinderarbeit außerhalb von Fabriken vorzulegen; außerdem soll eine Enquete zur Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiter durchgeführt werden]
- 19.06.1887 Brief des Hannoveraner Professors für Gewerbliche Gesundheitslehre Dr. Julius Post an den Straßburger Professor für Nationalökonomie Dr. Lujo Brentano [Positiver Bericht über betriebliche Sozialpolitik einzelner Unternehmer] Bd.1, Nr.72
- 23.06.1887 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Ein „Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften“ soll gegründet werden. Bismarck in den Randbemerkungen: Zustimmung] Bd.2.2, Nr.312
- 23.06.1887 Bericht des badischen Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban [In der Arbeiterschutzfrage sind positive Vorschläge seitens des Bundesrats notwendig; ein ausschließlich negatives Verhalten stärkt die Opposition] Bd.3, Nr.154
- 25.06.1887 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Bödiker versucht seinen unmittelbaren Schriftverkehr mit Landeszentralbehörden zu rechtfertigen; dieser sei zur Klärung des Verhältnisses zwischen Berufsgenossenschaften und staatlicher Gewerbeaufsicht notwendig] Bd.2.2, Nr.313
27. u. 28.06.1887 Frankfurter Zeitung Nr. 178 [u. 179]. Erste Versammlung deutscher Berufsgenossenschaften [Bericht über den ersten Berufsgenossenschaftstag] Bd.2.2, Nr.314
- 27.06.1887 Protokoll des I. ordentlichen Verbandstags der deutschen Berufsgenossenschaften [Zum Verhältnis von staatlicher Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften beim Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften] Bd.2.2, Nr.315
- 04.07.1887 Bericht des Beauftragten Ernst Krumborn für die III. Versammlung der VI. Sektion der Rheinisch-Westfälischen Textil-Berufsgenossenschaft [Der Beauftragte berichtet über seine Betriebsüberwachungen] Bd.2.2, Nr.316
- 05.07.1887 Erlaß des sächsischen Außenministers Alfred Graf von Fabrice an den Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen [Den vom Reichstag beschlossenen Arbeiterschutzbestimmungen kann im Bundesrat mit Ausnahme derjenigen über besondere Arbeitszeiten für verheiratete Fabrikarbeiterinnen und der Anhebung des Schutzesalters für Kinderfabrikarbeit zugestimmt werden, falls dies von anderen Bundesstaaten beantragt werden sollte] Bd.3, Nr.155
- 06.07.1887 Grundzüge zur Alters- und Invalidenversicherung mit Denkschrift [Versicherungszwang für Arbeiter und für Angestellte bis zu einem Jahreseinkommen von 2000 Mark; Renten bei einem Alter von 70 Jahren und dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit; je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragene Beiträge, Kapitaldeckung, Reichszuschuß in Höhe von einem Drittel der Renten; Altersrenten betragen 60 Mark, Invalidenrenten zwischen 120 und 250 Mark jährlich für Männer (für Frauen nur $\frac{2}{3}$); zusätzliche Kapital- und Rentenanwartschaften möglich; Berufsgenossenschaften als Versicherungsträger; Arbeitervetreter, Vertrauensmänner und Schiedsgerichte als weitere Organe; Beitrags-erhebung mit Hilfe von Quittungsbüchern. Denkschrift mit Begründung der Grundzüge: keine Witwen- und Waisenfürsorge; Notwendigkeit, alle Arbeiter zu versichern; Versicherungsanstalten der Berufsgenossenschaften sollen ein Risikokartell bilden; Einheitsrenten erscheinen zweckmäßiger als Abstufung nach Individual- oder Durchschnittsverdiensten; Beitragsbemessung nach Gefahrenklassen; Renten sollen nur für notdürftigen Lebensunterhalt an billigem Ort reichen; Wartezeiten sind nötig, jedoch Ausnahmen möglich; jährliche Gesamtkosten ca. 156 Mio. Mark; Kapitaldek- kung belastet die Zukunft weniger] Bd.6, Nr.37

11.07.1887	<p>Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der bei den Bauten beschäftigten Personen</p> <p>[Durch ein eigenständiges Gesetz werden durch die bisherigen Unfallversicherungsgesetze noch nicht erfaßte Bauarbeiter versicherungspflichtig; Mittelaufbringung durch Kapitaldeckungsverfahren, Sonderregelungen für Regiebauten; Einrichtung einer Unfallversicherungsanstalt]</p>	Bd.2.2, Nr.317
12.07.1887	<p>Erlaß des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker</p> <p>[Bei der Zusammenarbeit von staatlicher Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften müssen die Bundesregierungen das Reichsversicherungsamt nicht einbeziehen]</p>	Bd.2.2, Nr.318
[12.07.]1887	<p>Zusammenstellung des Reichsversicherungsamts aus den Jahresberichten der Schiedsgerichtsvorsitzenden</p> <p>[Verschiedene Schiedsgerichtsvorsitzende berichten über Mängel des Unfallversicherungsgesetzes bzw. des Verfahrens vor den Schiedsgerichten]</p>	Bd.2.2, Nr.319
13.07.1887	<p>Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschifffahrt beteiligter Personen</p> <p>[Durch ein eigenständiges Gesetz (ohne Bezugnahme auf das Unfallversicherungsgesetz vom 6.7.1884) wird die Unfallversicherung auf Schiffsbesatzungen und weitere Beschäftigte der Seeschifffahrt ausgedehnt; Einbeziehung von Unfällen infolge von „Elementarereignissen“]</p>	Bd.2.2, Nr.320
27.07.1887	<p>Votum des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Robert Lucius für das Staatsministerium</p> <p>[Aufbau der neuen Versicherungsorganisation sollte noch hinausgezögert werden; eine Überlastung der landwirtschaftlichen Arbeitgeber ist zu befürchten]</p>	Bd.6, Nr.38
04.08.1887	<p>Eingabe des Geschäftsführers des Zentralverbands Deutscher Industrieller Georg Ferdinand Beutner an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher</p> <p>[Bitte um ein Exemplar der Grundzüge vom 6.7.1887 zur Vorbereitung im Zentralverband; eine starke Opposition zum Projekt innerhalb der Industrie wird befürchtet]</p>	Bd.6, Nr.39
05.08.1887	<p>Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die Bundesregierungen</p> <p>[Die Unfallstatistik soll weiterhin vom Reichsversicherungsamt zusammengestellt werden]</p>	Bd.2.2, Nr.321
17.08.1887	<p>Statut des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum</p> <p>[Bestimmungen über das Invalidengeld]</p>	Bd.6, Anh.B Nr.7
21.08.1887	<p>Votum des preußischen Finanzministers Dr. Adolf von Scholz für das Staatsministerium</p> <p>[Für den neuen Versicherungstyp empfiehlt sich schrittweises Vorgehen; Unzufriedenheit mit unzulänglichen Renten und zu hoher Beitragsbelastung ist zu befürchten; der bürokratische Aufwand ist zu hoch; der Reichszuschuß muß aus volkswirtschaftlichen Gründen über Umlage aufgebracht werden]</p>	Bd.6, Nr.40
24.08.1887	<p>Votum des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach für das Staatsministerium</p> <p>[Auf freiwillige und zusätzliche Versicherung sollte verzichtet werden; eine eigene Altersversicherung sollte gar nicht oder mit wesentlich besseren Leistungen eingeführt werden; die Karenzzeiten sind zu hoch; auch selbstverschuldete Invalidität sollte versichert sein; weitere Einwände gegen Organisation und Verfahren]</p>	Bd.6, Nr.41
29.08.1887	<p>Rede des Reichstagsabgeordneten Franz Hitze auf der 34. Generalversammlung</p>	Bd.3, Nr.156

der Katholiken Deutschlands

[Der deutsche Arbeiterschutz ist im europäischen Vergleich rückständig; Sonntagsarbeit bzw. Frauen- und Kinderarbeit zerstört das Familienleben; Arbeiterschutz als Notwendigkeit von Menschenwürde und christlicher Kultur]

- | | | |
|----------------|---|------------------|
| September 1887 | <p>Erhebung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller: 86 Arbeiter-Pensionskassen der deutschen Eisenindustrie</p> <p>[Der Verein hat unter seinen Mitgliedern eine Erhebung über das Vorhandensein und die Funktion von Arbeiterpensionskassen durchgeführt; die Ergebnisse wurden für 72 Hüttenwerkskassen und 14 Kassen der Maschinenbauindustrie ausgewertet]</p> | Bd.6, Anh.C Nr.1 |
| 08.09.1887 | <p>Schreiben des Legationsrats Dr. Georg von Schwartzkoppen an den Unterstaatssekretär im preußischen Staatsministerium Gustav Homeyer mit Denkschrift</p> <p>[Direktiven Bismarcks für ein Votum betreffend die Alters- und Invalidenversicherung: Arbeiterversorgung sollte als nationales Bedürfnis aus Steuermitteln des Reiches bezahlt werden; es ist zu erwägen, ob die Einrichtung und Finanzierung der Versicherung zunächst bei den Stadtgemeinden beginnen soll]</p> | Bd.6, Nr.42 |
| 11.09.1887 | <p>Votum des preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck für das Staatsministerium</p> <p>[Alters- und Invalidenversicherung sollte als nationales Bedürfnis aus Steuermitteln des Reiches bezahlt werden; es ist zu erwägen, ob die Einrichtung der Versicherung zunächst bei den großen Städten und Fabrikbezirken beginnen soll]</p> | Bd.6, Nr.43 |
| 19.09.1887 | <p>Erlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an die Bezirksregierungen</p> <p>[Verhältnis der Berufsgenossenschaften und staatlicher Gewerbeaufsicht: Den Berufsgenossenschaften sollen staatliche Gefahrenschutzverordnungen mitgeteilt werden; widersprechende Anordnungen sollen erst nach Genehmigung durch das Handelsministerium erlassen werden]</p> | Bd.2.2, Nr.322 |
| 19.09.1887 | <p>Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts</p> <p>[Auch mittelbare Folgen eines Arbeitsunfalls rechtfertigen eine Entschädigung]</p> | Bd.2.2, Nr.323 |
| 22.09.1887 | <p>Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken</p> <p>[Die Arbeiterversicherungsgesetzgebung steckt in einer Sackgasse, der Staat wird zu stark belastet; eine Umkehr ist jedoch aufgrund des „Gedankenbanns“, unter dem die Verantwortlichen stehen, unwahrscheinlich]</p> | Bd.6, Nr.44 |
| 27.09.1887 | <p>Schreiben des badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher</p> <p>[Anstelle von Renten sollte auch Kapitalzahlung möglich sein; berufsgenossenschaftliche Organisation ist zu zersplittert und als Versicherungsträger ungeeignet; statt dessen sollten staatliche Anstalten errichtet werden; Beiträge sollten einheitlich bemessen werden]</p> | Bd.6, Nr.45 |
| 29.09.1887 | <p>Schreiben des sächsischen Außenministers Alfred Graf von Fabrice an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher</p> <p>[Eigenständige Altersversicherung sollte wegfallen; statt Berufsgenossenschaften sollten territoriale Anstalten Versicherungsträger werden]</p> | Bd.6, Nr.46 |
| 04.10.1887 | <p>Entschließung des Parteitags der deutschen Sozialdemokratie in St. Gallen</p> <p>[Das System der indirekten Steuern ist gegen die nichtbesitzende Bevölkerung gerichtet; Ablehnung der Arbeiterschutzvorschläge der Sozialdemokraten bezeugen den fehlenden Willen zu einer Verbesserung der Lage der Arbeitenden]</p> | Bd.1, Nr.73 |
| 10.10.1887 | <p>Schreiben des württembergischen Außenministers Dr. Hermann Freiherr von Mittnacht an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher</p> | Bd.6, Nr.47 |

- [Der Versichertenkreis soll auf die Industriearbeiter eingeschränkt werden; eine prozentuale Bemessung der Renten nach dem Lebensarbeitsverdienst ist zu erwägen; die Versicherten sollten stärker an der Verwaltung beteiligt werden]
- 13.10.1887 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.6, Nr.48
[Haupteinwände gegen die Grundzüge vom 6.7.1887 werden referiert und kritisiert, teilweise aber als berechtigt anerkannt; Bismarck votiert erneut für eine gesetzliche Altersversorgung]
- 14.10.1887 Volkszeitung Nr. 240 Bd.3, Nr.157
[Äußerungen des Aachener Gewerberats Dr. Friedrich Adolf Bernoulli über mangelnde Kontrolle der Kinderarbeit in Deutschland durch die Polizeibehörden auf dem VI. Internationalen Kongreß für Hygiene und Demographie werden in der Polemik gegen die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verwendet]
- 15.10.1887 Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung. Der Fabrikinspektor, wie er sein soll Bd.1, Nr.74
[Programmatik effizienter und arbeiterfreundlicher Fabrikinspektion]
- 18.10.1887 Bericht des Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Bd.3, Nr.158, Bd.6, Nr.49
[Mitteilung einer Äußerung Bismarcks gegen die Reichstagsbeschlüsse zum Ausbau des Schutzes von Frauen und Kindern in Fabriken. – Bismarck will an den Berufsgenossenschaften als Versicherungsträger festhalten; Marschall schlägt die Zusammenfassung von mehreren Berufsgenossenschaften zu einer Versicherungsanstalt vor]
- 19.10.1887 Schreiben der Mitglieder der Prokura der Essener Gußstahlwerke Fried. Krupp Ludwig Klüpfel und Johann Friedrich Jencke an den Düsseldorfer Regierungsrat Dr. Gustav Koenigs Bd.3, Nr.159
[Bei Krupp wurde ein jugendlicher Arbeiter am Sonntag unzulässig beschäftigt; Krupp droht mit der Entlassung sämtlicher jugendlicher Arbeiter und kündigt eine Initiative zur Abänderung der Gewerbeordnung hinsichtlich der Verantwortlichkeit der Betriebsbesitzer bei Verstößen an]
- 25.10.1887 Schreiben des bayerischen Ministers des Königlichen Hauses und Außenministers Krafft Freiherr von Crailsheim an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Bd.6, Nr.50
[Eigenständige Altersversicherung sollte wegfallen; der Versichertenkreis ist wie bei der Unfallversicherung einzuschränken; anstelle von Berufsgenossenschaften sollten territoriale Versicherungsanstalten Träger werden]
- 28.10.1887 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Vorstände der Berufsgenossenschaften Bd.2.2, Nr.324
[Die Berufsgenossenschaften werden zur Mitarbeit an einer geplanten Unfallverhütungsausstellung aufgefordert]
- 09.11.1887 Grundzüge zur Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter mit Denkschrift Bd.6, Nr.51
[Versicherungszwang für alle Arbeitnehmer mit Ausnahme der Angestellten über 2000 Mark Jahreseinkommen und der Beamten; Altersrenten bei einem Alter von 70 Jahren, Invalidenrenten bei dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit; Kapitaldeckung durch je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragene Beiträge, Reichszuschuß in Höhe von einem Drittel der Renten; Altersrenten betragen 120 Mark, Invalidenrenten zwischen 120 und 250 Mark jährlich für Männer (für Frauen nur 2/3); Berufsgenossenschaften als Versicherungsträger; Arbeitervertreter, Vertrauensmänner und Schiedsgerichte als weitere Organe; Quitungsbücher. Denkschrift mit Begründung der Grundzüge: keine Witwen- und Waisenfürsorge; Ausbau der Berufsgenossenschaften zu zentralen sozialpolitischen Organen; wegen hoher Berufsmobilität sollen alle Arbeiter erfaßt werden; Einheitsrenten erscheinen zweckmäßiger als Abstufung nach Individual- oder Durchschnittsverdiensten; Beitragsbemessung nach Gefahrenklassen; Renten sollen nur für notdürftigen Lebensunterhalt an billigem Ort reichen; Wartezeiten sind nötig, jedoch Ausnahmen möglich; jährliche Gesamtkosten ca. 156 Millionen Mark; Prämiendeckung bei den Beiträgen belastet die Zukunft weniger; Reichszuschuß

- über Umlage der tatsächlichen jährlichen Kosten]
- [10.11.]1887 Vermerk der Hamburger Senatsverwaltung Bd.6, Nr.52
 [Die wichtigsten inhaltlichen Abänderungen der Grundzüge vom 9.11.1887 gegenüber denen vom 6.7.1887 werden aufgeführt]
- 15.11.1887 Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts Bd.2.2, Nr.325
 [Bei vorhandener konstitutioneller Anlage zu einem Leistenbruch ist das Auftreten eines Bruchschadens nicht als Arbeitsunfall anzusehen]
- 16.11.1887 Schreiben des Vorstands der Knappschafts-Berufsgenossenschaft an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Bd.2.2, Nr.326
 [Trotz erfolgten Rekursentscheids des Reichsversicherungsamts läßt die Knappschafts-Berufsgenossenschaft ein weiteres ärztliches Gutachten über einen „Simulanten“ anfertigen und beantragt die Einstellung der Rentenzahlungen an den „Betrüger“]
- 21.11.1887 Eingabe der Handelskammer Lennep an die Regierung Düsseldorf Bd.3, Nr.160
 [Für völliges Verbot der Kinderarbeit auch außerhalb von Fabriken; auch in der Textilindustrie ist keine Kinderarbeit notwendig; der Ausbau des Schutzes für Fabrikarbeiterinnen wird befürwortet: Verbot der Nachtarbeit, Normalarbeitstag von 10 Stunden für verheiratete Arbeiterinnen, verkürzte Samstagarbeit]
- 23.11.1887 Erlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Aachener Regierungspräsidenten Otto von Hoffmann Bd.3, Nr.161
 [Der Aachener Gewerberat Dr. Friedrich Adolf Bernoulli erhält aufgrund von Äußerungen auf dem VI. Internationalen Kongreß für Hygiene und Demographie in Wien einen scharfen Verweis; weiteres Auftreten auf Kongressen wird ihm untersagt]
- 23.11.1887 Sitzungsprotokoll des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften Bd.6, Nr.53
 [Nach Diskussionen über den Umfang der Versicherung, die Ausdehnung auf Witwen und Waisen, das Kapitaldeckungs- oder Umlageverfahren und die Organisation der Versicherung erklärt sich der Ausschuß für die Beibehaltung der Vorlage unter Einführung des Umlageverfahrens; die vorgesehene Trägerschaft der Berufsgenossenschaften wird befürwortet]
- 23.11.1887 Referat des Geheimen Finanzrats a. D. Johann Friedrich Jencke in einer Ausschusssitzung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Bd.6, Nr.54
 [Bei grundsätzlicher Zustimmung zu den Grundzügen wird die Übertragung der Organisation an die Berufsgenossenschaften kritisiert und vorgeschlagen, statt dessen die Kommunalverbände einzusetzen]
- 24.11.1887 Rede des stellvertretenden Reichskanzlers Karl Heinrich von Boetticher zur Eröffnung der II. Session des 7. Reichstags Bd.1, Nr.75
 [Ankündigung von Gesetzentwürfen zur Alters- und Invalidenversicherung, zur Ausdehnung der Unfallversicherung und zur Novellierung des Genossenschaftsgesetzes]
- 26.11.1887 Votum des bayerischen Innenministers Maximilian Alexander Freiherr von Feilitzsch für das Ministerium des königlichen Hauses und das Außenministerium Bd.3, Nr.162
 [Die Reichstagsbeschlüsse zur Frauen- und Kinderarbeit sollen im Bundesrat abgelehnt werden; Mißstände bei der Frauen- und Kinderarbeit sind in Bayern nicht festgestellt worden]
- 27.11.1887 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Bd.2.2, Nr.327
 [Zum Abbau von Rückständen ist eine Neuorganisation der Spruchsitzen des Reichsversicherungsamts notwendig; die zeitintensive Zuziehung der Arbeitervertreter erzeugt Schwierigkeiten mit deren Arbeitgebern]

28.11.1887	Resolution einer Mitgliederversammlung der Ortsvereine Berlin und Umgebung der Deutschen Gewerkvereine [Gegen die geplante Zwangsversicherung und für die Einrichtung freier, selbstverwalteter Versorgungskassen]	Bd.6, Nr.55
[29.]11.1887	Denkschrift des Kalkulators im Reichsamt des Innern Dr. Adolf Beckmann für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Herleitung und Diskussion der Methoden zur Berechnung der Belastung durch die Alters- und Invaliditätsversicherung: Die jährliche Gesamtbelastung durch Alters- und Invalidenrenten liegt demnach bei 132 Millionen Mark + 11 Millionen Mark Verwaltungskosten; pro Arbeitstag eines männlichen Arbeiters ist ein Gesamtbeitrag von 5 Pf. erforderlich]	Bd.6, Nr.56
30.11.1887	Gutachten des Industriellen Karl Ferdinand Stumm für den Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saar-Industrie [Träger der Alters- und Invaliditätsversicherung soll der Staat sein; nicht für Berufsgenossenschaften der Industrie; gegen unbedingte Altersrente vom 70. Lebensjahr ab und gegen „Billigkeitsrente“]	Bd.6, Nr.57
08.12.1887	Protokoll der dritten Sitzung des permanenten Ausschusses des preußischen Volkswirtschaftsrats [Generaldebatte über die Organisation der Alters- und Invaliditätsversicherung: Berufsgenossenschaften, Reichsversicherungsanstalt oder weitere Kommunalverbände als mögliche Träger]	Bd.6, Nr.58
09.12.1887	Protokoll der vierten Sitzung des permanenten Ausschusses des preußischen Volkswirtschaftsrats [Fortsetzung der Generaldebatte über die Organisation der Alters- und Invaliditätsversicherung unter Einbeziehung territorialer Anstalten als möglicher Träger; Debatte über Kapitaldeckung oder Umlage]	Bd.6, Nr.59
15.12.1887	Eingabe rheinischer Hohlglasfabrikanten an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Die von den Hohlglasfabrikanten bereits eingehaltene Sonntagsruhe soll reichsweit durchgesetzt werden]	Bd.3, Nr.163
15.12.1887	Gutachten des Direktors der Hannoverschen Lebensversicherungsgesellschaft Dr. Theodor Wittstein für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Aus wissenschaftlicher Sicht erscheinen die rechnerischen Grundlagen für die AIV ungenügend]	Bd.6, Nr.60
17.12.1887	Sitzungsprotokoll des Ehrenkomitees der Deutschen Allgemeinen Ausstellung für Unfallverhütung [Die geplante Unfallverhütungsausstellung wird innerhalb der Berufsgenossenschaften breit unterstützt; aktive Mitarbeit des Mitglieds des Reichsversicherungsamts Franz Reichel]	Bd.2.2, Nr.328
20.12.1887	Eingabe des Direktoriums des Zentralverbands Deutscher Industrieller an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Nicht die Unternehmer, sondern deren Vertreter vor Ort sollen bei Verstößen gegen Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung bestraft werden]	Bd.3, Nr.164
20.12.1887	Hannoverscher Courier Nr. 14957, Morgenausgabe. Die Berufsgenossenschaften und die Altersversicherung [Der Berufsgenossenschaftstag hat mehrheitlich für die Trägerschaft der AIV durch die Berufsgenossenschaften gestimmt; die Bedenken der Berufsgenossenschaften und anderer Körperschaften gegen das Kapitaldeckungsverfahren sollten gehört werden]	Bd.6, Nr.61

20.12.1887	Schreiben des Mitglieds im preußischen Volkswirtschaftsrat Fritz Kalle an den Abteilungsdirektor im Reichsamt des Innern Robert Bosse [Die Reichsleitung möge die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs angesichts der im Volkswirt- schaftsrat und bei den Berufsgenossenschaften geäußerten Zweifel nicht überstürzen und in der Organisationsfrage noch einmal die Berufsgenossenschaften selbst befragen]	Bd.6, Nr.62
21.12.1887	Schreiben des preußischen Prinzen Wilhelm an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Rechtfertigung seiner Beteiligung an der sogenannten Waldersee-Versammlung]	Bd.1, Nr.76
21.12.1887	Unfallverhütungsvorschriften der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walz- werks-Berufsgenossenschaft [Allgemeine und detaillierte Sicherheitsvorschriften mit Strafbestimmungen für Unternehmer und Arbeiter]	Bd.2.2, Nr.329
22.12.1887	Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Bödiker nimmt den Ehrenvorsitz der Unfallverhütungsausstellung an]	Bd.2.2, Nr.330
23.12.1887	Schreiben des Abteilungsleiters im Reichsamt des Innern Robert Bosse an das Mitglied im preußischen Volkswirtschaftsrat Fritz Kalle [Der Regierungsentwurf wird unter Berücksichtigung der bisherigen Diskussion fertigge- stellt]	Bd.6, Nr.63
[23.]12.1887	Vermerk des Kalkulators im Reichsamt des Innern Dr. Adolf Beckmann [Wittsteins Argumente werden zurückgewiesen; die Denkschrift ist nicht für ein reines Fachpublikum]	Bd.6, Nr.64
25.12.1887	Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Einbeziehung des preußischen Staatsrats in die Beratung der Alters- und Invalidenversiche- rung ist unnötig]	Bd.6, Nr.65
29.12.1887	Bericht des Unterstaatssekretärs Eduard Magdeburg an den preußischen Han- delsminister Otto Fürst von Bismarck [Forderungen der Handelskammer Lennep: Kinderarbeit soll im gesamten Gewerbe verboten werden; Verbot der Nacharbeit von Arbeiterinnen; Zehnstundentag für verheiratete Arbei- terinnen; verkürzte Samstagsarbeit für Arbeiterinnen. Bismarck in einer Randbemerkung: Schon die bestehenden Arbeitszeitbeschränkungen der jugendlichen Arbeiter wirken schädlich]	Bd.3, Nr.165

1888

04.01.1888	Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Tonio Bödiker übernimmt den Ehrenvorsitz der von den Berufsgenossenschaften initiierten Unfallverhütungsausstellung]	Bd.2.2, Nr.331
06.01.1888	Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Prin- zen Wilhelm [Mahnende Ausführungen für den Thronfolger: Die Monarchie muß über den Parteien ste- hen, der „christliche Gedanke“ ist als Waffe der Krone gegen „Sozial- und andere Demokra- ten“ ungeeignet, der Thronfolger muß sich von der Inneren Mission fernhalten, in der meist Redner, Geistliche und Damen die Richtung angeben; dauerhafte Reformprozesse können nur durch den König bzw. die Gesetzgebung des Staates getragen werden, nicht durch freie Vereinigung, das Mißlingen von „Unternehmungen“ der Inneren Mission ist für einen Thron- folger, der sie protegirt, gefährlich]	Bd.1, Nr.77

- 11.01.1888 Erlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an die Regierung Düsseldorf
[Jede weitere Beschränkung der Arbeitszeit wird abgelehnt; der Regierung Düsseldorf wird untersagt, den diesbezüglichen Bericht der Handelskammer Lennep anderen Handelskammern mitzuteilen]
- 30.01.1888 Brief des Brauereidirektors Richard Roesicke an Professor Dr. Lujo Brentano
[Im Gegensatz zu Brentano meint Roesicke, daß die Beiträge für die geplante Alters- und Invaliditätsversicherung allein durch die Arbeitgeber aufgebracht werden könnten]
- 12.02.1888 Denkschrift des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker
[Explosionen von Dampfkesseln kommen selten vor, andere Bereiche der Unfallverhütung haben Nachholbedarf; eine spezielle Dampfkesselrevision außerhalb der berufsgenossenschaftlichen Betriebsüberwachung ist nicht mehr notwendig]
- 19.02.1888 Schreiben des Varziner Papierfabrikanten Moritz Behrend an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck
[Mit den bestehenden Dampfkesselrevisionsvereinen als Kern sollen besondere Unfallverhütungsvereine gebildet werden, die die gesamte berufsgenossenschaftliche Unfallverhütung übernehmen sollen]
- 27.02.1888 Bericht der XV. Kommission an den Reichstag mit Gesetzentwurf
[Die Kommission legt einen von Theodor Lohmann informell erarbeiteten Gesetzentwurf zur Einschränkung der Sonntagsarbeit mit detaillierten Ausnahmeregelungen vor. Randbemerkungen Bismarcks mit ablehnender Tendenz]
- [März] 1888 [Ludwig Weber]. Die Behandlung der sozialen Frage auf evangelischer Seite
[Bericht über die Entwicklung evangelisch-sozialer Reformbestrebungen seit 1871]
- 01.03.1888 Rundschreiben des Vorsitzenden der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft Johann Friedrich Jencke an die Genossenschaftsmitglieder
[Alkoholiker und Epileptiker sollen entlassen werden; Arbeiter mit Bruchschäden sollen nicht eingestellt werden]
- 02.03.1888 Bericht des sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Außenminister Alfred Graf von Fabrice
[Die Annahme des Kommissionsbeschlusses zur Einschränkung der Sonntagsarbeit ist im Reichstag zu erwarten; der Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher und der konservative Reichstagsabgeordnete Hans Hugo von Kleist-Retzow ersuchen die sächsische Staatsregierung, in der Frage der Sonntagsarbeit die Initiative zu ergreifen]
- 08.03.1888 Schreiben des sächsischen Innenministers Hermann von Nostitz-Wallwitz an den Außenminister Alfred Graf von Fabrice
[Den Reichstagsbeschlüssen zur Einschränkung der Sonntagsarbeit kann im Bundesrat prinzipiell zugestimmt werden; zuvor müssen allerdings die Ausnahmeregelungen geprüft werden]
- 12.03.1888 Erlaß Kaiser Friedrich III. an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck
[Der neue Kaiser legt dem Reichskanzler anläßlich seines Regierungsantritts die Grundzüge seiner Politik dar]
- 04.04.1888 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Deutschen Kaiser Friedrich III.
[Vorlage des ersten Gesetzentwurfs mit Begründung zur Alters- und Invaliditätsversicherung; Erläuterung der wesentlichen Abänderungen gegenüber den Grundzügen]

11.04.1888	Protokoll der 260. Sitzung des Reichsversicherungsamts [Im Widerspruch zu einem Erlaß des Reichsamts des Innern hält das Reichsversicherungsamt die direkte Anforderung von Gutachten der preußischen Medizinalkollegien für in seiner Kompetenz liegend]	Bd.2.2, Nr.335
15.04.1888	Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter [Arbeiter und kleine Angestellte werden gegen die Folgen von alters- oder krankheitsbedingter Erwerbsunfähigkeit zwangsversichert; als Träger werden Versicherungsanstalten bei den Berufsgenossenschaften eingerichtet]	Bd.6, Anh.A Nr.1
15.04., 13.06., 03.07. u. [06.]11. 1888	Zusammenstellung der Bundesratsfassungen des Gesetzentwurfs, betr. die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter [Die Veränderungen am Regierungsentwurf vom 15. April 1888 durch den Bundesrat werden dokumentiert]	Bd.6, Nr.68
19.04.1888	Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die Bundesregierungen [Da das Reichsversicherungsamt ohnehin nur für den Vollzug des Unfallversicherungsgesetzes zuständig ist, wird ihm nur Schriftverkehr mit den zuständigen Spezialbehörden der Bundesstaaten gestattet werden können; die Bundesregierungen sollen diese dem Reichsamt des Innern mitteilen]	Bd.2.2, Nr.336
20.04.1888	Brief des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an seine Frau Gabriele [Die Arbeit am Gesetzentwurf beginnt im Bundesrat]	Bd.6, Nr.69
22.04.1888	Volkswohl Nr. 16. Das soziale Programm von Kaiser Friedrich [Positive Stellungnahme zu sozialpolitischen Positionen und Aktivitäten des Kaiserpaars]	Bd.1, Nr.80
05., 07., 10. u. 12.05.1888	Allgemeine Zeitung (München) Nr.125 [Nr.127, Nr.130 und Nr.132]. Dr. Albert Schäffle: Die geplante Alters- und Invalidenversicherung [Kritik der Grundzüge: Vor allem die niedrige Nivellierung der Renten, die Schlechterstellung der Altersversicherten gegenüber den Unfallversicherten, das Kapitaldeckungsverfahren und die geplante Organisation werden abgelehnt; die Krankenkassen sollten zu „Elementarverbänden“ der gesamten Arbeiterversicherung werden]	Bd.6, Nr.70
07.05.1888	Protokoll des II. ordentlichen Verbandstags der Deutschen Berufsgenossenschaften [Der Berufsgenossenschaftstag berät über die Bekämpfung der Simulation]	Bd.2.2, Nr.337
09.05.1888	Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 129, Nachmittagsausgabe. Verbandstag der Deutschen Berufsgenossenschaften zu Köln [Bericht über den zweiten Berufsgenossenschaftstag]	Bd.2.2, Nr.338
09.05.1888	Verordnung des Bundesrats [Detaillierte Vorschriften für Arbeitsräume der Zigarrenfabriken; jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen in Zigarrenfabriken mit mehr als zehn Arbeitern nur unmittelbar vom Betriebsbesitzer beschäftigt werden]	Bd.3, Nr.170
18.05.1888	Frankfurter Zeitung und Handelsblatt Nr. 139, Erstes Morgenblatt [Außer Brentano und Schäffle, dessen Kritik der Grundzüge ausführlich referiert wird, haben sich die Koryphäen der deutschen Sozialwissenschaft bisher kaum mit der geplanten Alters- und Invaliditätsversicherung befaßt]	Bd.6, Nr.71
[18.]05.1888	Antrag des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann für die Ausschlußberatungen im Bundesrat [Vorschläge zur Organisation der Versicherung: Kommunalverbände bzw. Bundesstaaten als Träger; Durchführung mit Hilfe von Versicherungsanstalten; Landesgesetzgebung bestimmt]	Bd.6, Nr.72

weitere Organisationsfragen]

- 24.05.1888 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Bd.6, Nr.73
[Generaldebatte über den Regierungsentwurf in den Bundesratsausschüssen: ausführliche Diskussion über die Organisationsprinzipien der Versicherung]
- [26.05.]1888 Eingabe des Ottweiler Schlossers Karl Presser an Kaiser Friedrich III. Bd.2.2, Nr.339
[Der im Stummschen Hüttenwerk verunglückte Schlosser fühlt sich durch einen Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts beschwert]
- 28.05.1888 Antrag Sachsens im Bundesrat Bd.3, Nr.171
[Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter sollen in Präservativfabriken nicht beschäftigt werden dürfen]
- [31.05.]1888 Antrag der Subkommission des Bundesrats an das Plenum Bd.6, Nr.74
[Vorschläge zur Organisation der Alters- und Invalidenversicherung durch Versicherungsanstalten, die gebietsweise und nicht nach Branchen unterschieden sind; Versicherungsanstalten haben als selbständige juristische Persönlichkeiten eigene Verantwortung für Rechnungsführung, Vermögen und Verbindlichkeiten; Verwaltung durch beamtete Vorstände; Versichertervertreter in Generalversammlung und Ausschuß; Verwaltungsorganisation wird durch ein vom Reichsversicherungsamt zu genehmigendes Statut geregelt; Reichsinteressen werden durch Reichskommissare in jedem Anstaltsbezirk gewahrt; Errichtung eigener Schiedsgerichte]
- 01.06.1888 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Eduard Theodor Böttcher an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz Bd.6, Nr.75
[Nachdem sich eine Mehrheit in den Bundesratsausschüssen für die territoriale Organisation der Versicherung ausgesprochen hat, ist auch eine Blockadepolitik Preußens kaum zu befürchten]
- 10.06.1888 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Bd.6, Nr.76
[Preußen ist bereit, die Versicherungsanstalten mit territorialen Geltungsbereichen zu akzeptieren; die Anstalten werden als selbständige juristische Personen mit subsidiärer Staatshaftung konzipiert; ihre Errichtung soll unter Vorbehalt des Bundesrats stehen]
- 25.06.1888 Rede Kaiser Wilhelm II. zur Eröffnung der III. Session des 7. Reichstags Bd.1, Nr.81
[Antrittsrede Wilhelm II.; an den Zielen der Kaiserlichen Botschaft vom 17.11.1881 wird festgehalten]
- 30.06.1888 Bericht des hanseatischen Ministerresidenten Dr. Daniel Christian Friedrich Krüger an den Bremer Senator Dr. Otto Gildemeister Bd.6, Nr.77
[Wichtige Ergebnisse der zweiten Lesung in den Bundesratsausschüssen werden referiert; die sächsische und württembergische Initiative gegen die im Entwurf vorgesehenen Rentenkürzungen blieb ergebnislos]
- [Juli] 1888 Aufzeichnungen des Geheimen Oberregierungsrats im Reichsamt des Innern Theodor Lohmann Bd.1, Nr.82
[Plädoyer für eine organisatorische Zusammenfassung aller Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung; die Berufsgenossenschaften sind eine konzeptionelle Fehlkonstruktion]
- 03.07.1888 Bericht des Opperlner Regierungspräsidenten Traugott Graf von Baudissin an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Bd.3, Nr.172
[Den lokalen Behörden ist die Verbreitung von Kinderarbeit in der Hausindustrie oberschlesischer Dörfer bekannt; Maßnahmen dagegen werden nicht ergriffen]
- 03.07.1888 Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Bd.6, Anh.A Nr.2

Arbeiter

[Arbeiter und kleine Angestellte werden gegen die Folgen von alters- oder krankheitsbedingter Erwerbsunfähigkeit zwangsversichert; als Träger werden territorial gegliederte Versicherungsanstalten eingerichtet]

- | | | |
|----------------|---|----------------|
| 04.07.1888 | Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch
[Aus staatspolitischen Erwägungen votiert Preußen für die Beibehaltung der Altersrente im Entwurf; Bayern verzichtet auf weiteren Widerstand dagegen] | Bd.6, Nr.78 |
| 06.07.1888 | Entscheidung des Reichsgerichts
[Eine Gewerbekrankheit (hier: Bleivergiftung) ist kein Unfall im Sinn des Unfallversicherungsgesetzes; allerdings kann ein Geschädigter eine Zivilklage gegen den Arbeitgeber wegen Verstoß gegen den Arbeitsvertrag erheben] | Bd.2.2, Nr.340 |
| 07.07.1888 | Vermerk des Bremer Senators Dr. Albert Wilhelm Gröning für den Senator Friedrich August Schultz
[Eine negative Haltung zum Gesetzesvorhaben im Bundesrat zu demonstrieren, erscheint zwecklos] | Bd.6, Nr.79 |
| 11.07.1888 | Frankfurter Zeitung und Handelsblatt Nr. 193, Erstes Morgenblatt
[Die Bundesratsausschüsse haben die berechnete öffentliche Kritik an den Grundzügen ignoriert und lediglich der Großindustrie Gehör geschenkt] | Bd.6, Nr.80 |
| 07.08.1888 | Bericht des Polizeileutnants Max Encke an den Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Freiherr von Richthofen
[Eine (sozialdemokratische) Arbeiterversammlung in Berlin lehnt den Gesetzentwurf der Bundesratsausschüsse vor allem wegen der niedrigen Renten, der hohen Altersgrenze und der bürokratischen Organisation ab] | Bd.6, Nr.81 |
| 20.08.1888 | Erlaß des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker
[Der direkte Schriftverkehr des Reichsversicherungsamts mit Zentralbehörden der Bundesstaaten wird eingeschränkt] | Bd.2.2, Nr.341 |
| 26.08.1888 | Schreiben des Varziner Oberförsters Ernst Westphal an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck
[Am Beispiel eines tödlichen Arbeitsunfalls auf Bismarcks Besitz werden die dabei entstehenden Schreibearbeiten für die Amtsvorsteher geschildert] | Bd.2.2, Nr.342 |
| 29.08.1888 | Schreiben des Legationsrats Dr. Georg von Schwartzkoppen an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher
[Bismarck ist mit Hinweis auf den Bericht seines Oberförsters Westphal über die große Schreiblast unterer Verwaltungsbehörden im Zusammenhang mit der Unfallversicherung besorgt] | Bd.2.2, Nr.343 |
| 05.09.1888 | Rede des Reichstagsabgeordneten Franz Hitze auf der 35. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands
[Positive Arbeiterpolitik ist ein Mittel gegen die Entsittlichung der Arbeiter] | Bd.1, Nr.83 |
| 10.-13.09.1888 | Protokoll der Verhandlungen des 25. Kongresses für Innere Mission in Kassel
[Der von Theodor Lohmann in der Denkschrift des Zentralkomitees von 1884 vorgeschlagene Weg einer „Pflege der Beziehungen zu den Arbeitgebern“, „freiwilliger sozialer Wirksamkeit auf dem Grunde des Evangeliums“ und „Pflege von Arbeitervereinigungen“ zur Abwehr der „sozialistischen Irrtümer“ werden in Referaten begründet und in Resolutionspunkten gefordert] | Bd.1, Nr.84 |

15.09.1888	<p>Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung Nr. 37. Ein wahres Wort</p> <p>[Kritik an der Praxis des Unfallversicherungsgesetzes aus sozialdemokratischer Sicht: Die Unfallversicherung hat die frühere Notwendigkeit, langwierige Haftpflichtprozesse zu führen, nunmehr auf langwierige Rekursverfahren verlagert; die Berufsgenossenschaften sind kostspielige „Kapitalistenzünfte“; ironischer Vorschlag, das tendenziell arbeiterfreundliche Reichsversicherungsamt aufgrund des Sozialistengesetzes zu unterdrücken]</p>	Bd.2.2, Nr.344
29.09.1888	<p>Protokoll einer Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller</p> <p>[Der Zentralverband Deutscher Industrieller tritt für eine Reichsversicherungsanstalt ein, akzeptiert die territoriale Organisation aber als zweitbeste Lösung; in Anlehnung an Bismarck werden die Vorteile des Umlageverfahrens betont; Reichszuschuß ist unabdingbar; entsprechende Resolutionen werden verabschiedet]</p>	Bd.6, Nr.82
01.10.1888	<p>Eingabe des Kasseler Schlossers Heinrich Eckhardt und Genossen an Kaiser Wilhelm II.</p> <p>[Die Arbeiter fühlen sich durch die lange Dauer des Beschwerde- bzw. Rekursverfahrens beschwert]</p>	Bd.2.2, Nr.345
06.10.1888	<p>Bericht des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Erich von Woedtke an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher mit Denkschrift</p> <p>[Woedtke entwickelt den Gedanken einer Abstufung der Renten und Beiträge nach Ortsklassen, die sich an den ortsüblichen Tagelöhnen orientieren]</p>	Bd.6, Nr.83
27.10.1888	<p>Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch</p> <p>[Die Abstufung der Beiträge und Renten nach Ortsklassen erscheint kompliziert; Landmann arbeitet weiter an der Beseitigung des „Reichskommissars“ in der Verwaltung der Versicherung]</p>	Bd.6, Nr.84
30.10.1888	<p>Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck</p> <p>[Anfrage, wie mit den Beschlüssen des Reichstags zur Abänderung der Gewerbeordnung verfahren werden soll. Bismarck im Kopfvermerk: Dem Bundesrat vorlegen, aber dort ablehnen]</p>	Bd.3, Nr.173
01.11.1888	<p>Brief des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an seine Frau Gabriele</p> <p>[Bayern vertritt zu sehr partikularistische Positionen im Bundesrat]</p>	Bd.6, Nr.85
09.11.1888	<p>Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban</p> <p>[Bericht über die von der Subkommission beschlossenen Änderungen am Gesetzentwurf der Bundesratsausschüsse]</p>	Bd.6, Nr.86
12.11.1888	<p>Immediatbericht des Präsidenten des Aufsichtsrats der Kaiser-Wilhelms-Spende Otto von Wentzel an den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm II.</p> <p>[Fondszinsen der Kaiser-Wilhelms-Spende werden zur Unterstützung von Arbeiterkolonien verwendet]</p>	Bd.1, Nr.85
16.11.1888	<p>Brief des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an seine Frau Gabriele</p> <p>[Lesung im Bundesrat ist beendet; die Begründung des Entwurfs wird von Landmann revidiert]</p>	Bd.6, Nr.87
19.11.1888	<p>Bericht des sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Außenminister Alfred Graf von Fabrice</p>	Bd.3, Nr.174

- [Bericht über die gegen die Stimmen des Großherzogtums Hessen erfolgte Ablehnung der Reichstagsbeschlüsse zur Frauen- und Kinderarbeit vom 17. Juni 1887 durch den Bundesrat; Karl Heinrich von Boetticher regt erneut informell an, Sachsen solle in der Frage des Arbeiterschutzes initiativ werden]
- 19.11.1888 Bericht des sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Außenminister Alfred Graf von Fabrice Bd.3, Nr.175
[Bericht über die gegen die Stimmen Sachsens erfolgte Ablehnung der Reichstagsbeschlüsse zum Verbot der Sonntagsarbeit vom 7. März 1888 durch den Bundesrat]
- 20.11.1888 Brief des Reichstagsabgeordneten und Präsidenten der bayerischen Kammer der Reichsräte Georg Freiherr von und zu Franckenstein an seine Frau Marie Bd.6, Nr.88
[Unzufriedenheit mit der Politik der Reichstagsparteien; Franckenstein befürchtet große Differenzen in der Reichstagskommission, deren Vorsitz er übernehmen soll]
- 21.11.1888 Bericht des württembergischen Bundesratsbevollmächtigten Dr. Wilhelm von Stieglitz an das Staatsministerium Bd.3, Nr.176
[Bericht über die Ablehnung der Reichstagsbeschlüsse zur Frauen- und Kinderarbeit bzw. zur Sonntagsarbeit durch den Bundesrat]
- 21.11.1888 Bericht des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den Innenminister Maximilian Alexander Freiherr von Feilitzsch Bd.3, Nr.177
[Bericht über die Ablehnung der Reichstagsbeschlüsse zur Frauen- und Kinderarbeit durch den Bundesrat]
- 22.11.1888, 20.02., [01.]03., 05., [06. u. 08.]03., 22.03. u. 11.05.1889 Zusammenstellung der Reichstagsfassungen des Gesetzentwurfs, betr. die Alters- und Invaliditätsversicherung Bd.6, Nr.89
[Die Veränderungen am Bundesratsentwurf vom 22. November 1888 durch den Reichstag werden dokumentiert]
- 30.11.1888 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.2.2, Nr.346
[Ein Kulturtechniker wünscht, von der Tiefbau-Berufsgenossenschaft in die zuständige landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft überzutreten]
- 30.11.1888 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Bd.3, Nr.178
[Übersendung eines Entwurfs von Vorschriften für Spiegelbeleganstalten]
- [Ende November] 1888 Aufzeichnung des Geheimen Oberregierungsrats im Reichsamt des Innern Theodor Lohmann Bd.6, Nr.90
[Die neue Versicherung trägt nicht zur Aussöhnung der Arbeiter mit dem Staat bei, sondern schafft aufgrund ihrer schwerfälligen und bürokratischen Organisation und der vorhersehbaren Schwierigkeiten ihrer Anwendungspraxis neue Unzufriedenheit]
- 01.12.1888 Bericht des Polizeileutnants Maximilian Schmidt an den Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Freiherr von Richthofen Bd.6, Nr.91
[Der Sozialdemokrat Paul Singer agitiert auf einer Berliner Versammlung gegen das Gesetzesprojekt: Es handele sich nicht um eine echte Sozialreform, sondern nur um eine Armenpflereform; das Gesetz werde die Lage der Arbeiter nicht verbessern, sondern sie in noch stärkere Abhängigkeit von Arbeitgebern und Staat bringen]
- 03.12.1888 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.3, Nr.179
[Nach Ablehnung der Reichstagsbeschlüsse zum Arbeiterschutz durch den Bundesrat ist im Reichstag mit heftigen Angriffen gegen den Bundesrat zu rechnen; von Boetticher hält es für angemessen, bei künftigen Arbeiterschutzdebatten dem Reichstag fernzubleiben; dies ist nicht zuletzt aufgrund der uneinheitlichen Haltung der Bundesregierungen notwendig]

04.12.1888	Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Antwort auf den Bericht von Boettichers vom 3. Dezember 1888: Das verfassungsmäßige Verhältnis zwischen Bundesrat und Reichstag ist für das Auftreten der Bundesratsvertreter im Reichstag maßgebend; die verbündeten Regierungen brauchen sich an Reichstagsdebatten nicht zu beteiligen; sie müssen sich erst nach endgültiger Beschlußfassung durch den Reichstag äußern; Bismarck bekräftigt seine ablehnende Position zur Einschränkung der Sonntagsarbeit]	Bd.3, Nr.180
04.12.1888	Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch [Die nationalliberale Reichstagsfraktion tritt mehrheitlich für eine Reichsanstalt ein]	Bd.6, Nr.92
05.12.1888	Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Grundsätzliche Äußerungen aus Anlaß der Eingabe des Kulturtechnikers Wistinghausen: Festgestellte Unstimmigkeiten in der Unfallversicherung müssen schnell beseitigt werden, um die Glaubwürdigkeit der Sozialgesetzgebung zu erhalten]	Bd.2.2, Nr.347
06.12.1888	Brief des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an seine Frau Gabriele [Bericht über den Beginn der Reichstagsdebatte und die Rede des bayerischen Sozialdemokraten Grillenberger]	Bd.6, Nr.93
12.12.1888	Schreiben des preußischen Justizministers Dr. Heinrich von Friedberg an den Landwirtschaftsminister Dr. Robert Freiherr von Lucius von Ballhausen [Beim Betrieb landwirtschaftlicher Maschinen – insbesondere bei Dreschmaschinen – wird häufig fahrlässig gehandelt; Wilhelm II. übt bei Begnadigungen verurteilter Unternehmer Zurückhaltung; die Maßregeln zur Verhütung von Arbeitsunfällen mit landwirtschaftlichen Maschinen müssen besser kontrolliert werden]	Bd.3, Nr.181
16.12.1888	Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken [Trotz großer Widerstände gegen den Gesetzentwurf werde der Reichstag ihm letztlich wohl zustimmen]	Bd.6, Nr.94

1889

11.01.1889	Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die Bundesregierungen [Der Brandschutz in Fabriken soll auf Grundlage des § 120 der Gewerbeordnung verbessert werden]	Bd.3, Nr.182
11.01.1889	Protokoll der ersten Sitzung der VI. Reichstagskommission [Generaldebatte über Organisation, Umfang und Verfahren der Versicherung: geeignete Träger, Kreis der Leistungsempfänger, Abstufung und Erhebung der Beiträge]	Bd.6, Nr.95
14.01.1889	Protokoll der zweiten Sitzung der VI. Reichstagskommission [Beratung über § 1 (Versicherungspflicht) und insbesondere die Einbeziehung von Dienstboten, Hausgewerbetreibenden und Handlungsgehilfen in das Gesetz; Vorschläge zur Ausdehnung auf Hinterbliebene; Diskussion über Eintrittsalter]	Bd.6, Nr.96
15.01.1889	Protokoll der dritten Sitzung der VI. Reichstagskommission [Fortsetzung der Beratung und Abstimmung über § 1 des Entwurfs]	Bd.6, Nr.97
16.01.1889	Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Eduard Theodor Böttcher an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz	Bd.6, Nr.98

[Die ersten Sitzungen der Reichstagskommission zeigen die Schwierigkeit der Materie]

- | | | |
|------------|---|------------------------------|
| 18.01.1889 | <p>Protokoll der sechsten Sitzung der VI. Reichstagskommission
[Beratung über § 7 des Entwurfs: Diskussion um die Altersrente, Senkung der Altersgrenze auf 65 Jahre]</p> | Bd.6, Nr.99 |
| 19.01.1889 | <p>Die Post Nr. 18. Die ausgleichende Tendenz der Sozialreform
[Der Beitragszwang der gesetzlichen Sozialversicherung ist notwendig]</p> | Bd.1, Nr.86 |
| 19.01.1889 | <p>Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher
[Stellungnahme zur Eingabe des Fabrikchlossers Heinrich Eckhardt und Genossen an Kaiser Wilhelm II.]</p> | Bd.2.2, Nr.348 |
| 19.01.1889 | <p>Protokoll der siebten Sitzung der VI. Reichstagskommission
[Fortsetzung der Beratung über § 7 des Entwurfs: Definition von Erwerbsunfähigkeit, „Halbinvalidität“ als Grenzfall]</p> | Bd.6, Nr.100 |
| 21.01.1889 | <p>Protokoll der achten Sitzung der VI. Reichstagskommission
[Fortsetzung der Beratung über § 7 des Entwurfs und die „Halbinvalidität“]</p> | Bd.6, Nr.101 |
| 22.01.1889 | <p>Protokoll der neunten Sitzung der VI. Reichstagskommission
[Fortsetzung der Beratung und Abstimmung über § 7 des Entwurfs: Abgrenzung von der Krankenversicherung]</p> | Bd.6, Nr.102 |
| 22.01.1889 | <p>Denkschrift eines Referenten im Reichsamt des Innern
[Das vorgesehene Prämienverfahren kann ohne Gefahr zugunsten eines periodenweisen Kapitaldeckungsverfahrens aufgegeben werden; Rentenkürzungen können dann entfallen]</p> | Bd.6, Nr.103 |
| 24.01.1889 | <p>Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Eduard Theodor Böttcher an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz
[Die schwierigen Kommissionsdebatten der ersten Lesung über die Altersgrenze und die Definition der Invalidität sind abgeschlossen: Die „Halbinvalidität“ bleibt als Versicherungsfall ausgeschlossen; die Altersgrenze wurde auf 65 Jahre gesenkt]</p> | Bd.6, Nr.104 |
| 03.02.1889 | <p>Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken
[Die dienstlich erzwungenen Erklärungen im Reichstag zur Stellung des Bundesrats zur Sonntagsarbeit sind Lohmann widerwärtig. – Das Gesetzesprojekt betr. die Alters- und Invaliditätsversicherung birgt Gefahren für die Entwicklung von Staat und Gesellschaft]</p> | Bd.3, Nr.183
Bd.6, Nr.105 |
| 06.02.1889 | <p>Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Vorstände der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften
[Die hohen Zahlen der in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung erfaßten Arbeitsunfälle beweisen die Notwendigkeit des Erlasses von Unfallverhütungsvorschriften durch die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften]</p> | Bd.2.2, Nr.349 |
| 06.02.1889 | <p>Bericht des Berliner Brauereidirektors Richard Roesicke über eine Audienz bei Kaiser Wilhelm II.
[Wilhelm II. läßt sich über den Stand der Vorbereitungsarbeiten zur Unfallverhütungsausstellung informieren; grundsätzliche positive Äußerungen des Kaisers zum Ausbau von Unfallverhütung und Arbeiterschutz]</p> | Bd.2.2, Nr.350 |
| 06.02.1889 | <p>Kölnische Volkszeitung und Handelsblatt Nr. 36, Erstes Blatt (Morgenausgabe). Eine ernste Entscheidung
[Der Reichszuschuß verkörpert die staatssozialistische Tendenz des neuen Gesetzes und darf von der Zentrumsfraktion auf keinen Fall akzeptiert werden]</p> | Bd.6, Nr.106 |

07.02.1889	Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Eduard Theodor Böttcher an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz [Die Reichstagskommission hat wichtige Änderungen am Entwurf vorgenommen: periodenweise Kapitaldeckung statt Prämienverfahren, Rentenkürzungen entfallen, Lohnklassen statt Ortsklassen]	Bd.6, Nr.107
09.02.1889	Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch [Die Reichstagskommission hat in erster Lesung das territoriale Organisationsprinzip des Bundesratsentwurfs angenommen]	Bd.6, Nr.108
13.02.1889	Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch [Die Reichstagskommission hat Staatskommissare in der Verwaltung der Versicherung akzeptiert]	Bd.6, Nr.109
14.02.1889	Kölnische Volkszeitung und Handelsblatt Nr. 44, Erstes Blatt (Morgenausgabe). Nochmals der Reichszuschuß [Appell an die Mitglieder des Zentrums, das Gesetz geschlossen abzulehnen]	Bd.6, Nr.110
19.02.1889	Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Eduard Theodor Böttcher an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz [Die Reichstagskommission hat beschlossen, Quittungskarten anstelle der Quittungsbücher zu setzen und Alterssparkassen für freiwillige Sparleistungen der Versicherten einzurichten]	Bd.6, Nr.111
20.02.1889	Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Eduard Theodor Böttcher an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz [Die erste Lesung in der Reichstagskommission ist beendet; einige sozialpolitisch günstigere Bestimmungen wurden beschlossen]	Bd.6, Nr.112
22.02.1889	Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim [Staatsminister v. Boetticher steht absolut loyal zum Bundesratsentwurf zur territorialen Organisation]	Bd.6, Nr.113
26.02.1889	Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz Nr. 16, Abendausgabe. Der Antrag Oechelhäuser – Ein Beitrag zur Alters- und Invalidenversicherung [Der Antrag auf Einrichtung von Alterssparkassen bringt eine unnötige Komplizierung]	Bd.6, Nr.114
01.03.1889	Jahresbericht des kommissarischen Fabrikinspektors Karl Grünewald an die Regierung Düsseldorf [Positive und negative Erfahrungen mit der Unfallverhütung seitens der Berufsgenossenschaften; eine Vereinheitlichung der Unfallverhütungsvorschriften ist notwendig]	Bd.2.2, Nr.351
07.03.1889	Protokoll der 32. Sitzung der VI. Reichstagskommission [Die zweite Beratung über § 1 des Entwurfs führt zum Ausschluß der Apothekergehilfen und -lehrlinge]	Bd.6, Nr.115
07.03.1889	Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch [Die „freie Kommission“ hat ihre Abänderungsanträge zu den Beschlüssen der Reichstagskommission in erster Lesung beschlossen]	Bd.6, Nr.116
08.03.1889	Protokoll der 33. Sitzung der VI. Reichstagskommission [Zweite Beratung über die §§ 7, 7a und 7b: Die Altersgrenze wird wieder auf 70 Jahre	Bd.6, Nr.117

festgesetzt und die Erwerbsunfähigkeit restriktiver definiert]

- | | | |
|------------|---|----------------|
| 10.03.1889 | <p>Schreiben des Vorsitzenden des Verbands der Deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften Bernhard Felisch an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker</p> <p>[Zur Kontrolle der Lohnnachweise der Betriebsunternehmer ist für die Berufsgenossenschaften Einsicht in Krankenkassenbücher notwendig]</p> | Bd.2.2, Nr.352 |
| 24.03.1889 | <p>Brief des Reichstagsabgeordneten und Präsidenten der bayerischen Kammer der Reichsräte Georg Freiherr von und zu Franckenstein an seine Frau Marie</p> <p>[Franckenstein ist nicht bereit, zugunsten der „Doktrinäre“ seiner Fraktion seine Zustimmung zum Gesetz aufzugeben]</p> | Bd.6, Nr.118 |
| 26.03.1889 | <p>Bericht der Zentralwerkstätte Nürnberg an die Generaldirektion der bayerischen Staatseisenbahnen</p> <p>[Die Alters- und Invalidenversorgung der Eisenbahnarbeiter hat positive Auswirkungen auf „Geist und Gesinnung“ der Arbeiter]</p> | Bd.6, Nr.119 |
| 28.03.1889 | <p>Resolution des Deutschen Landwirtschaftsrats mit Begründung</p> <p>[Zustimmung zum Gesetzentwurf bei gleichzeitigem Wunsch nach Einbeziehung der Kleinbauern und Rückkehr zum System der Ortsklassen]</p> | Bd.6, Nr.120 |
| 29.03.1889 | <p>Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch</p> <p>[Zu Beginn der zweiten Lesung im Reichstagsplenum ist unklar, ob das Gesetz eine Mehrheit bekommen wird]</p> | Bd.6, Nr.121 |
| 30.03.1889 | <p>Brief des Reichstagsabgeordneten und Präsidenten der bayerischen Kammer der Reichsräte Georg Freiherr von und zu Franckenstein an seine Frau Marie</p> <p>[Die Reichstagsdebatte über § 1 bringt die tiefen Konflikte im Zentrum ans Licht]</p> | Bd.6, Nr.122 |
| 01.04.1889 | <p>Eingabe Geislinger Metallarbeiter an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck</p> <p>[Den Arbeitern ist vor allem die Witwen- und Waisenversorgung ein dringendes Bedürfnis]</p> | Bd.6, Nr.123 |
| 02.04.1889 | <p>Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch</p> <p>[Die Reichstagsdebatte über die Altersrente führt zur Beibehaltung der Altersgrenze von 70 Jahren]</p> | Bd.6, Nr.124 |
| 03.04.1889 | <p>Schreiben des Reichstagsabgeordneten Julius Graf von Mirbach an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz von Rottenburg</p> <p>[Das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz schadet den Regierungsparteien; die Zustimmung der Konservativen ist nur zu erlangen, wenn man sich auf die Einheitsrente einigt]</p> | Bd.6, Nr.125 |
| 06.04.1889 | <p>Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim</p> <p>[Der Gegensatz zwischen Windthorst und Franckenstein ist durch das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz schärfer als je zuvor; die Zentrumsfraktion wird sich aber wohl um eine Versöhnung mit Franckenstein bemühen]</p> | Bd.6, Nr.126 |
| 11.04.1889 | <p>Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch</p> <p>[Die Reichstagsdebatte über das Organisationsprinzip führt zur Beibehaltung der Landesversicherungsanstalten]</p> | Bd.6, Nr.127 |
| 13.04.1889 | <p>Posener Zeitung Nr. 262, Morgenausgabe. Eine Aufgabe für die Parlamentsferien</p> | Bd.6, Nr.128 |

- [Der Gesetzentwurf ist von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung, erfreut sich aber weder im Reichstag noch in der Öffentlichkeit großer Unterstützung und sollte daher vertagt werden]
- 22.04.1889 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Bd.6, Nr.129
[Die Arbeiterversicherungspolitik dient der Erhaltung der politischen Macht der besitzenden Klassen durch materielle Zugeständnisse an die Arbeiterklasse, der die politische Gleichberechtigung verweigert wird]
- 22.04.1889 Schreiben des Reichstagsabgeordneten Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz von Rottenburg Bd.6, Nr.130
[Graf Mirbach mobilisiert die ostpreußische Landwirtschaft gegen das Gesetz; es muß versucht werden, das zu verhindern]
- 24.04.1889 Resolution des ostpreußischen landwirtschaftlichen Zentralvereins Bd.6, Nr.131
[Der ostpreußische Interessenverband lehnt den Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form ab und verlangt zumindest die Einheitsrente]
- 24.04.1889 Resolution des Zentralvereins westpreußischer Landwirte Bd.6, Nr.132
[Die westpreußischen Landwirte lehnen das Gesetz ab, weil es in der Region keinen positiven sozialpolitischen Nutzen hat, die Landwirte dagegen finanziell zu stark belastet]
- 25.04.1889 Schreiben des Reichstagsabgeordneten Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz von Rottenburg Bd.6, Nr.133
[Die ostpreußischen Landwirte sind für die Agitation v. Mirbachs leicht zu gewinnen, weil sie unzufrieden mit der Steuer- und Wirtschaftspolitik sind]
- 26., 29.04. u. 30.05.1889 Fränkische Tagespost Nr.97 [u. Nr.99 u. Nr.117]. Sitzung des Schiedsgerichts der II. Sektion der Süddeutschen Stahl- und Eisen-Berufsgenossenschaft Bd.2.2, Nr.354
[Bericht über eine Schiedsgerichtssitzung mit Einzelfallschilderungen]
- 27.04.1889 Schreiben des Reichstagsabgeordneten Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz von Rottenburg Bd.6, Nr.134
[Graf Mirbach wird sich an der nächsten Reichstagsdebatte über das Gesetz beteiligen]
- 30.04.1889 Deutscher Reichs-Anzeiger und Königlich Preußischer Staats-Anzeiger Nr. 103 Bd.2.2, Nr.353
[Bericht über die Eröffnung der Unfallverhütungsausstellung durch Kaiser Wilhelm II.]
- 30.04.1889 Sitzungsprotokoll des Kronrats Bd.3, Nr.184
[Bismarck spricht sich gegen die geltenden Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für jugendliche Arbeiter aus; Ablehnung einer für alle gültigen zwangsweisen Beschränkung der Beschäftigung]
- 30.04.1889 Bericht des Gesandten Ferdinand Graf von Zeppelin an den württembergischen Außenminister Dr. Hermann Freiherr von Mittnacht Bd.6, Nr.135
[Der Kaiser legt großen Wert auf das Zustandekommen des Gesetzes]
- 30.04.1889 Bericht des preußischen Gesandten in München Kuno Graf zu Rantzau an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.6, Nr.136
[Der Widerstand gegen das Gesetz ist in Bayern nicht groß]
- 30.04.1889 Allgemeine Zeitung Nr. 119 (München), Abendblatt. Die Agitation gegen die Alters- und Invaliditätsversicherung Bd.6, Nr.137
[Der Gesetzentwurf ist in der Öffentlichkeit, im Reichstag und in der Kommission ausführlich erörtert worden und kann daher in dieser Session entschieden werden]

02.05.1889	Ordre des Großherzogs von Baden Friedrich I. an den Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban [Zur Durchsetzung der von der Schweiz vorgeschlagenen internationalen Arbeiterschutzkonferenz sollen sich Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg gegen Preußen verständigen]	Bd.3, Nr.185
03.05.1889	Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Die sächsischen „Ordnungsparteien“ unterstützen den Gesetzentwurf]	Bd.6, Nr.138
04.05.1889	Schreiben des Reichstagsabgeordneten Julius Graf von Mirbach an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz von Rottenburg [Die Alters- und Invaliditätsversicherung schädigt die östlichen Provinzen sowohl wirtschaftlich wie auch politisch durch Überforderung der Selbstverwaltung]	Bd.6, Nr.139
06.05.1889	Bericht des badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban an Großherzog Friedrich I. [Die Teilnahme Deutschlands an der von der Schweiz vorgeschlagenen internationalen Arbeiterschutzkonferenz ist durch die Verhaftung des deutschen Polizeinspektors Wohlgemuth in der Schweiz gefährdet]	Bd.3, Nr.186
09.05.1889	Schreiben des Reichstagsabgeordneten Julius Graf von Mirbach an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz von Rottenburg [Graf Mirbach wird in der dritten Lesung des Gesetzes nicht mehr hervortreten]	Bd.6, Nr.140
11.05.1889	Sitzungsprotokoll einer Konferenz mehrerer landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften im Reichsversicherungsamt [Die Vertreter der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften halten den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften in der Landwirtschaft für verfrüht]	Bd.2.2, Nr.355
12.05.1889	Bericht des hanseatischen Ministerresidenten Dr. Daniel Christian Friedrich Krüger an den Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Dr. Karl Friedrich Petersen [Bericht über den Abschluß der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs im Reichstag]	Bd.6, Nr.141
16.05.1889	Brief des Reichstagsabgeordneten und Präsidenten der bayerischen Kammer der Reichsräte Georg Freiherr von und zu Franckenstein an seine Frau Marie [Die Gräben in der Zentrumsfraktion im Streit um das Gesetz sind tief; Franckenstein wurde aber als Vorsitzender bestätigt]	Bd.6, Nr.142
18.05.1889	Runderlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an die Bezirksregierungen [Vorschriften für die Produktion von Quecksilberspiegeln: Detaillierte Vorgaben über Arbeitsräume; Begrenzung der Arbeit mit Quecksilber auf täglich acht Stunden im Winter bzw. sechs Stunden im Sommer; ärztliche Untersuchungen der Arbeiter alle vierzehn Tage; Schutzkleidung; Speiseräume; Waschräume]	Bd.3, Nr.187
18.05.1889	Rede des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck im Reichstag [In seiner letzten Reichstagsrede ermahnt Bismarck die regierungstreuen Parteien, das Versicherungsprojekt im nationalen Interesse zu unterstützen]	Bd.6, Nr.143
24.05.1889	Frankfurter Zeitung und Handelsblatt Nr. 144, Abendausgabe. Politische Übersicht [Das Zustandekommen des Altersversicherungsgesetzes ist ein Erfolg für die Kartellpolitik; das Gesetz ist ein Schritt auf dem Weg zu umfassenderen Sozialreformen]	Bd.6, Nr.144

24.05.1889	Gedicht von Robert Bosse [Die Mitglieder der VI. Reichstagskommission werden in scherzhafter Weise charakterisiert und ihre spezifischen Leistungen für das Gesetz hervorgehoben]	Bd.6, Nr.145
29.05.1889	Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm II. [Die am Zustandekommen des Gesetzes hauptsächlich beteiligten Beamten im Reichsamt des Innern und Bundesratsbevollmächtigten werden für Ordensauszeichnungen vorgeschlagen]	Bd.6, Nr.146
05.06.1889	Münchener Post. Die Krönung des Gebäudes [Positives Bild der Gesetzgebung zur Sozialversicherung, bei der noch die Witwen- und Waisenversorgung fehlt; Defizite in den Bereichen Arbeiterschutz und Arbeiterrecht]	Bd.1, Nr.87
06.06.1889	Bericht des badischen Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban [Eine Zusage Deutschlands zu der von der Schweiz vorgeschlagenen internationalen Arbeiterschutzkonferenz ist nicht zu erwarten]	Bd.3, Nr.188
07.06.1889	Bericht des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts Herbert Graf von Bismarck an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Eine Teilnahme Deutschlands an der von der Schweiz vorgeschlagenen internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Bern wird kaum zu umgehen sein; die Affäre des in der Schweiz verhafteten Polizisten Wohlgemuth wird als mögliche Begründung für eine eventuelle Nichtteilnahme genannt; Bismarck in Randbemerkungen: Ablehnung der Teilnahme; die Affäre Wohlgemuth soll hierfür als Vorwand benutzt werden]	Bd.3, Nr.189
12.06.1889	Bericht des badischen Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban [Der Gesandte berichtet über das Schreiben des Auswärtigen Amts vom 7. Juni 1889 und den negativen Reaktionen Bismarcks: Die Reichsregierung nimmt eine ablehnende Haltung gegenüber der von der Schweiz vorgeschlagenen internationalen Arbeiterschutzkonferenz ein]	Bd.3, Nr.190
14., 15., 17. u. 19.6.1889	Conservative Correspondenz Nr. 117 – 120. Sozialpolitische Zeit- und Streitfragen [Allgemeine Ausführungen zur gewerbe- und sozialpolitischen Gesetzgebung aus konservativer Sicht unter dem Eindruck des Bergarbeiterstreiks; der Staat hat das Recht, in wirtschaftliche Angelegenheiten einzugreifen; die Sozialdemokratie muß niedergehalten werden; eine behutsame Sozialreform ist notwendig; Handlungsbedarf besteht insbesondere hinsichtlich des Arbeiterschutzes und der Einrichtung von Einigungsämtern]	Bd.1, Nr.88
15.06.1889	Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm II. [Die wichtigsten Veränderungen am Gesetzentwurf durch den Reichstag werden skizziert: freiwillige Versicherung; periodenweises Kapitaldeckungsverfahren; Lohnklassensystem; einheitlicher Reichszuschuß von 50 Mark pro Rente; Beitragserstattungen an ausscheidende Frauen und Hinterbliebene; Quittungskarten; Übergangsbestimmungen auch für Invalidenrenten]	Bd.6, Nr.147
17.06.1889	Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts [Als Folge eines Arbeitsunfalls ist das Krankheitsbild der „traumatischen Neurose“ entschädigungsfähig]	Bd.2.2, Nr.356
20.06.1889	Aufruf von Glasarbeitern des Großherzogtums Oldenburg [Zur Anbahnung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung soll der Glasarbeiterführer Georg Horn als Delegierter zum internationalen Arbeiterkongreß nach Paris entsandt werden]	Bd.3, Nr.191

- 22.06.1889 **Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung** Bd.6, Nr.148
 [Versicherungszwang für alle Arbeitnehmer mit Ausnahme der Angestellten über 2000 Mark Jahreseinkommen und der Beamten; Altersrenten bei einem Alter von 70 Jahren, Invalidenrenten bei dauernder Erwerbsunfähigkeit, die nicht von der Unfallversicherung gedeckt ist; periodenweise Kapitaldeckung durch die zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragenen Beiträge, der Reichszuschuß beträgt 50 RM jährlich pro Rente; Lohnklassen staffeln Renten und Beiträge; Versicherungsanstalten sind als Länderbehörden Versicherungsträger; Ausschüsse mit paritätischer Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbesetzung und Schiedsgerichte sind weitere Organe; Beitragsverfahren durch Marken und Quittungskarten; Möglichkeiten zur freiwilligen (Weiter-)Versicherung]
- 27.06.1889 Vossische Zeitung Nr. 294/295. Deutscher Berufsgenossenschaftstag Bd.2.2, Nr.357
 [Bericht über den III. Berufsgenossenschaftstag]
- 03.07.1889 Bericht der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen an den preußischen Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten Dr. Gustav von Goßler Bd.3, Nr.192
 [Die Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen beantragt, auf ihrer nächsten Sitzung sanitätspolizeiliche Maßregeln zum Schutz der Frauenarbeit zu erörtern]
- 13.07.1889 Neue Preußische Zeitung Nr. 321, Morgenausgabe. Adolph Wagner: Sozialpolitische Glossen zur jüngsten Arbeiterbewegung. VII. Die Bürgschaften des inneren Friedens Bd.1, Nr.89
 [An den in den Motiven zur ersten Unfallversicherungsvorlage und in der Kaiserlichen Sozialbotschaft geäußerten Zielen muß festgehalten werden, auch wenn eine Versöhnung der Arbeiter mit dem Staat bisher gescheitert ist]
- 17.07.1889 Brief des Abteilungsdirektors im Reichsamt des Innern Robert Bosse an den Pfarrer Friedrich Meyer Bd.6, Nr.149
 [Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz ist in mancher Hinsicht mangelhaft, vor allem durch die Abänderungen des Reichstags; langfristig wird es aber positive sozialpolitische Auswirkungen zeigen]
- 18.07.1889 Neue Preußische Zeitung Nr. 329, Morgenausgabe. Adolph Wagner: Sozialpolitische Glossen zur jüngsten Arbeiterbewegung. VIII. Die Mittel und Wege zur Herstellung inneren sozialen Friedens Bd.1, Nr.90
 [Die Gesetzgebung zum Arbeiterschutz ist unvollkommen; der Ausbau des Arbeiterschutzes kann den sozialen Frieden sichern; Ausführungen zur Sonntagsruhe mit antisemitischer Tendenz]
- 19.07.1889 Protokoll des Internationalen Arbeiterkongresses in Paris Bd.3, Nr.193
 [Rede des Delegierten Georg Horn: Bericht über die Verhältnisse in der deutschen Glasindustrie, Forderung nach einem Normalarbeitstag von acht Stunden, Verbot der Sonntagsarbeit, Verbot der Kinderarbeit und hygienischen Schutzvorkehrungen; Rede der Delegierten Klara Zetkin: gegen Beschränkung der Frauenarbeit; besondere Forderungen zum Frauenschutz sollen nur hinsichtlich schwangerer Frauen gestellt werden; von Zetkins Position abweichender Beschluß des Kongresses zum Ausbau des Arbeiterschutzes]
- 24.07.1889 Bericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Bd.3, Nr.194
 [Anfrage, ob der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen gestattet werden soll, über sanitätspolizeiliche Maßregeln zum Schutz von Arbeiterinnen zu beraten; Bismarck in der Randbemerkung: Ablehnung]
- 26.08.1889 Rede des Reichstagsabgeordneten Ferdinand Graf von Galen auf der 36. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands Bd.1, Nr.91
 [Über Grundlagen christlicher Ethik; Plädoyer für Durchführung ständestaatlicher Politik elemente; Bericht über die sozialpolitische Tätigkeit der Zentrumsfraktion im Reichstag]

29.08.1889	Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Vorstände der Berufsgenossenschaften [Es kann nicht hingenommen werden, daß Unternehmer sich mit Hinweis auf die Unfallverhütungsvorschriften ihrer Berufsgenossenschaft den Anweisungen der Fabrikinspektoren widersetzen]	Bd.2.2, Nr.358
02.09.1889	Eingabe von Arbeitern der Firma Fried. Krupp an den Düsseldorfer Fabrikinspektor Gustav Bielinski [Beschwerde über ungesetzliche Sonntagsarbeit und überlange Arbeitszeiten bei Krupp]	Bd.3, Nr.195
16.09.1889	Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 36. Deutsche Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit [Die Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit wird wegen Zahlungsunfähigkeit aufgelöst]	Bd.6, Nr.150
17.09.1889	Bericht der Handelskammer Neuss an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck [Kritik an zu geringen Leistungen und zu hohen Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften]	Bd.2.2, Nr.359
Oktober 1889	Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrats Karl Gamp für den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck [Regierungsseitige Aufarbeitung des Bergarbeiterstreiks: die Ausstände lassen sich nur bedingt mit der materiellen Lage der Arbeiter erklären; zur Problematik der Kohlenvorräte; Gefahr der Wiederaufnahme der Streiks. Im wesentlichen konservative Vorschläge zur Pazifizierung, die von Bismarck nur teilweise akzeptiert werden; im einzelnen: der Staat soll Bergwerke ankaufen; jugendliche Arbeiter sollen durch Lohnzahlung an die Eltern diszipliniert werden; erwachsene Arbeiter sollen durch Schaffung von Haus- und Grundbesitz von Streiks abgehalten werden; Förderung von Konsumvereinen; Einrichtung von Arbeiterausschüssen wird befürwortet; Forderung nach verschärfter strafrechtlicher Verfolgung Streikender und unterstützender Journalisten; Einsatz von Strafgefangenen in Bergwerken zur Sicherung der Produktion; Verbesserung der Ausbildung der Bergarbeiter]	Bd.1, Nr.92
[November] 1889	Aufzeichnungen des Geheimen Oberregierungsrats im Reichsamt des Innern Theodor Lohmann [Grundlegende Kritik der Bismarckschen Arbeiterpolitik; eine Hebung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Arbeiter ist notwendig; die bisherige Gesetzgebung ist zur Aussöhnung der Arbeiterschaft nicht geeignet]	Bd.1, Nr.93
Dezember 1889	Denkschrift des Geheimen Regierungsrats Dr. Georg Hinzpeter für Kaiser Wilhelm II. [Populärhistorische Ausführungen über die Entstehung der Arbeiterbewegung in Deutschland; Schlußplädoyer für eine organisierte Arbeiterbewegung]	Bd.1, Nr.94
19.12.1889	Volkwohl Nr. 51. Was haben die Arbeiter schon jetzt zur Sicherung der Invaliden- und Altersrente zu tun? [Die Übergangsbestimmungen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes ermöglichen den Rentenbezug auch für Arbeiter, die schon bald nach Inkrafttreten des Gesetzes invalide werden oder die Altersgrenze erreichen; es wird geraten, sich rechtzeitig um die Beschäftigungsnachweise und Bescheinigungen für Ausfallzeiten zu kümmern, da sie Voraussetzung für den Bezug der Rente sind]	Bd.6, Nr.151
1890		
05.01.1890	Bericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Wilhelm II. will den preußischen Landtag nur dann persönlich eröffnen, wenn er ein Arbeiterschutzgesetz ankündigen kann]	Bd.1, Nr.95

07.01.1890	Schreiben des Wirklichen Geheimen Legationsrats im Auswärtigen Amt Friedrich von Holstein an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Argumentationshilfe für den bevorstehenden Besuch von Boettichers bei Bismarck: Eine Rede Bismarcks im laufenden Wahlkampf könne diesem nur schaden; ein Entgegenkommen in der Arbeiterschutzfrage gäbe dem Reichskanzler Handlungsfreiheit]	Bd.1, Nr.96
09.01.1890	Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice [Wilhelm II. favorisiert eine Arbeiterschutzgesetzgebung; Ablehnung derselben durch Bismarck mit Rücktrittsdrohung]	Bd.1, Nr.97
13.01.1890	Bericht des Gesandten Ferdinand Graf von Zeppelin an den württembergischen Außenminister Dr. Hermann Freiherr von Mittnacht [Wilhelm II. wünscht ein Arbeiterschutzgesetz auch gegen den Widerstand Bismarcks]	Bd.1, Nr.98
15.01.1890	Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice [Auf Initiative Wilhelm II. will Sachsen einen eigenen Gesetzentwurf zum Arbeiterschutz in den Bundesrat einbringen, was noch vor den Reichstagswahlen geschehen soll; von Boetticher will hierfür Materialien aus dem Reichsamt des Innern zur Verfügung stellen]	Bd.1, Nr.99
15.01.1890	Bericht des Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Außenminister Dr. Ludwig Turban [Sachsen will im Bundesrat einen eigenen Gesetzentwurf zum Arbeiterschutz einbringen]	Bd.1, Nr.100
15.01.1890	Rede des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher zur Eröffnung der II. Session der 17. Legislaturperiode des preußischen Landtags [Nur unkonkrete Ausführungen zur Arbeiterpolitik]	Bd.1, Nr.101
15.01.1890	Brief des Geheimen Legationsrats im Auswärtigen Amt Dr. Paul Kayser an den Legationsrat Dr. Philipp Graf zu Eulenburg und Hertefeld [Kayser übermittelt eine sozialpolitische Denkschrift mit Vorschlägen zum Ausbau des Arbeiterschutzes und der Einrichtung von Arbeiterausschüssen; in den staatlichen Bergwerken sollen langjährige Arbeiter Beamtenstatus erhalten]	Bd.1, Nr.102
15.01.1890	Brief des Wirklichen Geheimen Legationsrats im Auswärtigen Amt Friedrich von Holstein an den Legationsrat Dr. Philipp Graf zu Eulenburg und Hertefeld [Von Holstein kennt die sozialpolitischen „Vorschläge“ Paul Kaysers und ist über den geplanten sächsischen Arbeiterschutzantrag informiert]	Bd.1, Nr.103
16.01.1890	Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Craillsheim [Bericht über Differenzen zwischen Wilhelm II. und Bismarck; der geplante sächsische Arbeiterschutzantrag ist von Wilhelm II. initiiert]	Bd.1, Nr.104
16.01.1890	Geschäftsbericht der Sächsischen Altersrentenbank für die Jahre 1887 und 1888 [Die Einlagen bei der Altersrentenbank sind weiter gestiegen; auch immer mehr Renten kommen zur Auszahlung]	Bd.6, Nr.152
19.01.1890	Brief des Geheimen Legationsrats Dr. Paul Kayser an den Legationsrat Dr. Philipp Graf zu Eulenburg und Hertefeld [Um eine Wiederaufnahme der Arbeiterstreiks zu verhindern, schlägt Kayser einen Erlaß Wilhelm II. an das Staatsministerium auf Grundlage seiner sozialpolitischen „Vorschläge“ vor]	Bd.1, Nr.105
20.01.1890	Brief des Legationsrats Dr. Philipp Graf zu Eulenburg und Hertefeld an den deut-	Bd.1, Nr.106

sehen Kaiser und preußischen König Wilhelm II.

[Graf zu Eulenburg und Hertefeld leitet Wilhelm II. die „Vorschläge“ Paul Kaisers vom 15.1.1890 und dessen Brief vom 19.1.1890 zu]

- | | | |
|--------------|---|--------------|
| 20.01.1890 | <p>Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice</p> <p>[Sachsen kann sich bei der Ausarbeitung seines Arbeiterschutzantrags nicht auf Materialien aus dem Reichsamt des Innern stützen, die Karl Hofmann beseitigt hat; der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach will den sächsischen Antrag unterstützen]</p> | Bd.1, Nr.107 |
| 20.01.1890 | <p>Erlaß des sächsischen Außenministers Alfred Graf von Fabrice an den Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen</p> <p>[Der sächsische Arbeiterschutzantrag wird nicht vor den Reichstagswahlen fertiggestellt werden können; auf Hinzuziehung von Materialien aus dem Reichsamt des Innern wird verzichtet, um Bismarck nicht zu desavouieren]</p> | Bd.1, Nr.108 |
| 21.01.1890 | <p>Denkschrift Kaiser Wilhelm II.</p> <p>[Wilhelm II. legt seine sozialpolitischen Anschauungen dar; dabei nennt er seine Ratgeber; ein Erlaß an das Staatsministerium mit einem sozialpolitischen Programm soll ihm vorgelegt werden; die Denkschrift folgt weitgehend den Ausführungen Paul Kaisers]</p> | Bd.1, Nr.109 |
| 23.01.1890 | <p>Schreiben des sächsischen Innenministers Hermann von Nostitz-Wallwitz an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice</p> <p>[Die Reichsbehörden können nunmehr offiziell über die Absicht eines sächsischen Arbeiterschutzantrags informiert werden]</p> | Bd.1, Nr.110 |
| 23.01.1890 | <p>Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice</p> <p>[Herbert Graf von Bismarck wurde über die Absicht Sachsens unterrichtet, einen Arbeiterschutzantrag in den Bundesrat einzubringen]</p> | Bd.1, Nr.111 |
| [24.]01.1890 | <p>Schreiben des Korrespondenten der Kölnischen Zeitung Dr. Franz Fischer an seinen Verleger Dr. Josef Neven DuMont</p> <p>[Bericht über die Konflikte zwischen Wilhelm II. und Bismarck, die als vorübergehend eingeschätzt werden]</p> | Bd.1, Nr.112 |
| 24.01.1890 | <p>Sitzungsprotokoll des preußischen Kronrats</p> <p>[Wilhelm II. äußert sich über die Arbeiterfrage; eine Wiederaufnahme der Streiks ist zu befürchten; ein umfassender sozialpolitischer Erlaß an das Staatsministerium soll ausgearbeitet werden; Gegenrede Bismarcks; kontroverse Debatte bezüglich der Haltung der Regierung in der dritten Lesung der Verlängerung des Sozialistengesetzes]</p> | Bd.1, Nr.113 |
| 24.01.1890 | <p>Beschluß des Reichstags</p> <p>[Der Bundesrat wird aufgefordert, ein Arbeiterschutzgesetz vorzulegen]</p> | Bd.3, Nr.196 |
| 25.01.1890 | <p>Rede Kaiser Wilhelm II. zum Schluß des 7. Reichstags</p> <p>[Wilhelm II. sieht es als seine Aufgabe an, die von seinem Großvater begonnene Arbeiterversicherungsgesetzgebung gemeinsam mit dem Reichstag fortzuführen]</p> | Bd.1, Nr.114 |
| 26.01.1890 | <p>Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums</p> <p>[Der von Wilhelm II. in der Kronratsitzung vom 24.1.1890 geforderte sozialpolitische Erlaß an das Staatsministerium soll von Karl Heinrich von Boetticher ausgearbeitet werden]</p> | Bd.1, Nr.115 |
| 27.01.1890 | <p>Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm II.</p> <p>[Rücktritt Bismarcks vom Amt des preußischen Handelsministers; Hans Freiherr von Berlepsch wird Nachfolger]</p> | Bd.1, Nr.116 |

27.01.1890	Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten Albert von Maybach [Bismarck informiert von Maybach über seinen Rücktritt als preußischer Handelsminister]	Bd.1, Nr.117
28.01.1890	Schreiben des sächsischen Bundesratsbevollmächtigten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher [Das Reichsamt des Innern wird nun offiziell von der Absicht Sachsens unterrichtet, einen Entwurf für ein Arbeiterschutzgesetz in den Bundesrat einzubringen]	Bd.1, Nr.118
29.01.1890	Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1889 [Jahresbericht des Reichsversicherungsamts über seine Tätigkeiten]	Bd.2.2, Nr.360
30.01.1890	Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice [Bericht über eine Unterredung mit Bismarck: Der Reichskanzler informiert den Gesandten über den Konflikt mit Wilhelm II., seinen Rücktritt als Handelsminister und über weitere Rückzugspläne]	Bd.1, Nr.119
30.01.1890	Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice [Angesichts des Konflikts zwischen Bismarck und Wilhelm II. um den Erlaß an das Staatsministerium ist eine dilatorische Behandlung des sächsischen Arbeiterschutzantrags erwägenswert]	Bd.1, Nr.120
30.01.1890	Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen [Bismarck fordert die sächsische Regierung auf, ihren Arbeiterschutzantrag erst nach den Reichstagswahlen in den Bundesrat einzubringen]	Bd.1, Nr.121
30.01.1890	Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim [Lagebericht über die Kanzlerkrise; Bericht über eine Unterredung mit Bismarck, der für den Fall der Einbringung des sächsischen Arbeiterschutzantrags mit Rücktritt droht]	Bd.1, Nr.122
31.01.1890	Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff [Bismarck wünscht Hintergrundinformationen zum geplanten sächsischen Arbeiterschutzantrag]	Bd.1, Nr.123
31.01.1890	Bericht des Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Außenminister Dr. Ludwig Turban [Lagebericht zum Konflikt zwischen Bismarck und Wilhelm II.]	Bd.1, Nr.124
31.01.1890	Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim [Prinzipielle Ausführungen zum Konflikt zwischen Bismarck und Wilhelm II.; ein Rücktritt Bismarcks ist nicht zu erwarten]	Bd.1, Nr.125
31.01.1890	Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice [Wilhelm II. drängt auf Vorlage des sächsischen Arbeiterschutzantrags; Wilhelm II. sucht den Konflikt mit Bismarck in der Arbeiterschutzfrage]	Bd.1, Nr.126
31.01.1890	Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums [Bismarck teilt dem Staatsministerium seinen Rücktritt als preußischer Handelsminister mit;	Bd.1, Nr.127

Beratung eines Erlaßentwurfs zum Arbeiterschutz, den von Boetticher vorlegt; Bismarck schlägt eine Aufteilung des Erlasses in eine äußere, an den Reichskanzler gerichtete Seite und eine innere, an die preußischen Ressortminister gerichtete Seite vor; Zustimmung des mittlerweile erschienenen Kaisers zu diesem Vorgehen; der sächsische Arbeiterschutzantrag soll erst nach den Reichstagswahlen behandelt werden]

- | | | |
|--------------|--|--------------|
| [01.]02.1890 | Erlaß des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm II. an den Minister der öffentlichen Arbeiten Albert von Maybach und den Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch (Erstfassung)
[Erstfassung des nunmehr zweigeteilten Erlasses (Teil für die preußischen Ressortminister): Die Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung soll ausgebaut werden; das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern soll geregelt werden; zur Beratung hierüber soll eine Kommission eingesetzt werden] | Bd.1, Nr.128 |
| 01.02.1890 | Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck
[Die sächsische Regierung hat mit dem Verbot der Sonntagsarbeit gute Erfahrungen gemacht, wünscht aber gleiche Konkurrenzbedingungen] | Bd.1, Nr.129 |
| 01.02.1890 | Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim
[Bericht über die Staatsministerialratssitzung vom 31.1.1890; mit Rücksicht auf Bismarck sollen die geplanten Erlasse den Begriff „Arbeiterschutz“ nicht enthalten] | Bd.1, Nr.130 |
| 01.02.1890 | Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice
[Lagebericht zum Konflikt zwischen Bismarck und Wilhelm II.; Bismarck soll die Zusage gegeben werden, daß der sächsische Arbeiterschutzantrag erst nach den Wahlen eingebracht wird; der Konflikt ist nicht überbrückbar; Bericht über die Staatsministerialsitzung vom Vortag] | Bd.1, Nr.131 |
| 01.02.1890 | Bericht des Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Außenminister Dr. Ludwig Turban
[Bericht über die Staatsministerialratssitzung vom Vortag; die geplanten Erlasse werden bereits ausgearbeitet] | Bd.1, Nr.132 |
| 01.02.1890 | Brief des Geheimen Legationsrats im Auswärtigen Amt Dr. Paul Kayser an den Legationsrat Dr. Philipp Graf zu Eulenburg und Hertefeld
[Bericht über das Ergebnis der Staatsministerialratssitzung vom Vortag; Kayser sieht seine Vorschläge verwirklicht] | Bd.1, Nr.133 |
| 02.02.1890 | Erlaß des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm II. an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck (Erstfassung)
[Erstfassung des nunmehr zweigeteilten Erlasses (Teil für den Reichskanzler): Eine internationale Konferenz zu Arbeiterschutzfragen soll nach Berlin einberufen werden] | Bd.1, Nr.134 |
| 02.02.1890 | Schreiben des sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher
[Das Reichsamt des Innern wird offiziell darüber informiert, daß der Arbeiterschutzantrag Sachsens erst nach den Reichstagswahlen eingebracht werden wird] | Bd.1, Nr.135 |
| 03.02.1890 | Tagebucheintragung des Chefs des preußischen Generalstabs Alfred Graf von Waldersee
[Nachgeben in der Arbeiterfrage weckt nur Begehrlichkeiten] | Bd.1, Nr.136 |
| 04.02.1890 | Erlaß des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm II. an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck
[Eine internationale Arbeiterschutzkonferenz soll nach Berlin einberufen werden] | Bd.1, Nr.137 |

04.02.1890

Erlaß des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm II. an den preußischen Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch und den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten Albert von Maybach

Bd.1, Nr.138

[Die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter sollen überprüft werden; Errichtung von Arbeitervertretungen; staatliche Bergwerke als Musteranstalten; der erweiterte Staatsrat soll darüber beraten]